

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wochentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Bezahlt für die sechsgehaltene Zeilenlänge oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Erklärungen und Versammlungs-Berichte 10 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Einzeileinzeile und Einzeileinzeile das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Gesetz gegen die Wahlreform!

Das Gesetz gegen die Wahlreform wurde am Mittwoch auch in dritter Lesung angenommen. Zu dieser dritten Lesung benötigte das Dreiklassenparlament gar nur einer einzigen Sitzung! Die Opposition wurde wiederum niedergetrampelt, den sozialdemokratischen Rednern konsequent das Wort abgeschnitten! Selbst bei solchen Punkten, wo von den konservativen und nationalliberalen Rednern die beantragte Wahlrechtsverhandlung als Schutzmittel gegen die Sozialdemokratie empfohlen worden war!

Geradezu naiv nahmen sich solch zielbewusster Unverschämtheit gegenüber die Anklagen eines in letzter Stunde zum Wort gekommenen Freisinnigen — der Sozi wurde selbstverständlich wieder stranguliert! — aus, der dem Anti-Wahlrechtsblock den Vorwurf machte, daß er nicht einmal in der Frage der Neueinteilung der Wahlkreise wenigstens für eine Annäherung an das gleiche Wahlrecht Sorge. Als ob der blau-schwarze Block sich überhaupt das Ziel gesetzt habe, das Wahlrecht zu verbessern! Als ob sich der ultramontan-konservative Block nicht in dem Drange zusammengefunden habe, mit dem Aufgebot aller Kräfte und unter Anwendung aller demagogischen, jesuitischen Kniffe ein Gesetz gegen die Wahlreform zustande zu bringen!

Daß das Zentrum, das ja zum guten Teil von der Vorpostenleitung lebt, eine demokratische Partei zu sein, das nicht eingestehen konnte, versteht sich von selbst. Auch sein blauer Komplize bei der dem Volke zugefügten Wahlrechtsprellerei, die konservative Partei, durfte das natürlich nicht zugeben. Im Gegenteil, auf Drängen des Zentrums mußten ja die Konservativen die unsäglich lächerliche und blamable Komödie des unentwegten Gegners des geheimen Wahlrechts agieren, damit die Judaskrolche des Zentrums verschleiert würde. Daß dank der Stimmhaltung der Linken bei der Abstimmung über das geheime Wahlrecht den Konservativen diese ultramontan-konservative Komödie so schmählich durchkreuzt wurde, erregte begreiflicherweise bei den enttarnten Komödianten des Schnapsblocks eine Erbitterung, deren Nachgroßen selbst noch am Mittwoch zu bemerken war.

Aber ebenso deutlich wie die But der bloßgestellten Schnapsblock-Schmierkomödianten verriet die zynische Unverschämtheit der Freikonservativen, daß die ganze Wahlreform nicht für, sondern gegen das Volk gemacht werden sollte. Der biedere Freiherr v. Jeditz, der ja schon den „christlichen Wasser“ zwischen Zentrum und Konservativen mit dem erstaunlichen Erfolge gespielt hatte, daß das Zentrum seine Ratsschlüsse bis zum Linseln über dem i befolgt hat, versuchte nunmehr auch zwischen dem blau-schwarzen Antiwahlrechtsblock und den Nationalliberalen den Witter zu spielen!

Und dieser Vermittlerrolle glaubte er dadurch dienen zu können, daß er darauf hinwies, daß selbst durch den ultramontan-konservativen Schacher die Rechte des Volkes noch immer nicht restlos preisgegeben seien. Sei es doch dank der Klassendrittelnach nach Urwahlbezirken noch immer der Sozialdemokratie möglich, wenigstens einige Mandate zu erobern, respektive das Zentrum zu zwingen, in gewissen Industriebezirken wenigstens Arbeitersekretäre an Stelle von Zentrumszweifeln oder Zentrumsagrarierern aufzustellen!

Diese freikonservativen Versuche, die gesamte Ausbeuterklasse im Zeichen der Arbeiterfeindschaft für ein Gesetz gegen die Wahlreform zu gewinnen, veranlaßten nicht nur die Konservativen, den Nationalliberalen erneute Angebote auf Kosten der nichtbestehenden Klasse zu machen, sondern lockten endlich auch die Partei Windsahne aus ihrer so lange krampfhaft bewährten Zurückhaltung heraus!

Der nationalliberale Abgeordnete Schiffer, der selbst den Wahlrechtsverrat des blau-schwarzen Blockes so bitter als Komplott gegen jede ernstlichere Wahlreform gegeißelt hatte, riß sich nunmehr alle demokratische Draperie eigenhändig vom Leibe, um sich den Konservativen als zuverlässiger Kumpan für eine totale Entrechtung der arbeitenden Klassen anzubieten!

Man möge doch ja die Drittelnach nach Urwahlbezirken beseitigen, da sonst die Industrie statt durch die berüchtigten Scharmacher nur durch sozialdemokratische oder bestenfalls ultramontane Vertreter der Industriearbeiterschaft vertreten sein werde!

So entpuppte sich in letzter Stunde auch die nationalliberale Partei als willige Helferin eines Gesetzes gegen die Wahlreform, als eine Partei, die gegen eine entsprechende Beteiligung an der blau-schwarzen Gegenseitigkeitsversicherung bereit ist, in jeden Volksbetrug, jede infamste Wahlrechtsprellerei der Massen zu willigen!

So haben sich bei dem infamen Schacher um Hintertreibung der Wahlreform alle großen Parteien des Dreiklassenparlamentes bis auf die Knochen blamiert!

Sogar die Polen haben sich als Gegner des gleichen Wahlrechts bekannt bei der Abstimmung über die Resolution, die eine Neueinteilung der Wahlkreise verlangte. Sie haben gegen eine solche Neueinteilung gestimmt, weil der jetzige aberwitzige Zustand ihnen beispielsweise in einem der kleinsten der Wahlkreise, in Schrimm-Schroda-Wreschen ein Mandat sichert!

Keuherlich ist der Schnapsblock, ist die wahlrechtsfreundliche Reaktion einschließend der noch immer hoffenden und harrenden Nationalliberalen der Triumphator. Aber dieser Sieg der offenen und versteckten Wahlrechtsmenschen ist im letzten Ende nur der glorreichste Triumph der Sozialdemokratie!

Gehen doch die Feinde des gleichen Wahlrechts geschunden und gebrandmarkt aus der Campagne hervor! Ist doch insbesondere den ultramontanen Wahlrechtsverrättern das Kainsmal des Volksverrats untilgbar aufgedrückt!

Der Kampf des Volkes aber geht weiter! Seine Räder werden die Helfershelfer der Geschemacherei gegen die Wahlreform zermalmen!

Trödelbude?

Als eine wahre Trödelbude wie den Mühlendamm, als eine wahre Schacherbude bezeichnete unser Genosse Liebknecht am Mittwoch des Preussische Abgeordnetenhaus. Die konservativ-kerikale Mehrheit war außer sich vor Wut, der allzeit dienstbefähigte Vizepräsident Dr. Vorsch rief den Redner in erregtem Ton zur Ordnung, aber diese Austauschbrüche vermögen ebensowenig wie der Ordnungsruß die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß Liebknecht den Nagel auf den Kopf getroffen, daß er den Gefühlen von Millionen Ausdrud verliehen hat. Denn geschahert worden ist in der Prinz-Albrecht-Straße seit Monaten in der allerwiderlichsten Weise. Geschahert worden ist um den Preis, für den Junker und Pfaffen den winzigen Rest des Rechtes verkaufen sollen, den die preussische Arbeiterklasse heute noch genießt. Ja, geschahert wurde sogar noch bis zum letzten Augenblick, noch während der Rede Liebknechts eilten die Agenten, wie später der konservativ-kerikale Freiherr v. Nitzsche offen eingestand, hin und her, um auch die Nationalliberalen und die Freikonservativen für das Kompromißwerk zu gewinnen, da ihnen allein die Verantwortung eine zu große ist.

Daß keine Einigung über den Preis erzielt werden konnte, ist nicht der Charakterfestigkeit der Nationalliberalen zu danken. Gar zu gern hätten die um Friedberg und Jeditz mitgemacht, aber es war zu wenig, was man ihnen bot. Ja, hätten die Konservativen und das Zentrum für den wieder eingebrachten freikonservativen Antrag auf Beseitigung der Drittelnach in den Urwahlbezirken gestimmt, dessen Annahme die Entfernung der Sozialdemokraten aus dem Landtage zur Folge gehabt hätte — mit Freuden hätten sich die Nationalliberalen und die Freikonservativen auf die Seite der konservativ-kerikalen Mehrheit gestellt und gemeinsam mit ihr das Dreiklassenwahlrecht noch weiter verschlechtert. Daß sie in diese Versuchung nicht gerieten, ist natürlich nicht etwa ein besonderes Verdienst der Mehrheitsparteien. Hätte sich ihnen die Möglichkeit geboten, das Gesetz zu verschlechtern, ohne daß sie selbst davon Schaden gehabt hätten, dann hätten sie das gewiß getan. Aber die an sich unsinnige Drittelnach in den Urwahlbezirken kommt dem Zentrum zugute, das dadurch in den Stand gesetzt wird, im Rheinland die national-

liberalen Wahlmänner in den Städten aus der zweifeln Wählerabteilung zu verdrängen und so die Mandate zu erobern. Schon im Jahre 1892 hat das Zentrum die Drittelnach in den Urwahlbezirken mit allem Nachdruck gefordert und den Konservativen, um diese Bestimmung zu erreichen, Konzessionen auf anderen Gebieten gemacht. Das elende Schachergeschäft von 1892 hat zwar auch den Sozialdemokraten die Erringung von Mandaten ermöglicht, aber das muß man nun schon einmal in Kauf nehmen, solche Begleiterscheinungen lassen sich nicht immer vermeiden.

Eins muß man zum Ruhme der konservativ-kerikalen Gesellschaft sagen: Junker und Pfaffen hängen wie die Ketten zusammen, die Waffenbrüderschaft, die sie sich im Kampfe gegen das Volk gelobt haben, haben sie bis zum letzten Augenblick gehalten, und selbst die Ratsschlüsse des Ministers des Innern schlugen sie lachend in den Wind. Sie pfeifen auf die Regierung, und sie haben die Macht dazu. Diese Regierung, die in völliger Abhängigkeit von den beiden reaktionären Parteien ist, bezieht nicht aus Männern, sondern aus Nullen, und fast scheint es, als ob ihre Vertreter nur das Wort ergreifen, um sich zu blamieren und vor aller Welt den Beweis ihrer Unfähigkeit an den Tag zu legen. Bekämpfte doch der Minister v. Wolke plötzlich die Drittelnach in den Urwahlbezirken, ohne zu wissen, daß die Begründung der Regierungsvorlage gerade diese Bestimmung besonders verherrlicht, weil sie angeblich den Einfluß des Mittelstandes sichert! Offenbar hat Herr v. Wolke die Vorlage, die seinen Namen trägt, überhaupt nicht gelesen. Und, um die Blamage voll zu machen, sprang plötzlich der „geistige“ Vater des Schandwerks, Herr Geheimrat v. Falkenhahn, in die Bresche und hat das Haus förmlich, den Argumenten der Regierungsvorlage keine Bedeutung beizulegen. Erst das schallende Gelächter auf allen Seiten des Hauses, selbst bei seinen Freunden, klärte den Geheimrat darüber auf, welche Dummheit er gesagt hatte.

Aber wie soll man von einem simplen Geheimrat Verständnis verlangen, wenn selbst sein oberster Vorgelehrter, Herr v. Bethmann Hollweg, die Situation nicht übersehen kann? Das Abgeordnetenhaus hat die Vorlage der Regierung so ziemlich in ihr Gegenteil verkehrt. Es hat die öffentliche Stimmabgabe, auf deren Beibehaltung die Regierung Wert legte, wenigstens soweit die Urwahlen in Betracht kommen, beseitigt, es hat das System der indirekten Wahlen, das die Regierung als überlebt beseitigen wollte, beibehalten, und es hat schließlich die Bestimmungen über die Kulturträger, auf die die Regierung besonders stolz war, zum guten Teil gestrichen. Und was tut die Regierung? Sie macht nicht einmal den Versuch, ihre Vorschläge wiederherzustellen, sie zieht auch nicht etwa ihre Vorlage zurück. Nichts von alledem, sondern erklärt sich mit den Beschlüssen der konservativ-kerikalen Mehrheit einverstanden. Will Herr v. Bethmann Hollweg das parlamentarische Regiment in Preußen einführen, oder will er zeigen, daß sein Schlagwort von der gottgewollten Abhängigkeit in erster Linie auf ihn selbst zutrifft? Wir unfererlei neigen der letzteren Auffassung zu.

So ist denn die „Wahlrechtsvorlage“ glücklich unter Dach und Fach gebracht, aber der Wahlrechtskampf ist damit nicht zu Ende. Jetzt fängt, wie Liebknecht und nach ihm Veinert, mit allem Nachdruck betonten, der Kampf eigentlich erst an. Im Parlament selbst werden die Dinge sich jetzt in schneller Reihenfolge abspielen. Am 12. April wird das Abgeordnetenhaus die durch die Verfassung vorgeschriebene wiederholte Abstimmung, die sogenannte vierte Lesung, vornehmen. Dann geht der Entwurf an das Herrenhaus, das ihn unter Zurechnung der Fristen in vier bis fünf Wochen verabschiedet haben dürfte. Wenn das Pfingstfest hereinbricht, wird das preussische Volk sein „Wahlrecht“ haben. Nicht das Wahlrecht, das ihm kraft einer Intelligenz, kraft seiner Bedeutung zusteht, nicht sein heiliges Naturrecht, nein, das Wahlrecht von Junkern und Pfaffen Gnaden. Aber für dies Wahlrecht wird sich das preussische Volk, wird sich vor allem die Arbeiterklasse bedanken. Das Volk erblickt darin, wie unsere Vertreter wiederholt betont haben, nicht einmal eine Abschlagszahlung! Zielbewusster und energischer als je zuvor wird es sein Recht fordern! Nicht betteln wird es um das, was ihm zusteht, es wird kämpfen! Nicht früher wird die Wahlrechtsbewegung in Preußen zur Ruhe kommen, als bis sich die Forderung des klassenbewußten Proletariats siegreich durchgesetzt hat.

Die Junker und Pfaffen, die heute frohlocken, sollen ihres Sieges nicht froh werden. Nicht mehr lange wird es dauern, dann triumphiert das Volk. Die Volksverräter und Volksfeinde aber werden zerschmettert am Boden liegen!

Der Wahlrechtskampf.

Immer wieder polizeiliche Blutaten.

Am 15. März hat der Polizeifeld in drei preußischen Städten gewüthet. Die Geschichte des Wahlrechtskampfes wird mit Arbeiterblut geschrieben. Steckt die Polizei der einen Stadt die blutige Waffe in die Scheide, so zieht sie die eines anderen Dries — es ist, als wollte die preussische Polizei dafür sorgen, daß kein Demonstrationstag vorübergeht, ohne daß wenigstens in einigen Orten Proletarierblut vergossen wird. Die Städte, die Schauplätze der Meuterei wechseln, aber die Meutereien bleiben. Aber auch die Arbeitererschaft bleibt auf dem Plan — die blutigen Polizeiaten vertreiben sie nicht. Der Wahlrechtskampf wird mit Säbelhieben nicht beendet! Im Gegenteil, er wird durch sie verschärft!

Von den Schauplätzen der neuesten Polizeiaten gehen uns die folgenden Berichte zu:

Riel, 16. März.

(Privatdepeche des „Vorwärts“.)

Die bürgerliche Presse verbreitet Darstellungen, wonach die Demonstranten die Schuld an dem gestrigen Zusammenstoß tragen. Das ist absolut unwar. Die Polizei hat durch ihr ganz unbegründetes brutales Vorgehen die Vorfälle verschuldet.

Während der ganzen Dauer des Demonstrationstages, der in musterhafter Ordnung verlief und nicht die geringste Verlesung der öffentlichen Ordnung verursachte, nahmen die an allen Straßenecken postierten Schutzleute nicht den geringsten Anstoß an den Hochrufen auf das Wahlrecht. Als jedoch auf dem Wilhelmplatz die ersten Wahlrechtshochrufe erschallen, die Demonstranten noch gar nicht alle den Platz erreicht hatten, ging die Polizei sofort zum Angriff vor. Die Demonstranten wurden ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters mit Säbeln und Säbeln bearbeitet. Frauen und Kinder wurden niedergeworfen, wehrlos am Boden liegende Personen von den Polizisten mit Säbeln und Gummistöcken bearbeitet und mit den Stiefelabsätzen getreten. Ein Teil der in dieser Weise ungerührt Angegriffenen mag sich zur Wehr gesetzt haben. Mehrfach sind Polizisten beobachtet worden, die geschossen haben. Frauen und Kinder wurden mit Gewalt aus den Haustüren herausgerissen und mißhandelt. Das Infanterie- und Seebataillon standen zum Angriff bereit. Von den Eistritten wurden zwei Personen in Haft behalten.

Heute vormittag zogen 600 Arbeiter der Holzwaldfischen Werft in geschlossenem Zuge von Dietrichsdorf um den Hafen herum durch die Stadt. Dabei kam es vor dem Gewerkschaftshaus abermals zu einem Zusammenstoß mit der Polizei.

Im Gewerkschaftshaus fand vormittags 11 Uhr eine Versammlung der Ausgesperrten statt. Die Polizei zog eine Kette um das Gewerkschaftshaus, so daß niemand hinaus und hinein konnte. Als einige unter der Durchsicht des Gewerkschaftshaus stehende Arbeiter ein Hoch ausbrachten, führten sechs Schutzleute und ein Wachtmeister mit gezogenen Säbeln die Durchsicht. Die Polizei wurde aber vom Geschäftsführer, der von seinem Hausrechte Gebrauch machte, zurückgewiesen. Auf Vorstellung des Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates wurde schließlich auch die vollständige Umzingelung des Gewerkschaftshauses aufgehoben.

Von der dreitägigen Ausperrung sind im ganzen 3600 Metallarbeiter betroffen. Die Bauunternehmer haben eine Ausperrung abgelehnt. Die Direktion der Kruppischen Werft hat auf Vorstellung des Arbeiterausschusses erklärt, daß alle Ausgesperrten ohne weitere Sonnabendmorgen wieder an die Arbeit gehen können.

Brandenburg, 16. März.

Von gestrigen Straßengeheul (über das wie gestern eine kurze telegraphische Meldung brachten. Red.) berichtet in der „Brandenburger Zeitung“ ein Mitglied der Redaktion:

... Als die Massen in Scharen nach Hause drängten, stellte sich die Polizei ihnen dräuend in geschlossener Kette in der Steinstraße, Ede Brüderstraße, entgegen, das Wort: „Die Straßedient dem Verkehr“ rüchichtslos zunihte machend. Das von uns als selbstverständlich geforderte Recht auf die Straße wurde selbst in seiner heiligen Form, nach Hause gehen zu dürfen, mit Füßen getreten. Die Befahrung nach der ohne jede Störung verlaufenen imposanten Demonstration auf dem Trauerberg hätte der Polizei ebenso wie anderwärts die Ueberzeugung beibringen müssen, daß es ohne Polizei stets und überall am besten geht. So aber wurde die Masse durch die völlig ungerechtfertigte Absperrung aufs schwerste gereizt und drängte ohne Ausweg vorwärts. Da flog von einem Balkon des Caffaues Paulinerstraße eine Flasche in die Menge hinein, und nun benutzte bei der allgemeinen Erregung die Polizei den Moment, blank zu ziehen und — während der gleichfalls anwesenden Polizeikommissar Sternke ruhig blieb — auf Kommando des Kommissars Prietze mit geschwungenen Säbeln gegen die entseht aufreißende Menge herzerstehend vorzugehen. Ich selbst, der ich den Inspektor sofort auf die äußerst gefährliche Situation nach im letzten Moment aufmerksam machen wollte, wurde von den wildgewordenen Polizisten beiseite gestoßen und in den Strom der fliehenden zurückgetrieben. Rings um mich fielen bei dieser schrecklichen Menschenjagd hunderte strotzend zu Boden, über sie hinweg wälzte sich der Strom und die Säbelhiebe sausten högelnd über nieder. Selbst aus den Hausfluren, wo viele Frauen und Kinder, Zucht gefucht hatten, wurden die Kerzen unter Mißhandlungen hinausgeschleppt. Die wüthenden Mienen der auf die Menge losgelassenen Polizisten schienen nach immer neuen Taten zu seuchen. Endlich gelang es mir, den Weg zum Inspektor zu bahnen und ihn — inzwischen waren auch andere bekannte Genossen hinzugekommen — durch eindringliche Mahnungen zu bewegen, die Werdwaffen einstecken zu lassen. Da erst begann sich die Menge, auf die anscheinend aus den „besseren“ Häusern der Steinstraße in unglaublich verbundeter und unverantwortlicher Weise Tassen, Teller, Steine und Töpfe niedergeworfen wurden, zu beruhigen und auf energisches Führen der Genossen allmählich zu verlaufen. Viele Arbeiter in meiner nächsten Nähe wurden von den Wurfgeschossen getroffen und verletzt. Die ganze Steinstraße sah wie ein Schlachtfeld aus, übersät mit Scherben, verlorenen Hüten, Kleiderstücken usw.“

In anderer Stelle sagt unser Brandenburger Parteiorgan: ... Wenn irgendwas die Gemüter zur Siebichte entflammen muß, so sind es die unglaublichen Brutalitäten, zu denen sich die zur Aufrechterhaltung der Ordnung von den Steuerzahlern bezahlten Beamten hinreichend sehen. Das Herz krampt sich vor so viel Entmenslichkeit zusammen, die man mit angesehen haben muß, um sie für glaublich zu halten. Auf fliehende, namentlich auf Frauen und Kinder, sowie auf die zu Boden Gerissenen unheimlich einzuschlagen und draußlos zu seuchen, ist eine Methode, die nur von Polizeikräften möglich ist, wo man dem Volk Säbelhiebe statt Rechte erteilt. Wie die „Heldentaten“ der Polizei beschaffen sind davon legt die Art der Verwundung Zeugnis

ab, die die Verletzten meistens aufweisen. Noch unabschbar ist die Zahl derer, die sich gestern und zumal heute auf der Redaktion fortwährend bei und melden und uns ihre grauamen Verletzungen, fast durchweg am Hinterkopf und am Rücken, zeigen. Auch viele blutige Hände gab es, und es muß als ein Glück betrachtet werden, daß die Säbel nicht eigens für die — auf der Straße gestern gar nicht geplante — Demonstration geschliffen waren. Sonst hätte gewiß auch die in Breslau abgehakte Hand des Arbeiters Biewald auch in Brandenburg mehrfache ihr blutiges Seitenstück gefunden. ...

Salle, 16. März.

Eine mächtige Demonstration veranstaltete hier die Arbeiterschaft am gestrigen Abend. Die Parteileitung hatte zu 6 1/2 Uhr, also unmittelbar nach Arbeitschluss, zwei Versammlungen nach dem Volksgarten einberufen, nach der die Arbeiter von den Fabriken, Betrieben und Bauen in gewaltigen Scharen zogen. 10 000 Teilnehmer fanden sich, wüthig geschäft, ein. Säle, Galerien, Hofräume, Veranden und Garten des Volksgartens waren von den begeisterten Massen dicht besetzt. Die Genossen Rühle und Hennig redeten unter brausendem Beifall.

Die Polizei hatte wieder die „ernstlichen Mahregeln“ getroffen, wie sie sich selbst ausdrückt. Schon vor den Versammlungen zog die Polizeimannschaft, die anscheinend schärfste Weisungen erhalten hatte, blank. Dabei blieb es aber zunächst. Nach Schluss der Versammlungen mußten die Ordner der Partei unteramt mitziehen, da Gefahr bestand, daß man gerade sie als Anführer des „Juges“ verhaften würde. Verschiedentlich wurde abgesperrt, und wahllos wurden Verhaftungen aus der Menge vorgenommen. Am Alten Markt, heute die Polizei ein und verleszte einige Personen, jedoch nicht schwer. Im übrigen mußten lediglich unbetheilte Personen unter der Polizeiwacht leiden, da die Demonstranten längst vorüber waren. Es sind annähernd 50 Personen verhaftet worden. Wäre die Arbeiterschaft nicht so außerordentlich besonnen gewesen, so hätte großes Unheil nicht verhindert werden können. Auch bürgerliche Stadtverordnete mußten unter dem Vorgehen der Polizei leiden. Die Entrüstung unter der Bürgerschaft über diese Behörde wächst. Umso mehr Eindruck hat die Demonstration der Arbeiterschaft gemacht; sie hat bewiesen, daß das Wort: Keine Ruhe in Preußen, zur Tat werden wird.

Im Regierungsbezirk Merseburg fanden am Dienstag insgesamt 16 Versammlungen statt, die alleamt sehr stark besucht waren und von großer Kampfbegeisterung zeugten. In Eilenburg hatten die Parteigenossen zum halbtägigen Demonstrationstreik aufgerufen. 1300 Arbeitnehmer folgten (wie wir gestern schon telegraphisch meldeten. Red.) in dieser etwa 16 000 Einwohner zählenden Stadt der Parole, ein bedeutender Erfolg. Überall zeigt sich, daß nun die Arbeiterschaft gewillt ist, den Kampf erst recht weiter zu führen!

In Renscheid haben die Arbeiter gegen die Polizeiaten vom Sonntag in starkbesuchter Versammlung protestiert. Darüber wird uns berichtet:

Renscheid, 15. März.

Eine Riesenversammlung der Arbeiterschaft tagte heute. Lange vor Beginn war der über 2000 Personen fassende „Germania“-Saal zum Brechen überfüllt. Eine große Menge hielt den Platz vor dem Lokal besetzt und brachte Hochrufe auf freie Wahlrecht aus. Unter dem demonstreitiven Beifall der Masse gezielten die Referenten Gräß und Dittmann die Polizeibrutalitäten. Eine scharf gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Trotzdem die Menge sich in einer ungeheuren Aufregung befand, wurde die Parole der Parteileitung, von Straßendemonstrationen für heute Abstand zu nehmen, musterhaft befolgt. Als sich die Masse der Versammelten mit den auf der Straße stehenden bereitigten, war die Polizei flug genug, ihre Mannschaften bis auf einen Posten am Markt einzuziehen. Verschiedene Spiegel wurden gestellt, die sich schlenmigt unter polizeilichen Schutz drängten. Der Polizei-Bürgermeister Kollau hatte sich für den Tag einen Trupp auswärtiger Polizisten geborgt, die im Rathaus eingeschlossen, den Anfang der „Revolution“ abwarten mußten. Sie brauchten ihre kostbare Haut seiner Gefahr aussetzen. Weiter war in weiser Fürsorge die Sanitätskolonne mobilisiert. Die Demonstration hat einen großen Eindruck hinterlassen.

Von weiteren Demonstrationen am 15. März gehen uns noch die folgenden Berichte zu:

Königsberg, 15. März.

Heute kam es hier zu einer gewaltigen Massenversammlung, der zwei Volkerversammlungen vorausgegangen waren, die in Parteistadion Ludwigsplatz vor dem Königstor unter freiem Himmel stattfanden.

Nach Schluss der Versammlungen, an denen sich circa 7000 Personen beteiligten, ging es in losem Trupp zur Stadt zurück. Parteifunktionäre sorgten dafür, daß die Protestler nicht im geschlossenen Zuge die Stadt erreichen sollten. Doch die Polizei wollte es anders. Durch ihre „berühmte“ Aufstellung der Massen am Königstor, kam es natürlich wieder zu Versammlungen und in deren Folge zu Randgebungen. Ueberall ertönten die brausenden Hochrufe auf das freie Wahlrecht, die Oberstadt erlebte eine imposante Demonstration. In ersten Zusammenstößen mit der Schutzmannschaft kam es nicht, obwohl hier und dort blank gezogen wurde.

Am letzten Sonntag befand sich Königsberg im Belagerungszustand. Bereits um 6 Uhr in der Frühe wurden durch Schutzmannschaften einzelne Teile der Stadt förmlich umschlossen.

Die Wohnungen des Oberbürgermeisters, des kommandierenden Generals und das Regierungsgebäude waren außerordentlich stark besetzt. Die Polizei muß Straußes gestärkt haben, trotzdem keinerlei Wahlrechtsversammlungen angefaßt waren.

Altona, 16. März.

(Privatdepeche des „Vorwärts“.)

Im 8., 9. und 10. Schleswig-holsteinischen Wahlkreise fanden am Dienstagabend 18 Versammlungen statt, die sämtlich stark besucht waren. In Altona und Ottensen haben 7500 Personen an den Versammlungen teilgenommen und nachher eine Straßendemonstration veranstaltet, die ohne polizeiliche Störung verlief. In Wandsbeck waren 3000 Personen in der Versammlung und in den übrigen Orten sind die Versammlungen ebenfalls sämtlich stark besucht gewesen. Es zeigt sich deutlich, daß das Interesse nicht abflaut, sondern zunimmt.

Luzenwalde, 16. März.

Hier fand am Donnerstag eine Versammlung unter freiem Himmel statt, an der etwa 6000 Personen teilnahmen. Nach der Versammlung zogen die Massen vor das Rathaus, in dem die Stadtverordneten gerade über Wahlrechtspetitionen verhandelten. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt und ein freisinniger, der denselben Zweck verfolgte, zurückgezogen. Die Polizei war bald von den Massen völlig eingeschlossen und

wurde offenbar nervös, es wurde blank gezogen, worauf einige Flaschen von unbekannter Seite — wahrscheinlich von nicht zu den Demonstranten gehörigen jungen Leuten — nach den Polizisten geworfen wurden. Genosse Abg. Eichhorn mahnte zur Zurückhaltung, die Massen gingen dann auch langsam weiter, was um so eher anging, als die Polizei die Passage freigab.

Kathow, 16. März.

Gleich nach Schluss der Fabriken sammelten sich am Dienstag die Arbeiter auf den verschiedensten Plätzen der Stadt und zogen, nachdem sie sich vereinigt, mehrere Tausend stark und unter Mitführung einer roten Fahne sowie mehrerer Transparente mit entsprechenden Aufschriften nach dem größten Lokale der Stadt. Aber obgleich Tische und Stühle entfernt worden waren und die Menschen auch auf der geräumigen Galerie und der Theaterbühne Kopf an Kopf standen, konnten bei weitem nicht alle Zugteilnehmer Platz finden. Reichstagsabgeordneter Genosse Lehmann referierte unter lautem Beifall. Die Polizei hielt sich zurück.

Kordhausen, 15. März. Hier versammelten sich gegen

11 Uhr mittags circa 2000 Personen vor dem Kathause und riefen stürmisch nach dem freien Wahlrecht. Dann formierte die Menschenmasse einen Zug und durchzog unter Abhängen der Arbeitermarxistflagge und unter den Rufen „Nieder mit Bethmann Hollweg!“ mehrere Straßen. In mitten der Stadt wurde Halt gemacht. Noch einmal ertönte ein tausendstimmiges Hoch in die Lüfte und die Demonstranten gingen wieder nach ihren Arbeitsplätzen. Polizei war nicht zu sehen. Sie wartete auf eine öffentliche Versammlung im Schützenhaussaal, die angezettelt war, aber nicht stattfand.

In Rühlhausen l. Rh. zählte eine nach Schluss der Arbeit einberufene Versammlung 2000 Personen, die später im geschlossenen Zuge durch die Stadt marschierten.

Die rächende Justiz nach dem 6. März in Berlin.

Der Spaziergang im Tiergarten und die Vorgänge in Treptow am Sonntag, den 6. März, haben 71 Straffälle gezeitigt, die sämtlich in kurzer Zeit vor den Berliner Gerichten abgeurteilt werden sollen. Davon sind 25 Vergehen und 25 Uebertretungen, die in Berlin, und 14 Vergehen und 7 Uebertretungen, die in Treptow begangen sein sollen. Die angeklagten Straftaten sind Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung, Nichtbefolgung polizeilicher Mahnungen und grober Unfug.

Polizeirüstungen in Berlin.

Auf unsere gestrige Mitteilung unter dieser Ueberschrift hat das Berliner Polizeipräsidium den Berliner Wäutern erklärt, die am 14. März abgelieferten 4000 Stück Revolver seien bereits früher bestellt worden, und zwar zur Komplettierung der Ausrüstung der Berliner Schutzmannschaft. Bisher hat die Schutzmannschaft, die etwa 5000 Köpfe stark ist, nur über 1000 Revolver verfügt. Die Ausrüstung eines jeden Schutzmannes mit einem Revolver ist eine schon lange vorher beschlossene Sache. Auch die Veränderung bei dem Ueberzug der Verittenen datiert nicht aus der jüngsten Zeit. Die bereits unter früheren Polizeipräsidien eingesetzte Kommission hat vorgeschlagen, nach dem Muster der Garde Republicaine in Paris die Jügel der Pferde widerstandsfähiger zu gestalten. Während in Paris die Jügel aus Ketten bestehen, ist hier vorgesehen worden, die Lederjügel mit einer Stahleinlage zu versehen, damit ein Durchschneiden der Jügel sich als unmöglich erweist. Auch diese Maßnahme datiert nicht aus der letzten Zeit, sondern die alten Bestände sind gegenwärtig aufgebraucht, und die Neuanfassungen werden nach dem beschriebenen Muster angefertigt.

Das Vaterland und der bekannte Herr B. Krehmann in Firma Trabach Nachfolger können also ruhig sein — die ganze Berliner Schutzmannschaft ist jetzt mit Revolvern ausgerüstet. Und die Jügel der Berliner Schutzmannspferde können nicht mehr durchschnitten werden. Mit den Wahlrechtsdemonstrationen haben diese Rüstungen aber nichts zu tun — versichert das Polizeipräsidium.

Massenanfrage in Neumünster.

Wegen der blutigen Vorfälle in Neumünster am 13. Februar ist gegen zehn Personen, darunter zwei Frauen, Anklage erhoben worden. Den Angeklagten wurde jetzt die Anklageschrift zugestellt. Während es aber früher hieß, daß Anklagen wegen Aufruhr und Landesfriedensbruchs erhoben werden sollten, lautete die Anklage nur auf Beihilfe und gegen einige der Angeklagten auf Uebertretung des Vereinsgesetzes und Widerstand.

Die mekelnden Polizisten und die, die sie zu ihrer Blutarbeit befohlen haben, werden natürlich nicht angeklagt. Das ist in Preußen so der Brauch!

Schutzmanns-Aussagen.

Frankfurt, 14. März.

Bei den in jüngster Zeit in Frankfurt a. M. verhandelten Wahlrechtsprozessen fielen die immer übereinstimmenden Aussagen der Schutzleute auf. Mit einer Gewandtheit, die gar keinen Zweifel zuließ, bezeugten die Schutzleute, daß dieser oder jener Angeklagte es gewesen war, der eine bestimmte Bewegung gemacht, oder genau so und so viele Schritte von da oder dort entfernt war.

Am Montag fand nun vor dem Schöffengericht in Frankfurt am Main eine Verhandlung gegen einen Wahlrechtsdemonstranten, den Genossen Schubert, statt, die ein helles Licht darauf warf, wie die genauen Aussagen der Schutzleute zustande kommen. Bei der Wahlrechtsdemonstration am 14. November v. J. ging der angeklagte Genosse mit dem Zug über die Zeit zum Polizeipräsidium. Dabei soll er, als ein Wagen voller Schutzleute vorbeifuhr, seinen Hut geschwenkt und gerufen haben: „Hoch das allgemeine Wahlrecht“, „Nieder mit den Junkern“ und in Bezug auf die Polizisten, „Psui preussische Unthunde“. Der Angeklagte bestritt die beiden letzten Ausrufe. Vier Schutzleute aber, die auf der Trambahn standen, beschworen aber, gerade diese Ausrufe von dem Angeklagten gehört zu haben. Auch der Kommissar der Patrouille hat die angeblichen Ausrufe genau gehört und würde den Angeklagten „unter tausend als den Auser wieder erkennen“.

Bei der Vernehmung des Kommissars stellte der Verteidiger Dr. Singheimer an diesen die Frage, ob er mit den als Zeugen vernommenen Schutzleuten vorher über die Sache gesprochen habe. Und was war die Antwort?! Unter allgemeinem Erstaunen mußte der Kommissar erklären, gestern, am Tage vor der Verhandlung mit den Schutzleuten über die Angelegenheit gesprochen zu haben! Er

meinte ja zuerst, er habe die Schutzleute nur erwähnt, nichts auszusagen, was sie nicht genau wüßten, die anderen Angaben aber desto bestimmter zu machen, mußte aber auf weiteres Befragen auch zugeben, die sachliche Seite erörtert zu haben. Man braucht sich aber nach diesem Beispiel nicht mehr über die so genau gleichlautenden gerichtlichen Aussagen von Schutzleuten zu wundern!

In der Verhandlung beschwor eine Reihe Privatzeugen, die unter Anklage stehend, die Polizei beleidigenden Aeusserungen des Angeklagten nicht gehört zu haben. Der Rechtsanwalt beantragte aber trotzdem eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen Beleidigung der Schutzmannschaft in zwei Fällen. Das Gericht schenkte den Aussagen der Schutzleute Glauben und erkannte auf drei Wochen Gefängnis.

Gegen dieses Urteil wird der Angeklagte natürlich Berufung einlegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März 1910

Der auswärtige Vorkommnisse.

Aus dem Reichstage. 16. März. Heute hat sich im Reichstag der auswärtige Wehmann vorgeföhrt. Man muß gestehen, er macht einen erquicklicheren Eindruck als der innere. Er verteidigte die Haltung der Regierung in der Mannesmann-Affäre gegenüber den Aldeutschen, indem er betonte, daß die deutsche Regierung, wenn sie den Wünschen der Aldeutschen auf Vertretung der Mannesmann-Ansprüche nachgegeben wäre, sich eines Bruchs der Agencis-Akte schuldig gemacht hätte. In einer zweiten fünfminütigen Rede provozierte ihn der Trommelschläger der Aldeutschen Kadoopolitiker, der Anisemit Liebermann v. Sonnenberg, der dem deutschen Auswärtigen Amt Schädigung der deutschen Interessen nachsagte. Diese Attade wies Wehmann Hollweg mit Entrüstung zurück, worauf Liebermann von Sonnenberg gar nichts gesagt haben wollte.

Auch der zweite Redner der Sozialdemokratie, der Genosse David, kam so in die Lage, an der Seite des Reichskanzlers gegen die Aldeutschen stehen zu müssen. Er wies Herrn von Liebermann nach, daß er schon in der Budgetkommission nach seinem anfänglichen brombarstierenden Auftreten zurückgehupft habe. Dann züchtigte David auch den östlichen Stresemann, der gemeint hatte, bei der diplomatischen Vertretung dürfe man es mit der Rechtsfrage nicht so genau nehmen. David betonte, daß auch in der auswärtigen Politik Ehrlichkeit immer die beste Richtschnur sei. Dann aber rügte er scharf, daß der Reichskanzler über die wichtigste Frage der auswärtigen Politik, das Verhältnis zu England, sich vollständig ausgeglichen habe, und wies an der Hand der Tatsachen nach, daß gerade Villows Flottenpolitik es gewesen sei, die Deutschenfurcht und Deutschenhaß in England gesüchtet und dadurch den deutsch-feindlichen Konserwativen bei den Wahlen zum Ausschuss verholfen habe, während die deutschen ebenso wie die englischen Sozialisten in internationaler Brüderlichkeit gegen den Krieg und für die Freundschaft unter den Nationen wirken.

Herr v. Schoen erging sich in einer längeren Erörterung über allerdahin Einzelfragen des Auswärtigen Amtes, zu der ihn Bemerkungen verschiedener Redner Anlaß gegeben hatten. Von größerem Interesse war es jedenfalls, als Scheidemann die im „Vorwärts“ bereits dargestellten Leiden deutscher Arbeiter in Brasilien zum Vortrag brachte. Unser Genosse betonte, daß das Auswärtige Amt selbst die Arbeiter hinreichend gewarnt habe, daß aber der deutsche Konsul in der brasilianischen Stadt Manaus offenbar mitschuldig an der Verlockung der Arbeiter in die ungesunden Gebiete am Amazonasstrom sei. Auf seine Frage, ob der Mann zur Verantwortung gezogen sei, erklärte der Geheimrat v. Frankfus, es sei von ihm ein Bericht eingefordert worden, worauf Scheidemann erwiderte, daß aus einem Bericht des Beschuldigten sich schwerlich Material für den Beweis seiner Mitschuld ergeben würde.

Nach Beendigung des Staats des Auswärtigen Amtes kam das Reichsjahrbuch an die Reihe, wobei in der Hauptsache Zollfragen zur Erörterung gebracht wurden. Für uns handelt es sich hauptsächlich um die Entschädigung der Tabakarbeiter, die durch die neuen Tabaksteuern Schaden erlitten haben. Die Budgetkommission hatte eine Bestimmung getroffen, daß die Entschädigungspflicht des Reiches solchen Arbeitern gegenüber anerkannt werden sollte, die unterstützungsbedürftig seien, während die Sozialdemokraten, wie Genosse Mollenhuth zum Ausdruck brachte, verlangten, daß Arbeitslosigkeit an sich schon den Anspruch auf Entschädigung rechtfertigen müsse. Da aus den anderen Parteien sich verschiedene Redner auf den nämlichen Standpunkt stellten, wurde mit knapper Mehrheit schließlich diese Regelung gutgeheißen. Das Zentrum stimmte geteilt. Seine Arbeiterssekretäre glänzten bei der Abstimmung durch Abwesenheit.

Somit erörterte noch Genosse Stolle die Benachteiligung der Arbeiter durch die Schutzzölle. Genosse Huber-Landau brachte in seiner Jungferrede einen interessanten Fall zur Sprache, aus dem hervorgeht, wie außerordentlich unzuverlässig die Weinprüfung durch die amtlichen Prüfungsanstalten ist. Erst um 9 Uhr abends ging die Sitzung, und damit die zweite Besung zu Ende.

Morgen um 10 Uhr beginnt die dritte Besung des Staats.

Die neue Schutzzölle.

Die belgische Regierung hat, wie telegraphisch aus Brüssel gemeldet wird, im Hinblick auf den drohenden neuen französischen Zolltarif bei der Kammer eine Erhöhung der Zölle beantragt. Der Zoll für Schaumweine wird auf 200 Frank, für andere Weine auf 80, für Liköre auf 500 Frank pro Hektoliter, für Parfümerien auf 25 Proz. und für Seide auf 20 Proz. des Fakturenwertes erhöht.

Die „Machgebenden“.

Die „Königliche Zeitung“ gibt der Regierung gute Ratschläge, wie sie bei der preussischen Wahlreform hätte verfahren müssen. Nach der Meinung des national-liberalen Blattes hätte die Regierung die Debatte eröffnen müssen mit der Frage: Was bezweckt eine Wahl und was bezweckt insbesondere eine Wahlreform in Preußen? Schon bei dieser Frage würden sich notwendigerweise die Seiner gestellt haben. Denn die Sozialdemokratie, der Freisinn und das Zentrum (1) als Anhänger des allgemeinen, gleichen Wahlrechts hätten dann erklären müssen, daß nach ihrer Meinung die Wahl sein soll ein möglichst getreues Spiegelbild des Volkswillens. Dann heißt es: „Der Uebertragung dieser Definition auf Preußen stimmen jedoch die Konserwativen, die Freikonserwativen

und die Nationalliberalen nicht zu, weil sie der Meinung sind, daß hier das Wahlrecht nach Individualleistungen abzustufen, daß es vor allem nicht anständig sei, den beschlossenen Massen durch das gleiche Wahlrecht die Entscheidung über den Besitz in der Verfügung über die direkten Steuern in die Hand zu geben. Hätte die Regierung jene Frage gestellt, so hätte sich also ergeben, daß eine Wahlreform auf Grund der organischen Entwicklung nur mit diesen Parteien gegen Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie zu machen sei und daß sie darauf ausgehen müsse, durch die Wahl ein möglichst getreues Spiegelbild des Willens der maßgebenden Bevölkerung zu erzielen.“

Wäre die Regierung hätte die Wahlreform mit den Konserwativen und den Nationalliberalen machen müssen, weil diese darin einig sind, daß nicht den beschlossenen Massen die Entscheidung über den Besitz durch das gleiche Wahlrecht in die Hand zu geben sei! Was wohl bei einer Wahlreform herausgekommen wäre, an der statt des Zentrums die Nationalliberalen an der Seite der Konserwativen mitgewirkt hätten? Sicher nichts Besseres als jetzt, wo der schwarze Block das Werk verrichtet hat.

Die „Königliche Zeitung“ unterläßt anzugeben, wer die „maßgebende Bevölkerung“ ist, deren Willen als Spiegelbild in der Wahl zum Ausdruck kommt. Das Blatt meint, das zu ermitteln, sei „freilich eine schwierige Aufgabe“. Es mag den Nationalliberalen schwer fallen, die nach außen hin unverdächtige Form für die Auslese der „Machgebenden“ zu finden; doch es schließlich auf weiter nichts als die Erhaltung der Vorrechte des Geldsacks hinausläuft, darüber dürfte wohl für denjenigen keine Zweifel bestehen, der die Herren von „Bildung und Besitz“ ein wenig näher auf Herz und Nieren geprüft hat.

Aus dem badischen Landtage.

In der Kommission, in der die Reform der Gemeinde- und Städteordnung beraten wird, wurde Dienstag ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die direkte Wahl der Gemeinderäte auf der Grundlage der Verhältniswahl in Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern einzuführen. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, die Wahl auf den Sonntag zu verlegen.

Die „religiösen Sonntag“

nehmen in der Rheinprovinz ihren Fortgang. Wo es irgend angeht, wird das Erscheinen eines Kirchenfürsten, sei es des Kölner Erzbischofs oder eines Weihbischofs angeordnet, was natürlich eine besondere Zugkraft ausübt. Am vorigen Sonntag fand in Wülheim am Rhein eine derartige Veranstaltung unter dem Namen „Protestanterversammlung gegen Unglauben und Freidenkertum“ statt. Ein Professor trat als Hauptredner auf. Er erkennt aus den Zeichen der Zeit, daß ein allgemeiner Sturm gegen die katholische Kirche bevorsteht. Die Hochschulen sind zum großen Teil Herde des Unglaubens geworden, fast alle Philosophen, von Kant bis Paulsen, sind christenlos, die liberalen Theologen haben sich vom wahren Glauben abgewandt, der größte Teil der Vertreter moderner Kunst und Literatur ist von antichristlichen Geistes durchdrungen. Die liberale Pädagogik ruft in die Hände: Weg mit der Religion aus der Schule, und die liberalen Lehrer wollen die Jugend erziehen in glaubens- und religionslosen Ideen. Die Freimaurer sind am Werke, die Kirche zu verdrängen. Die Liberalen sehen sich nach einem neuen Kulturschlachtfeld um und gar die Sozialdemokraten, auf die der Redner die Hälfte seines Vortrages verwendete, sie bekämpfen nicht nur die Kirche und die Religion, sondern alles, was dem Menschen heilig ist. In berückelnden begeisterten Worten, so heißt es in der Zentrumspresse, protestiert der Redner im Namen der Familie, im Namen des Staates, im Namen der übernatürlichen Weltanschauung gegen das Treiben des alles zerlegenden Unglaubens. Und natürlich löhnte rauschender, sich immer wiederholender Beifall den Redner für seine Ausführungen.

Das ist die Art, wie das Zentrum „Volkswillensklärung“ treibt! Die Masse soll in religiösen Fanatismus hineingeführt und in den Glauben verriet werden, als „ob die Welt voll Teufel war“ und die Rettung des ewigen Heils nur beim Zentrum zu suchen sei. In Wirklichkeit handelt es sich darum, die Aufmerksamkeit der Masse abzulenken von den Sünden und Verbrechen, die das Zentrum in letzter Zeit so überreichlich am Volke begangen hat.

Zentrumsterrorismus.

In den heiligsten Kammermitteln gegen die Volkswillensklärung gehört beifolgend die feige Saalabtreiberei. In der Regel leugnen die Gegner, von dieser „geistigen Waffe“ Gebrauch gemacht zu haben. Anders die ultramontane „Kriegerische Landeszeitung“. Sie bringt einen Bericht über eine von unserer Partei in Saarbach an der Mosel abgehaltene Versammlung. Dort hatte Genosse Hofmeister-Köln bei der Schilderung der Kampfweise des Zentrums angeführt, daß in dem Pölektor Alf ein schon gemieteter Saal wieder abgefast wurde, und der katholische Pastor des Ortes habe gesagt, daß er, so lange er Pastor in Alf sei, eine Versammlung der Sozialdemokraten zu verhindern wisse. Zu der Zurückziehung des Saales und zu der Behebung des Pölektors schreibt nun das genannte Zentrumsblatt in seiner Nr. 60 vom 15. März:

„Wahrlich also zwei herrliche Zeugnisse für die treu vaterländische Gesinnung des katholischen Volkes und seiner Führer.“

Früher haben die „Kriegerische Landeszeitung“, die „Koblenzer Volkszeitung“ und andere Zentrumsblätter auch das Wühhandeln wehrloser Flugblattverbreiter als „herrliche Zeugnisse“ guter Gesinnung gefeiert.

Frankreich.

Das Ende der Interpellation Duez.

Paris, 16. März. Die Kammer hat gestern dem Ministerium Briand das erwartete Vertrauensvotum erteilt; so kurze Zeit vor den Wahlen wäre die Fortspinnung des Skandals auch zu unangenehm gewesen, und Herr Duez scheint dafür gefordert zu haben, daß alle genaue Entschuldigungen Merikalen und Antikerikalen in gleicher Weise unangenehm sind. Es fiel also Briand nicht zu schwer, bei der Kammer den Sieg davonzutragen, trotz der wichtigen Anklagegeden unserer Genossen Willm, Allemans und Jaures.

Briand berief sich in seiner Rede vor allem darauf, daß er gleich bei seinem Eintritt in das Justizministerium diejenige Kontrolle organisiert habe, die jetzt die Verhaftung des Duez ermöglicht habe. Es ist leicht, erklärte der Ministerpräsident, zu sagen, nicht alle Diebe sind im Gefängnis, aber wenn man Minister ist, muß man, ehe man die Prute in die Gefängnisse schickt, seiner Sache sicher sein. Wenn die republikanische Partei meine Demission für die Wahlen braucht, möge sie ihren Willen haben, aber ich habe wohl das Recht, zu sagen, unter welchen Bedingungen es geschieht. Wenn ich vorhin hätte handeln wollen, würde ich heute groß dastehen; ich habe aber eine ernsthafte Kontrolle gewünscht, und wenn Duez sich in Gefangenschaft befindet, so ist es dem Umstande zuzuschreiben, daß er durch diese Kontrolle in die Enge getrieben worden ist. Briand spielte darauf auf eine Wendung an, welche Barthou gestern in der Kammer gebraucht hatte. Briand behauptete, Barthou habe erklärt, es sei etwas Vergiftetes in der Organisation der gerichtlichen Liquidatoren, aber Barthou habe nicht erklärt, was gewisse Gegner ihm vorgeworfen hätten, daß der gesamte Richterstand vergiftet sei. Barthou bestätigte dies Dementi trotz des Protestes mehrerer Deputierter.

(Bärm.) Briand schloß: Wenn die Majorität des Bedürfnis hat, die Regierung selbst auf Kosten einer kleinen Ungerechtigkeit zu stützen, bevor man zu den Wahlen schreitet, so möge sie nicht zögern. Die Regierung hat das Bedürfnis nach einem vollkommenen absoluten Vertrauen des Landes. Sie bewahrt ihre Staatsbürgerschaft und wünscht, daß sich die Majorität durch ihre Aktivität des Vertrauens des Landes würdig zeigen möge.

In weiteren Verlauf der Sitzung machte Vinet (sozialistischer Radikal) dem Minister der öffentlichen Arbeiten Millerand den Vorwurf, daß er Minister geworden sei, nachdem er in der Angelegenheit der Kongregationen fette Honorare bezogen habe. Man müsse mit den Parlamentariern, die sich mit etwas anderem als mit den Angelegenheiten des Landes beschäftigten, ein Ende machen. Delahaye übte an dem Verhalten Briands und Millerands Kritik. „Wenn Sie“, so führte er aus, „sich mit einem Vertrauensvotum begnügen, so wird dies heißen, daß Sie für die Diebe Partei ergreifen.“ (Delahaye wird zur Ordnung gerufen.) Als Jaures nunmehr sein Ersuchen äußerte, daß Briand bei den Angriffen auf die Ehre seines Mitarbeiters nicht protestiert habe, erhalte der Ministerpräsident auf die Tribüne und erklärte: Millerand ist mein Mitarbeiter und mein Freund. Ich lasse meine Freunde niemals im Stich. Ich habe Vinet nicht auf der Stelle geantwortet, weil ich kaltes Blut besitze. Es ist eine Beschimpfung, meine Handlungen in so beleidigender Weise zu interpretieren. Die Regierung wird nur eine Tagesordnung annehmen, in der ihr das volle und solidarische Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird. (Beifall links.)

In Beantwortung eines Vorwurfs Vincts, Millerand habe eine Vorrede für eine von Duez verfaßte Broschüre über die Liquidationen geschrieben und 83000 Francs für Blaidiers erhalten, erklärte Millerand, das königliche Buch sei nicht von Duez geschrieben. Es sei ein einfaches juristisches Werk. Es wurden darauf sieben Tagesordnungen eingebracht. Briand erklärte, eine Tagesordnung anzunehmen, in welcher die ständische Hege gebrandmarkt wird und die Zurechtweisung ausgesprochen wird, daß die Regierung die Verantwortlichen ermitteln und die Verhaftung der Schuldigen sicherstellen wird. Briand nahm auch einen von Besa eingebrachten Zusatzantrag an, die Kammer solle beschließen, unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, durch das das System der Liquidation der Kongregationen geändert wird. Präsident Brisson brachte den ersten Satz der von Briand angenommenen Tagesordnung zur Abstimmung, nämlich: die Kammer brandmarkt die ständische Hege, zu welcher gewisse gerichtliche Liquidationen Anlaß gegeben haben. Dieser Satz wird einstimmig mit 557 Stimmen angenommen. Es gelangt der zweite Satz zur Abstimmung, nämlich: Die Kammer spricht die Zurechtweisung aus, daß die Regierung die Verantwortlichen ermitteln und die Verhaftung aller Schuldigen sicherstellen wird. Die Kammer nahm diesen zweiten Teil der Tagesordnung mit 343 gegen 70 Stimmen und darauf durch Handaufheben einstimmig den Zusatzantrag Besas an. Nach Zurückweisung aller weiteren Zusatzanträge mit 394 gegen 37 Stimmen wurde sodann die Gesamttagesordnung durch Handaufheben ohne Widerspruch angenommen und die Sitzung alsdann geschlossen.

Nach der Abstimmung.

Paris, 16. März. Die Minderheit, die gestern gegen die Vertrauensstimmgebung stimmte, besteht aus 41 geeinigten Sozialisten, 14 Radikalen, 3 Nationalisten, 20 Konserwativen und 1 gemäßigten Republikaner. 116 Deputierte, zumeist gemäßigte Republikaner und Konserwative, enthielten sich der Abstimmung. Die radikalen Blätter drücken die Ueberzeugung aus, daß die gestrige Abstimmung Briand das erforderliche Vertrauen verschafft, um das Säuberungswerk durchzuführen, dessen Notwendigkeit durch den neuesten Skandal groß zutage getreten sei. — Die oppositionellen Blätter sagen, die Mehrheit und die Regierung hätten sich schließlich auf dem Boden der gemeinsamen Wahlinteressen zusammengefunden. Der Ministerpräsident habe den Radikalen erklärt: Wenn ihr wiedergewählt werden wollt, dann müßt ihr mir Euer volles, ungeschwächtes Vertrauen bewilligen. Dieses Argument habe gewirkt. Der nationalistische „Eclair“ meint, Briand habe einen rein persönlichen Erfolg errungen und zwar auf Kosten der Minister Millerand und Varignon.

Eine neue Verhaftung.

Paris, 16. März. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters ist der frühere Sekretär Pottel des Liquidators Duez unter der Anklage, 30000 Francs veruntreut zu haben, verhaftet worden.

England.

Die Oberhandfrage.

London, 16. März. „Daily Chronicle“ schreibt, die Regierung werde, falls ihr Veruch, das Vetorecht der Lords einzuführen, mißlingen sollte, bei einer allgemeinen Neuwahl einen Plan für eine gänzlich neue Zweite Kammer entwerfen und dem Lande bekanntgeben. Die Grundzüge dieses Plans würden die folgenden sein: Zur Zweiten Kammer, die sich aus 200 bis 240 Mitgliedern zusammensetzen soll, werden Peers und Mitglieder des Unterhauses, die über 40 Jahre alt sind, wählbar sein. Das Wahlrecht wird von allen Parlamentarierwählern ausgeübt werden, nur daß die Wahlkreise weit größer sein werden, als die für die Unterhauswahlen. Die Session wird 7 bis 9 Jahre dauern. Der neuen Zweiten Kammer soll der Einspruch in Finanzangelegenheiten nicht zustehen, doch wird sie der sonstigen Gesetzgebung gegenüber das Recht der Revision und das des suspensiven Veto haben. Streitigkeiten zwischen Oberhaus und Unterhaus sollen in gemeinsamen Sitzungen beider Kammern zum Austrag gebracht werden.

Erklärungen des Marineministers.

London, 16. März. Aus der gestrigen Marinedebatte des Unterhauses sind noch einige Aeusserungen des Marineministers Rickens hervorgehoben. Ein festes Bauprogramm lehnte der Minister ab, denn wenn irgend eine fremde Nation mehr Schiffe bauen sollte, so würde England ebenfalls mehr Schiffe bauen müssen. In Beantwortung der Forderung der Arbeiterpartei nach einem rationalen Flottenbudget erklärte Rickens, der einzige Standard, den er als rational anerkennen könne, sei derjenige, welcher die Sicherheit des Landes gegen jede wahrscheinliche Kombination der Kräfte sichern würde. Das sei der Standard, den die Regierung allein bei der Vorlage des Budgets im Auge habe. Es gebe keinen anderen Weg, die Suprematie zur See aufrechtzuerhalten als herauszufinden, was für eine Stärke, Größe und Klasse die Schiffe anderer Nationen besäßen und dann Schiffe von der gleichen Leistungsfähigkeit zu bauen. Die Admiralität sei in dieser Beziehung gründlich informiert.

Der Antrag der Radikalen, den Mannschaftsbestand der Flotte um 3000 Mann zu reduzieren, wurde mit 295 gegen 84 Stimmen abgelehnt. Die Minorität setzte sich aus den Arbeiterabgeordneten und wenigen Radikalen zusammen. Der Arbeiterabgeordnete Snowden erklärte, wenn die Regierung an die deutschen Versicherungen des guten Willens glaube, so sei nicht die geringste Rechtfertigung für das gegenwärtige Budget vorhanden. Wenn aber die Regierung den Versicherungen nicht glaube, so würde es ehelicher sein, der Spiegelfechterei freundschaftlicher Beziehungen gleich ein Ende zu machen. Er mißbillige die Ausgabe für die Rüstungen. Freundslichere Beziehungen sprächen zwischen den Demokratien aller Länder auf, und hierin liege die Hoffnung auf den Frieden begründet.

Gewerkchaftliches.

Der Handelstag für Maßregelungsnachweise.

Der deutsche Handelstag hielt am 15. und 16. März unter Vorsitz des Freisinnmannes Abg. Raempf eine Ausschuss-Sitzung ab, in der man sich unter anderem auch mit der Frage der Arbeitsnachweise beschäftigte.

Ueber den, dem Reichstag vorgelegten Entwurf eines Stellenvermittlungsgesetzes erlittete Herr Engelhard (Mannheim) Bericht. Er sprach sich dahin aus, daß der Gesetzentwurf, soweit er offensbaren Mißständen entgegenzutreten solle, anzuerkennen sei, er begie aber gegen wichtige Bestimmungen des Entwurfs schwere Bedenken, vor allem dagegen, daß die Zulassung von Stellenvermittlern von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig gemacht sei und dieses Bedürfnis verneint werden solle, soweit für den Ort oder den wirtschaftlichen Bezirk ein öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweis in ausreichendem Umfang bestehe. Hierdurch werde die Gefahr geschaffen, daß ein Mangel solcher öffentlicher Nachweise entstehe, und die Möglichkeit, daß dieses Mangel in einer den individuellen Bedürfnissen entsprechenden Weise ausgefüllt werde, unterbunden. Das weitere ausdrückliche Bedenken richtete sich dagegen, daß die Entwicklung gewerkschaftlicher Nachweise, also öffentlicher, auch solcher, die von Arbeitgebern eingerichtet seien, durch die Landesregierungen nicht nur unter gewisse Bestimmungen des Gesetzes gestellt, sondern auch noch in völlig unbestimmtem Maße geregelt werden könnten. Gegen eine derartige Maßnahme gegen diese Nachweise müsse man sich entschieden aussprechen. Der Ausschuss stimmte den Ausführungen des Berichterstatters zu.

Die einseitigen Nachweise der Unternehmer, die anerkannterweise Maßregelungszwecken dienen und dienen sollen, betrachtet der Handelstag offenbar nicht als Mißstand. Das zu betonen ist notwendig, weil die erwähnte Organisation zum Teil aus Leuten besteht, die gern mit einer gewissen Gewerkschaftsfreundlichkeit paradien und besonders den Kirch-Dunderschen nahe stehen.

Berlin und Umgegend.

Gendarmen und Streikbrecher gegen friedliche Arbeiter.

Seit 14 Tagen befinden sich die Arbeiter der Firma Robert Guthmann, Kalksandsteinfabrik in Niederlehme b. Königs-Wusterhausen im Streik.

150 Leute wurden mit dem Einschleppen der Bewegung aus der Firma gehörenden Kasernen hinausgeworfen, 60 Kolonisten die Wohnung gesündigt. Solche Dinge vermöchten nicht, die Streikenden wankelmütig zu machen.

Der vielersahrende Direktor Mohrha verfuhr nunmehr sein Heil mit Streikbrechern. Durch Agenten wurde ein größerer Trupp in Oberschlesien (Katibor) angeworben, welche dann in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in Berlin, Schlesiener Bahnhof, anlangten.

Im Handumdrehen war die Gesamtpolizeibahnwache in den Dienst des bedrängten Direktors gestellt, weil einige Mitglieder des Verbandes und der Vertreter der Nationalpolen des Arbeitswilligen erklärten, daß man in Niederlehme streike. Nach umfangreicher Arrestationsarbeit wurden die Streikbrecher per Wagen nach der Spree und von dort per Kahn resp. Dampfer nach Niederlehme transportiert.

Nachdem die Leute erfahren, um was es sich eigentlich handele, verließen sie geschlossen den Betrieb.

Beachtenswert ist, was man den Leuten beim Anwerben vorkaufte:

„Die Arbeiter von Niederlehme dürfen nicht arbeiten wegen der Wahlrechtsdemonstration, die Berliner Sozialdemokraten dulden es nicht!“

Nachdem die Knustreicher ausgerissen, wurden aus Hamburg neue circa 100 Mann herangeholt, die am gestrigen Tage in Berlin eintrafen und mit wenigen Ausnahmen bald wieder zu den Streikenden übergingen.

Die noch im Betrieb befindlichen Staatskassen glaubten nun wohl, gestützt auf den bei solchen Anlässen ausgiebig von Seiten der Behörde gegebenen Schutz, sich nun auch einmal in Streikbrecherarbeit betätigen zu können.

Wie auf Kommando öffnete der Portier einmal die Tore; herauskürzten die Streikbrecher, auf die bei solchen Anlässen sich ansammelnden Neugierigen mit Revolver schießend und Steine werfend.

Während bis zum Dienstag das Verhalten der dort zurzeit stationierten Gendarmen keine Anlauf bot, ja selbst eine gewisse Zurückhaltung beobachtet werden konnte, änderte sich die Situation mit einem Schlage; denn anstatt nun den tobenden Streikbrechern entgegenzutreten, drangen die Gendarmen mit blanker Waffe auf die friedliche Einwohnerschaft ein, was natürlich zu einer nachfolgenden Erbitterung führte.

Im Betriebe hat man sich nicht gescheut, denen, die ihre Papiere verlangten, eine Behandlung mit Gummischläuchen zuteil werden zu lassen.

Die Direktion machte weiter böses Blut, indem sie auch ein Vermittelndes Eingreifen der Gemeindevertretung ablehnte.

Der Kampf geht also weiter.

Zugang nach Niederlehme ist streng ferngehalten, und ersuchen wir alle arbeiterfreundlichen Blätter, namentlich auch die polnischen, um Abdruck des vorstehenden Berichtes.

Fabrikarbeiterverband.

Die in der Drahtwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Sonntag bei Wollschlager in der Wasbertstraße eine zahlreich besuchte Versammlung ab, um dazu Stellung zu nehmen, daß einige Firmen sich weigern, einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Handke, schilderte zunächst den Wert und die Entwicklung der Tarifverträge im allgemeinen und ging dann besonders auf die Verhältnisse in der Drahtwarenindustrie ein. Für diese Industrie wurde im Jahre 1904 ein Tarifvertrag abgeschlossen, der drei Jahre Geltung hatte. Inzwischen schlossen sich die Arbeitgeber zu einer Organisation zusammen, und als im Jahre 1907 die Arbeitgeber den Tarifvertrag gekündigt hatten, legte ihr Vorstand jegliche Verhandlung mit dem Metallarbeiterverband ab. Es kam zu einem Kampfe, der damit endete, daß der Tarifvertrag, zwar nicht mit dem Arbeitgeberverband, doch mit den meisten Firmen auf weitere drei Jahre abgeschlossen wurde. Es waren nur die Firmen Lerm u. Gebr. Ludwig sowie Heintze und einige kleine Geschäfte, die sich dauernd weigerten, den Tarif zu unterzeichnen. Von den tariftreuen Firmen haben nun in diesem Jahre zwei den Tarifvertrag gekündigt, obwohl, wie verlautet, der Arbeitgeberverband beschlossen hat, daß die Kündigung auf der ganzen Linie erfolgen sollte, und von den beiden Firmen hat eine bereits wieder Verhandlungen angeknüpft. Es scheint also, daß in den Kreisen der Arbeitgeber doch die Erkenntnis immer mehr zum Durchbruch kommt, daß die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihnen selbst keineswegs zum Schaden ist, sondern vielmehr als ein Damm gegen die unbegrenzte Schmutzkonkurrenz zum Nutzen gereicht. Die geradezu transtafte Abneigung gegen den Tarifvertrag, die sich bisher bei den Leitern des Arbeitgeberverbandes bemerkbar machte, veranlaßt, Reichl.; Richard Parth, Berlin. Inzeratenteil vorantw.;

wird wohl auch mit der Zeit einer besseren Erkenntnis weichen müssen. Seit 1907 war es den Arbeitern allerdings nicht gut möglich, bei den tariflosen Firmen mit dem nötigen Nachdruck vorzugehen. Dazu lag der Geschäftsgang zu sehr daneben. Das hat sich jetzt gebessert; es ist wieder Arbeit genug in der Drahtwarenindustrie vorhanden. Die Arbeiter sind, bis auf eine verschwindend geringe Zahl, fest organisiert. Die Firma Lerm u. Gebr. Ludwig hat sich zwar seit zwei Jahren eifrig bemüht, ihre Arbeiter um das Koalitionsrecht zu bringen; es ist ihr aber doch nicht gelungen, die Organisation aus ihrem Betriebe fernzuhalten. Bei dieser Firma sowie auch bei Heintze werden noch recht elende Löhne gezahlt, was nicht nur den Arbeitern sondern auch der Drahtwarenindustrie im allgemeinen Schaden bringt. Andere Firmen, die den Tarifvertrag nicht unterzeichnen, haben ihn gleichwohl in der Praxis anerkannt und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dementsprechend geregelt. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft der Drahtwarenindustrie nun mit erneuter Kraft danach strebt, dem Tarifvertrag bei allen Firmen Geltung zu verschaffen. Wenn aber einzelne Firmen auf ihrer Abneigung gegen den Tarif beharren, so wird es sicherlich hier und da zum Kampfe kommen. Dabei muß es natürlich Aufgabe aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche sein, fest zusammenzuhalten und dafür zu sorgen, daß nirgendwo Streikarbeit angefertigt wird. — Den Ausführungen des Referenten, die allgemeinen Beifall fanden, folgte eine rege Diskussion. Es zeigte sich eine starke Entrüstung über die Zustände bei den beiden oben genannten Firmen. Bei Lerm u. Gebr. Ludwig in Tempelhof waren am Sonntag Flugblätter verbreitet worden; aber kaum hatte die Firma Kenntnis von diesem Unternehmen erhalten, als sie auch schon die Polizei in Bewegung setzte. Fünf starke Männer waren sogleich zur Stelle, und der Betreibere wurde zur Wache gebracht. Er konnte jedoch nach Feststellung seiner Personalien wieder seiner Wege gehen. Ledigens scheinen bei jener Firma in mancher Hinsicht Zustände zu herrschen, die weit mehr als das bisherige Flugblattverbreiten ein Eingreifen der Behörde rechtfertigen könnte. So wurde ausgeführt, daß der Meister Arbeiterinnen bei der Einstellung allerlei allzu weitgehende Fragen vorlegt, wie die, ob sie einen Bräutigam haben, ob sie nicht vielleicht schwanger seien und dergleichen mehr. Ferner wurde berichtet, daß Arbeiterinnen an großen Maschinen beschäftigt werden mit einer Arbeit, die eigentlich nur für Männer geeignet ist, und daß, wenn die Gewerbeinspektion komme, diese Maschinen mit einem Male stillgelegt werden, und alle spulen müssen, solange der Beamte im Betriebe ist. Die Firma hat es auch für zweckmäßig erachtet, eine Betriebskrankenasse zu gründen, und pflegt, wenn ein Arbeiter oder eine Arbeiterin einmal erkrankt oft die Entlassung zu verfügen. Ein solcher Entlassungsbrief wurde in der Versammlung vorgelesen. Er ist an eine Arbeiterin gerichtet, die sich für einen halben Tag wegen Unwohlseins entschuldigt hatte, dann aber, weil sie der Arzt für arbeitsunfähig erklärt hatte, auch am Nachmittag nicht zur Arbeit kam. Noch am selben Tage hatte ihr die Firma die Entlassung zugesagt. Im übrigen soll die Firma ihre Lehrlinge über die gefehlich zulässige Zeit beschäftigen. Die Erörterung dieser und anderer Mißstände, wie sie teils bei jener Firma, teils bei Heintze herrschen, konnten natürlich nur dazu dienen, die Anwesenden in ihrem einmütigen Willen, geregelte Verhältnisse zu schaffen, zu bestärken.

Lohnbewegung der Präsektischer.

Die Präsektischer und Hilfsarbeiter haben mit ihrem Beschluß vom 2. Februar, in eine partielle Lohnbewegung einzutreten, einen nennenswerten Erfolg erzielt. Nachdem der Präsektischerverein es abgelehnt hatte, einen Lohnvertrag zu den geltenden Bedingungen einzugehen, unterbreiteten die Kutscher am 2. Februar ihre Forderungen einzeln und verlangten bis zum 2. Februar Bescheid. Eine Anzahl Unternehmer bewilligte den geforderten Lohn, während in zwei größeren Betrieben es am 2. Februar zur Arbeitseinstellung kam. Nach halbtägigem Streik bewilligten die Unternehmer dieser Betriebe die Forderungen ebenfalls. Bei einer weiteren Anzahl Betriebe wurde durch Verhandlung eine Verständigung herbeigeführt. Das Resultat der partiellen Bewegung ist, daß bisher 33 Betriebe den geforderten Lohn von 30 Mk. bewilligt haben. In drei weiteren Betrieben sind den Kutschern Lohnzulagen von 1 Mk. pro Woche gewährt worden. Für das Füttern der Pferde an den Sonntagnachmittagen bewilligten 7 Firmen die geforderte Forderung von 1 Mk. während bei den übrigen der alte Satz von 50 Pf. für diese Arbeit beibehalten werden soll. In Verhandlungen, die mit 11 kleineren Firmen, die bisher noch keine Zugeständnisse gemacht haben, gepflogen wurden, erklärten einige Firmenehaber, daß sie der Einführung eines Korporatibvertrages nun doch wieder den Vorzug geben würden. Vielleicht revidiert der Verein der Präsektischer nunmehr seinen früheren Beschluß?

Achtung, Klavierarbeiter! In der Pianofabrik von Förster in Löbau und Georgswalde sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, hat die bekannte Hamburger Streikbrecheragentur „Müller“ den Auftrag erhalten, in Berlin Arbeitswillige anzuerwerben. Wir ersuchen um Bekanntgabe des obigen unter der Kollegenschaft, damit die Bemühungen der Firma erfolglos sind.

Ferner teilen wir mit, daß der Zustand in der Klavierfabrik von Nersberg fortbauert. Dann haben am Montag in der Pianofabrik von Weber, hier, die Bodenmacher wegen Lohnreduktionen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten.

Die Branchenleitung.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Am Montag nahm eine Versammlung der Drechsler-, Treppengeländer- und Lugschloßhersteller den Bericht über die Vertragsverhandlungen entgegen. Es kam zu einer regen Aussprache. Mehrere Redner gaben ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß der neue Vertrag wesentlich hinter den Wünschen der Arbeiter zurückbleibe. Besonders wurde bedauert, daß die Verpflichtung zur Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises noch gewisse Einschränkungen erfahren habe, während ein unbedingtes Obligatorium gefordert wurde. Ferner wurde darauf verwiesen, daß nach dem endgültigen Abschluß des allgemeinen Vertrages ein Spezialtarif für die Branche zu vereinbaren ist, welcher die Affordable festlegt. — Es wurde eine Resolution angenommen, welche sagt: Die Versammlung bedauert, daß durch die Tarifverhandlungen nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt worden sind. Die Kommission wird beauftragt, dahin zu wirken, daß bei der Beratung des Spezialtarifs alle Wünsche der Branche berücksichtigt werden.

Achtung, Juristen! Am 4. Januar 1909 wurde mit den vereinigten Rauchwaren-Juristen- und Färbereibesitzern Deutschlands ein Reichstarif für das Juristenereigewerbe bis zum 31. Dezember 1911 abgeschlossen. Infolgedessen wurde der für Berlin und Umgegend bestehende Tarif gekündigt, um den neuen Reichstarif unter Berücksichtigung der Arbeitsweise und den hier bestehenden örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Inbesondere waren es 18 Positionen, über welche man unter Hinzuziehung des Hauptvorsitzenden und des Vertreters der Arbeitgeber in einer am 21. April v. J. stattgefundenen Sitzung verhandelte, in welcher diese 18 Positionen auf ein Jahr neben dem Reichstarif von den Arbeitgebern den Arbeitnehmern zugestanden wurden. Jedoch sollten diese 18 Positionen noch der großen Tarifkommission in Leipzig zur Beratung überwiesen werden, um unter Hinzuziehung eines Berliner Vertreters für die Berliner Verhältnisse einen festen Tarif zu schaffen. Da dies bis jetzt nicht geschehen, hängt es von der Willkür und Laune des Arbeitgebers ab, ob er den Reichstarif oder die ausgeworfenen 18 Positionen zur Berechnung des Lohnjahres heranzieht.

Dieses Verhältnis, welches stets zu Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führte, wollen die Arbeitnehmer beiseite lassen. Die Sektionsversammlung beschloß Kündigung des Tarifs und arbeitete einen neuen Tarif aus, welcher mit der Kündigung den Arbeitgebern überhandt wurde.

Zugang ist ferngehalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Die Tagung der Scharfmacher.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hält seine Vertreterversammlung am 12. April in Berlin ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten werden sich die Scharfmacher mit dem Hausarbeitsgesetz, der Abänderung der Gewerbeordnung, dem Stellenvermittlungsgesetz und dem Arbeitskammergesetz, sowie der Reichsversicherungsordnung beschäftigen. Die Kommissionsverhandlungen im Reichstage sind bis dahin natürlich noch nicht abgeschlossen, so daß die Direktoren, die von den Scharfmachern gegeben werden, für die Regierung noch zu rechter Zeit kommen.

Zu dem Vorgehen des Herrn Rexhäuser

nimmt auch der „Grundstein“, das Organ des Maurerverbandes, wie folgt Stellung:

„Eine verheißungsvolle Perspektive hat der Redakteur des Buchdruckerorgans, Ludwig Rexhäuser, der deutschen Arbeiterbewegung eröffnet, indem er das Erscheinen einer Subskription gegen die Sozialdemokratie in Aussicht stellte. Wir dürfen voraussetzen, daß unseren Kollegen die eigenartige Stellung Rexhäusers zur politischen Arbeiterbewegung bekannt ist, sie hat ja schon oft ein recht unerschrockenes Aussehen erregt. In den früheren Wahlkämpfen ist auch Rexhäuser manchmal Unrecht geschehen, und man hat ihm darum manches nachgesehen, was sonst schärfsten Tadel verdient hätte. Bei seinem Konflikt jedoch mit dem geschäftlichen Leiter des „Vorwärts“ betrieb, dem Genossen Richard Fischer, der zu einem gerichtlichen Austrag führte, hatte sich Rexhäuser solche Willkür gegeben, daß jeder rechtlich denkende Gewerkschafter von ihm ariden mußte. Die damalige moralische Niederlage mag ihn sehr gewürmt haben, weshalb er gierig nach einer Gelegenheit spähte, um sich zu revanchieren. Genosse Fischer bot sie ihm in einer Polemik, die er im Reichstage gegen einen nationalliberalen Reichsverbändler führte. In seiner Verteidigung der Geschäftsführung des „Vorwärts“ betriebes ließ Fischer auch einige Worte gegen Rexhäuser fallen. Postwendend antwortete dieser mit einer wütenden Schimpfanrede, die in der Drohung gipfelte, er werde außerhalb des von ihm redigierten Blattes eine gründliche Abrechnung nicht nur mit Fischer und dem von diesem geleiteten Betrieb, sondern auch mit der sozialdemokratischen Partei halten. Das bedeutet also, daß Rexhäuser zu einem ähnlichen Werk rüstet, wie es die alte Subskription des Nordmeisters Fischer oder „Der rote Sumpf“ des Rache ist. Diese Drohung zeigt, daß Rexhäuser in einem Zustand geraten ist, der es ihm unmöglich macht, sich Rechenschaft von der Moral seines Tuns zu geben. Sein Haß hat ihn völlig blind gemacht. Wäre es anders, so hätte er für die Abwehr von Fischers Angriffen wenigstens nicht eine so herausfordernde Form gewählt. Ausgerechnet am dem Tage, wo die ganze übrige Arbeiterpresse Artikel mit der Ueberschrift „August Weber“ druckte, kam der „Korrespondent“ mit dem Schimpfartikel „Richard Fischer“ heraus. Wenn Rexhäuser noch eines guten Rates zugänglich ist, so mag er sich gesagt sein lassen, daß es jetzt endlich mehr als genug ist. Die ihm lange unverdient zuteil gewordene Rücksicht mag ihn lassen, auch mit seinem neuesten Stück durchzukommen; aber der einmütige Protest in der Arbeiterpresse, dem wir uns hiermit anschließen, wird ihm zeigen, daß alles ein Ende hat, auch die Rücksicht der Arbeiter einem Entgegensetzen gegenüber.“

Die Schuhmacher in Frankfurt a. M. haben Montagabend in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung beschlossen, Dienstag sofort in den Streik einzutreten. Die Meistervereinigung hatte verlangt, den eingereichten Tarif zurückzuziehen, und wollte damit die Bewegung verschleppen. Daraufhin ist der Streikbeschluss zustande gekommen. Es kommen die bei den Handwerksmeistern beschäftigten Schuhmachergesellen, und zwar sowohl die freie Gewerkschaft, wie solche christlicher Gewerkschaft, insgesamt etwa 400, in Frage. Die Schuhmachervereinigung hatte jegliche Verhandlung mit den Gewerkschaften, auch eine solche vor dem Gewerbegericht, abgelehnt. Die großen Schuhfabriken sind von diesem Streik nicht betroffen.

Die Tarifbewegung im Kölner Holzgewerbe ist beendet. Obwohl die Unternehmer, als auch die „christliche“ Organisation und der Deutsche Holzarbeiterverband haben den Vereinbarungen der Kommission zugestimmt, der letztere allerdings nur mit neun Stimmen Mehrheit. Der Tarif läuft drei Jahre, während deren die Löhne sich um 4 Pf. pro Stunde erhöhen sollen. Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober 1912 um eine Stunde verkürzt. Das wichtigste ist die Festlegung eines Durchschnittslohnes, der auf 56 Pf. festgesetzt wurde und auf 60 Pf. steigt.

Lohnbewegung der Tapezierer von Hamburg, Altona und Wandsbek.

Nachdem die Verhandlung mit dem Vorstande der Zwangsinnung resultatlos verlaufen war, haben die im genannten Städtekomplex beschäftigten Tapezierer ihre Kündigung eingereicht. Die Arbeitseinstellung erfolgte am 18. März. Unter Beibehaltung der Arbeitswoche von 53 Stunden wird der Mindestlohn festgesetzt für Ausgelernte während der ersten zwei Jahre von 46 auf 50 und für ältere Gehilfen von 56 auf 60 Pf. Auf alle bestehenden Löhne bis zu 70 Pf. erfolgt ein Aufschlag von mindestens 4 Pf. pro Stunde; die höheren Löhne unterliegen der freien Vereinbarung. Von der von 600 Personen besuchten Versammlung stimmten nur 40 gegen die ultima ratio. Die jungen Kollegen sollen das Streikgebiet verlassen. Der Innungsarbeitsnachweis ist gesperrt; die Arbeitsvermittlung geschieht ab 14. März durch das Verbandsbureau. Bislang haben 20 Firmen die Forderungen anerkannt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Lehrermassregelungen in der Bremer Bürgerschaft.

Bremen, 18. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung der Bremer Bürgerschaft fanden anlässlich der Beratung des sozialdemokratischen Antrages wegen der Lehrermassregelungen tumultuöse Szenen statt. Die bürgerliche Mehrheit ließ jedesmal das Fallbeil der Schlussbeantragung fallen. Der Präsident ließ die Tribünen räumen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Stenbo, 18. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stabverordnetenwahl wurden zum ersten Male zwei Sozialdemokraten gewählt. Sie siegten mit einer Majorität von 200 Stimmen.

Konfiszieren.

Frankfurt a. M. In der Buchhandlung „Volkstimme“ sind eine Anzahl Exemplare der Wiener „März-Zeitung“ konfiszieren worden, weil darin ein Harzenbruch und dem Jahre 1848 reproduziert wurde, der die große Barrikade nächst der Johannis-Kirche unter dem Befehl des Generals Kom wiedergab. Diese polizeiliche Beschlagnahme ist vom Amtsgericht auf Grund der §§ 110 und 130 des Strafgesetzbuches bestätigt worden.

Die Frankfurter Polizei sucht also immer noch nach Vorbeeren!

Dynamitexplosion.

Petersburg, 16. März. (R. G.) Wie aus Tschernofsky gemeldet wird, ist im dortigen Olgabergwerk eine große Quantität Dynamit, angeblich zwei Zentner, explodiert. Das Bergwerk ist vollständig demoliert. Ob und wie viele Menschen dabei ums Leben gekommen sind, ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Sietz 4 Beilagen u. Unterhaltungsbil.

Reichstag.

59. Sitzung vom Mittwoch, den 16. März, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bethmann Hollweg, Delbrück, v. Schoen, Dernburg, Lisca.

Beratung des Etats für das Auswärtige Amt wird fortgesetzt.

Abg. Dürksen (Sp.): Herr Scheidemann zitierte einen Ausspruch eines Zentrumspredigers: „Man muß sich schämen, ein Preuße zu sein.“ Auf meine Ermüdung entkamen sich die Herren vom Zentrum eines solchen Ausspruchs überhaupt nicht. (Rufe bei den Soz.: Sieberts war es!) Dann bedauerte ich diesen Ausspruch bei Herrn Sieberts. Aber ganz unqualifizierbar ist es, daß Herr Scheidemann, der selbst nicht Preuße ist (Abg. Scheidemann (Soz.): Das stimmt nicht!), seiner Stimmung gegen Preußen in solcher Weise Ausdruck gibt. Herr Scheidemann schloß mit den Worten: „Alle Welt laßt über die preußische Politik, man amüsiert sich über den Herrn Reichskanzler.“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Bethmann Hollweg ist ein Mann, getragen von hohem sittlichen Ernst, der nicht den leichesten Anlaß zum Lachen gibt. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Einige Vordredner klagen über die Zurücksetzung der Bürgerlichen beim diplomatischen Dienst. Gewiß soll nur die Tüchtigkeit entscheiden, aber unter sonst gleichen Umständen wird man doch dem den Vorzug geben, der bessere Beziehungen hat. (Hört! hört!) In England und den englisch sprechenden Ländern hat die Presse eine weit größere Bedeutung als bei uns; dort muß unsere Diplomatie in der Presse selbst Angriffen auf Deutschland entgegenreten, und dazu gehören Geldmittel; deshalb bedauere ich, daß in der Budgetkommission durch ein Mißverständnis bei der Abstimmung der Gehälter Fonds herabgesetzt ist, und ich hoffe, daß noch Remedur eintreten wird. (Bravo! rechts.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

In der rückhaltlosen Vertretung der Politik, welche wir in der

Mannedmannfrage

befolgt haben, kann ich einen um so objektiveren Standpunkt einnehmen, als die Grundlinien dieser Politik festgelegt waren, lange bevor ich die Leitung der Geschäfte übernommen habe. (Sehr richtig!) Für mich liegt das entscheidende Moment in dem dem Reichstage aus dem Weisbuch bekannten Beschluß des diplomatischen Korps in Tanger vom 20. August 1908. Durch diesen Beschluß haben sich die Mächte geeinigt, daß sie als Vergesetz im Sinne des Artikels 112 der Algecirasakte nur ein Gesetz ansehen würden, das vom Kaiser ihnen vor der Veröffentlichung bekannt gegeben worden sei. Diesem Erfordernis wird das Vergesetz vom 7. Oktober 1908 unzweifelhaft nicht gerecht. Soll also Deutschland dieses Vergesetz, auf das sich die Mannedmannschen Konzeptionen stützen, als gültig anerkennen, so muß es sich in direktem Widerspruch mit dem Beschluß des diplomatischen Korps vom 20. August 1908 setzen. Kein tatsächlicher, kein rechtlicher, kein politischer Grund aber gibt uns das Recht, von diesem Beschluß vom 20. August 1908 einseitig zurückzutreten. Wollten wir uns davon lossagen, so würde das nichts anderes bedeuten, als diesen Vertrag brechen. Zu einer Politik eines solchen Vertragsbruchs aber werde ich mich nicht hergeben. (Beifall rechts.) Mögen die wirtschaftlichen Werte der Mannedmannkonzeption noch so hoch sein, eine Lebensfrage Deutschlands sind sie nicht. Darum wird mich nichts bestimmen können, das Wort zu verlegen, das unsere Politik am 20. August 1908 in Tanger eingeleitet hat. (Bravo rechts.) Soweit es innerhalb der Grenzen, die uns durch internationale Verträge und Abmachungen gezogen werden, möglich ist, die wirtschaftlichen Interessen der Herren Mannedmann zu fördern, haben wir es getan und werden es auch in Zukunft tun. Erleichtert ist und diese unsere Aufgabe durch das Auftreten der Herren Mannedmann bisher nicht. (Sehr richtig!) Ich habe den dringenden Wunsch, daß die Herren Mannedmann für die Zukunft in dieser Beziehung Wandel eintreten lassen. (Erneute Zustimmung.)

Der Herr Abgeordnete Stresemann hat gestern die Herausgabe des Weisbuchs in der Mannedmannschen Angelegenheit bemängelt; er hat gesagt, das Auswärtige Amt habe mit dieser Veröffentlichung eine Fucht in die Öffentlichkeit angetreten. Dieser Auffassung muß ich mit aller Entschiedenheit widersprechen.

Nachdem die eragiertesten Vertreter der Mannedmannschen Interessen in einer energisch betriebenen Propaganda immer von neuem die Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes als Furcht vor der Öffentlichkeit hingestellt haben, blieb und gar nicht anders übrig, als öffentlich zu zeigen, daß das Auswärtige Amt nichts zu verbergen hat.

Der Herr Abg. Stresemann hat gestern auf die Beunruhigung hingewiesen, die viele Kreise der öffentlichen Meinung darüber erfüllt, ob seit dem Abgang des Fürsten Bismarck die Interessen Deutschlands in der auswärtigen Politik noch genügend gewahrt seien. Der Herr Abg. Stresemann hat damit, wie ich gerne anerkenne, in sehr vorsichtiger Weise angedeutet, was in einem großen Teile der Presse in den letzten Monaten wiederholt und mit großer Schärfe unmittelbar als Schwäche und Nachgiebigkeit unserer gegenwärtigen auswärtigen Politik gebrandmarkt worden ist. Ich möchte es für ein gefährliches Vergehen halten, die Leitung der auswärtigen Politik durch den Vorwurf der Schwäche, ich kenne keinen schärferen Vorwurf, vor dem Inland und Ausland zu diskreditieren, (Lebhafte Zustimmung rechts) wenn man diesen Vorwurf nicht durch ganz bestimmte Tatsachen beweisen kann. (Erneute lebhafteste Zustimmung rechts.) Ich möchte nun fragen: Kommt mir irgend ein Moment genannt werden, wo Deutschland in neuerer Zeit in seiner Stellung zu den Mächten Schwäche oder Nachgiebigkeit gezeigt hätte? Wir sind in der Lage gewesen, auch seitdem ich zur Führung der Geschäfte berufen worden bin, unsere Beziehungen zu den Mächten freundschaftlich zu pflegen, ohne dabei etwas anderes einzulegen als den Willen, Deutschlands Stellung in der Welt nachhaltig, aber loyal zu vertreten. Ich habe dabei den Eindruck gehabt, daß wir dabei nicht schlecht gefahren sind. (Zustimmung rechts.) In einem will ich dem Abg. Stresemann durchaus beistimmen: Auch ich bin der Ansicht, daß es von Jahr zu Jahr eine größere und bedeutungsvollere Aufgabe unserer auswärtigen Politik kaum gibt als: die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Auslande zu fördern, und ich bitte den Reichstag, überzeugt zu sein, daß ich in vollem Bewußtsein der Größe gerade dieses Teils meiner Aufgabe ihr auch alle meine Kräfte widmen werde. (Lebhafte Beifall.)

Im Zusammenhang mit dieser Frage möchte ich auf die Frage des Herrn Abg. Stresemann bezüglich des Staatsangehörigkeitsgesetzes folgendes bemerken:

Es ist leider unmöglich geworden, wie ich ursprünglich gehofft hatte, im Laufe der gegenwärtigen Session dem Reichstage den Gesetzentwurf vorzulegen, aber ich werde persönlich bestrebt sein, die Frage so zu fördern, daß nicht mehr zu lange Zeit vergeht, bis dieser einmütig vom Deutschen Reichstage geteilte Wunsch zur Erfüllung gebracht wird. (Bravo!)

Zum Schluß lassen Sie mich noch einige wenige Worte über

das Verhältnis der Parteikonstellationen zur auswärtigen Politik sagen. Behauptungen in öffentlichen Versammlungen sollen nach Propaganda, die unumwiderrufen geblieben sind, dahin gelautet haben, ich werde genötigt sein, eine schwächliche und nachgiebige auswärtige Politik zu leiten, weil ich keine feste Majorität des Reichstages hinter mir habe, und insofern hätten sich die Zustände im Vergleich zu der Zeit des Bismarck wesentlich geändert. Ich möchte meinen, die Parteien sollten es von rechts bis zum äußersten linken Flügel von sich ablehnen, als ob sie das Maß der Unterstützung, die sie der Regierung in Fragen der auswärtigen Politik gewähren wollten, abhängig machten von der größeren oder geringeren Zufriedenheit mit der Leitung der inneren Politik. (Beifall.) Mir ist es wenigstens noch nie in den Sinn gekommen, mich durch die Angriffe, die mir wegen der inneren Politik zuteil werden, auch nur um ein geringes in der auswärtigen Politik von der Linie abbringen zu lassen, die ich als die für Deutschland gewissens ansehe. (Beifall rechts.) Und ich werde es auch nicht in Zukunft tun und ich hoffe dabei von dem Vertrauen getragen werden zu können, in dem in allen Fragen, welche die Stellung Deutschlands in der Welt angehen, der Deutsche Reichstag einig sein wird. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Bg.): In der Budgetkommission haben die Herren Mannedmann keineswegs eine Niederlage erlitten, wie der Abg. Scheidemann behauptet hat. Am Schluß seiner Rede hat Herr Scheidemann sich eine plumpe Anordnung des Reichskanzlers und des Polizeipräsidenten v. Jagow geleistet. Ich meinerseits habe mich getreut über die energische preussische Sprache des Polizeipräsidenten. (Große Heiterkeit links.) Den Demonstrationen täte ein kalter Wasserstrahl gut! (Bravo! Auch bei Ihnen würde eine kalte Dusche nicht schaden!) Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. Dove (Fortf. Bg.): Auf die Ausführungen des Vordredners brauche ich mich wohl nicht weiter einzulassen. (Lebh. Zustimmung.)

Mit dem Reichskanzler können wir uns über auswärtige Politik sicher eher verständigen als über innere Politik, aber schließlich bildet die gesamte Politik ein untrennbares Ganzes, und Vorgänge der inneren Politik wirken unglücklich auf unsere äußeren Beziehungen zurück; die gewaltsame Polenpolitik schädigt uns in Oesterreich, und die reaktionäre Preußenpolitik führt Italien ab. Die Polizeigenossen vom 6. März tragen auch nicht gerade zur Hebung unseres Ansehens im Auslande bei. (Lebhafte Zustimmung.) Das die Geschlechter Mannedmann betrifft, so steht die Wahrheit meiner Freunde auf dem Standpunkt, daß das Vorgehen der Herren keineswegs geschickt war.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat Angriffe auf das Auswärtige Amt und seinen verdienstvollen Leiter gerichtet, die in ihrer Gesamtheit das Innerste darstecken, was ich hier je gehört habe. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Ich weise (mit großer Erregung) solche Verunglimpfungen mit Entrüstung zurück. (Lebhafte, anhaltende Beifall auf der gesamten Bank, im Zentrum und bei einem Teil der Rechten.) Es ist unerhört, daß ein Abgeordneter sich hier zu der Wendung verweigert, ein Deutscher, der sich auf das Auswärtige Amt verläßt, sei verlassen genug. Der Abgeordnete hat — und das sollte wohl noch eine Lebenswichtigkeit für mich sein — zwischen mir und dem Staatssekretär geglaubt einen Unterschied konstruieren zu sollen. Ich weise solche Untercheidung zurück! Ich (in erneuter sehr heftiger Erregung) trage die volle Verantwortung für die Führung der auswärtigen Politik und bitte, sich an mich zu halten, wenn man Ausstellungen zu erheben hat! Ich weise noch einmal die unerhörten Angriffe mit aller Entschiedenheit zurück. (Lebhafte anhaltende Beifall im gesamten Hause mit Ausnahme einiger Konservativen und der Antikemiten.)

Staatssekretär v. Schoen: Die Konsulate erfüllen in jeder Beziehung ihre Pflicht, aber als unentgeltliche Rechtsauskunftsbüros können sie schließlich nicht immer fungieren, und Einfluß auf die Rechtsprechung fremder Länder können sie doch nicht üben! (Sehr richtig! links.)

Bezüglich der Zulassung von deutschen Juden in Rußland sind in Rußland von uns Vorstellungen erhoben. Rußland hat und beantwortet, es sei eine Änderung des gesamten Pässewesens ins Auge gefaßt; vorher könne nichts geschehen.

Herr Hanke hat über die Ausweisung von Dänen geklagt. Es ist das eine Angelegenheit der inneren Politik. Uebrigens weisen deutsche Behörden niemand aus, ohne schwerwiegende Gründe zu haben, und mit Nachdruck lege ich gegen die Behauptung Verwahrung ein, daß wir Dänemark gegenüber die Vertragstreue verlegen.

Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat mich persönlich angegriffen und zu diskreditieren versucht; er hat sich auf die Seite derjenigen gestellt, die mir unter Zuhilfenahme von allerlei Klatsch den Mangel unbedeutender Befähigung anheften wollen. Ich weise jene Verunglimpfungen von mir, besonders jene Unterstellung, als ob mein Sinnen, Trachten und Tun von anderen Mächten eingeleitet sein könnte als von Mächten auf das deutsche Vaterland. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Arning (natl.): Die Ausführungen des Herrn Scheidemann dürfen nicht unwidersprochen in die französische Presse gehen. Er sagte, das deutsche Volk sei belogen worden durch die Presse. Die Herren Mannedmann sind aber erst in ganz letzter Zeit an die Öffentlichkeit gegangen. Den Beweis, daß die Grundlage der Ansprüche der Geschlechter Mannedmann oberflächlich seien, hat Herr Scheidemann nicht erbracht.

Abg. Dr. David (Soz.):

Ich will auf die Erörterung der Rechtsansprüche nicht nochmals eingehen. Was gestern mein Freund Scheidemann in dieser Frage gesagt hat, war durchschlagend. Und nachdem heute der Herr Reichskanzler die Hofschrift dieser Ansprüche mit klaren Worten darzulegen hat, sollten die Herren es wirklich aufgeben, sie noch zu verteidigen. Was die Geschlechter Mannedmann beanspruchen können, sind Willkürgründe, die hat man ihnen von vornherein zugestanden. Herr Liebermann v. Sonnenberg hatte in der Kommission eine Resolution eingebracht, die seinen Standpunkt in der Mannedmannfrage festlegte, hatte aber dann garnicht den Mut, sie überhaupt zur Abstimmung zu bringen! (Hört! hört!) Auch eine weit höhere Resolution der Herren Arning und Genossen wurde abgelehnt. Die Erklärung der Kommission akzeptierte durchaus den Standpunkt des Auswärtigen Amtes.

Wenn Herr Liebermann behauptete, wir seien und in der Sache nicht von den Interessen des deutschen Volkes seien, so brauche ich einen solchen Vorwurf nicht zurückzuweisen. Wenn die Geschichte

wo nicht gar Schablonen sind, spricht für Gehes lyrische Weisheit. Geschlossen ist dagegen die Charakterisierung des Bauern Hans Lange, des jungen Herzogs Eugelaff, des intriganten Hofmarschalls, sowie des Juden, einiger pommerischer Edelleute und des Großredners Henning. Max Bateg verkörpert den Eitelkeiter mit Wucht, wobei seines Wastes Grundgewalt nur manchmal allzu starke Register zieht. Richard Wirtz (Hofmarschall von Warsaw), Conrad Wiene (Eugelaff), Gertraud Gräbner (Dörte) waren gleichfalls vortrefflich. Weniger gilt das von Hedwig Pauli (Herzogin Sophia), mehr wiederum von den Vertretern einiger Nebenfiguren, wie: Bili Oberhardt, Alfred Gaase und Waldemar Alfred o. Das Haus quittierte mit einmütigem starkem Applaus. s. k.

Notizen.

Die Chemie der Flora-Wäste. In der „Chemiker Zeitung“ veröffentlicht Dr. Georg Pinus die genaue chemische Untersuchung des zur Herstellung der Flora-Wäste verwendeten Wachses und weist nach, daß das Wachs aus Firnis, Walrat und Dieneuwachs besteht. (Die untersuchte Probe entstammt dem inneren Kern der Wäste!) Da nun Walrat erst nach 1700 bekannt geworden ist, kann auch die Wäste nicht älter sein. Weiter stellt Dr. Pinus fest, daß auch der englische Bildhauer Lucas zu seinen Arbeiten das gleiche Firnis und Walrat enthaltende Gemisch verwendet hat, so daß dieser mit höchster Wahrscheinlichkeit als Verfertiger der Wäste anzusehen ist.

Kapital und Presse. Der Chefredakteur des nordwestlichen liberalen Blattes „Berdens Gang“, der das Blatt hochgebracht hat, kündigte seine Stellung und sämtliche Mitarbeiter schlossen sich der Kündigung an. Ein Mitglied des Verwaltungsrates, der über die Wahrheit der Aktien verfügt, hatte in die Redaktionsführung eingegriffen. Die austretenden Redakteure wollen ein neues Blatt begründen.

Welches Recht verleiht die Konfirmation? Wie die Wahlrechtsbewegung alle Schichten durchdringt, beweist ein Vorfall, der gleichzeitig auf den Augen des Konfirmationsunterrichts ein besonderes Licht wirft. Die „Magdeb. Zig.“ berichtet darüber: „Als während der Prüfung der Konfirmanten in einer hiesigen Kirche der Geistliche die Frage stellte: „Welches Recht wird Euch mit der Konfirmation zuteil?“ erfolgte von einem Volksschüler die Antwort: „Das Wahlrecht.“

Die gesundheitliche Bedeutung des Juckers. Daß der Jucker ein ausgezeichnetes Mittel zur Muskelkämpfung darstellt, ist seit einer Reihe von Jahren bekannt. Er verdient deshalb einen hervorragenden Platz bei der Ernährung der arbeitenden Klasse, der Sportleute, Touristen und Soldaten. Dr. Grabiner hat vor kurzem bei Personen, die 20 Stunden gefastet hatten, den Grad der Ermüdung der Muskeln festgestellt und gefunden, daß durch die Verabreichung von nur 25 Gramm Jucker die Zusammenziehungen der Muskeln viel kräftiger werden und die Ermüdung viel später eintritt.

Kleines Feuilleton.

Die Erde wird größer. Noch der Vorstellung, die seit langem bei den Geographen und Geologen herrschend ist, wird die Erde allmählich kleiner. Diese Ansicht geht zunächst von der physikalischen Betrachtung aus, daß ein in der Abkühlung begriffener Körper sich zusammenzieht. Ferner hat man die Bildung der Faltengebirge und anderer Unebenheiten der Erdoberfläche auf Kräfte zurückgeführt, die wegen der Zusammenziehung der Erde nach dem Erkalten hin wirken, und die Erdoberfläche ist in dieser Hinsicht mit der unglücklichen und zusammengeknüllten Schale eines Apfels, der eine Zeit lang gelagert hat, verglichen worden. Jedenfalls deuten alle diese Überlegungen darauf hin, daß die Erde im Lauf der Zeiten der Erdgeschichte an Umfang verloren haben müsse. Wenn jetzt von wissenschaftlicher Seite nachgewiesen worden ist, daß die Erde größer sei, als man bisher annahm, so erstreckt sich diese Behauptung nicht etwa auf ein Wachstum der Erdkruste, sondern nur auf genauere Messungen, die zu einem solchen Ergebnis geführt haben. Die geodätische Landesuntersuchung der Vereinigten Staaten hat berartige Messungen und Berechnungen in letzter Zeit angestellt und hat dabei ermittelt, daß die Abstände ein wenig größer sind als die bisher liberal verzeichneten Ziffern. Der Polarmesser, der vom Erdmittelpunkt nach einem Punkt des Äquators gelegt wird, hat danach eine Länge von 6 378 553 Meter, und das Verhältnis der Abplattung der Erdkruste an den Polen ist zu 1:297 bestimmt worden. Als der beste Wert für den Äquatorialhalbmesser galt bisher der von Clarke im Jahre 1880 bestimmte von 6 378 249,17 Metern und für die Abplattung der denselben Gelehrten von 1:298,5. Die neuen Ziffern sollen aber erheblich genauer sein, und es wird der Anprang erhoben, daß der Fehler bei der Berechnung des Äquatorialhalbmessers nicht mehr größer sein könne als rund zwei Meter. Die Grundlagen dieser neuen Berechnung sind die Vermessungen, die seit vielen Jahren in 41 Staaten der Union vorgenommen worden sind. Außerdem sind zur Ergänzung dieser Ermittlungen über die Erdgestalt nach astronomischen Beobachtungen zu Hilfe genommen worden.

Theater.

Neues Theater: „Die goldene Mitterzeit“, Vorlesung von Charles Marlows. Noch einem trübselig ungelungen Anfang gelangte das Stückchen allmählich ins Fahrtwasser einer jenseits aller Grenzpfähle der Kritik bergnützlich plätschernden Illusion.

Ein kleiner, gutmütig lecher Schwadronier von Lord, der im Besitze schöner Renten das zwanzigste Jahrhundert ganz vortrefflich eingerichtet findet und dem romantischen Gerede von den großen Taten seiner ritterlichen Ahnen nur äußerst mangelhaften Respekt beweist, sieht sich plötzlich, im Waffensaal seiner Burg erschlagen, um sieben Jahrhunderte zurückversetzt. Alle Gäste und Bewohner des

Schlusses machen die Verwandlung mit. Der rundlich sanfte Kaplan erscheint als fanatischer Mönch und will den Börsenmakler Jaakobson, mit dem er eben erst friedlich bei einer Partie Whist zusammenlag, durchaus dem Scheiterhaufen überliefern. Aus der schwärmerischen Braut des jungen Herrn ist eine verfolgte Unschuld im weißen Nonnengewand geworden, die ihm ihre Huld verspricht, wenn er den Nebenbuhler, einen irischen Baron im Kampfe bezwingt. Alle Versuche des kleinen Lord, den Leuten vernünftig zuzureden, sind vergeblich. Er akklimatisiert sich aber rasch und bringt es in dieser Welt zu hohem Ansehen. Als er für die Porgette ein Jähndholz anreißt, sinkt alles ehrsüchtig vor diesem Wunder in die Knie. Und wenn er auch in seiner Ritterrüstung halb ertrinkt, borgt er den Widersacher und Verfolger doch siegreich in den Sand. Die Situationen geben nur die Möglichkeit der Komik. Daß wirklich Komik, und stellenweise eine solche von unbegreiflich ansteigender Kraft herauskam, war dem Spiel des Herrn Vaselet, der früher schon im Friedrich-Wilhelmsdramatischen Theater Proben eines eigenartig humoristischen Talents gegeben hat, zu danken. Er langierte die größten Sotisen in einem unterschämten Ton der Selbstverständlichkeit, der seine Wirkung nie verfehlte. Die übermäßig aggressive Haltung, die er unter den hochangesehenen Reden einnahm, stand im dröckigsten Kontrast zur Kürze der Gestalt. Ein Terrier, der Neufundländer herausfordert. Er wucht die Effekte bis zum Schluß zu steigern, wo er, erwachend, mit dem Schwert in der Hand die Antippen seines nächsten Ritters vor den erschreckten Freunden noch eine Zeilung weiter nimmt und seine Braut zu schmelzender Bewunderung fortträgt. Das Publikum schien sich sehr gut zu unterhalten.

Schiller-Theater Charlottenburg: „Hans Lange“. Von Paul Hebe. Dies Schauspiel ist entstanden, nachdem der Dichter die Hälfte seines gegenwärtigen Lebens überschritten hatte und zählt mit „Kolberg“ zu den wirkungsvollsten wie erfolgreichsten aller seiner Dramen. Daß es sich seit 45 Jahren auf dem Repertoire vieler Bühnen erhalten hat, verdammt es neben dem glücklichen Stoff — glücklich um der, wenn man will populären Zielgefühl wissen — einer kräftigen Charakterzeichnung und derber lebendiger Führung. Es ist Hebe gelungen, eine zum besten Teil wirklich dramatische Handlung zu entwickeln. In der zweiten Hälfte des Schlußaktes zerfällt allerdings die bis dorthin beobachtete Konzentration, um sich nunmehr in äußerliche Theatralik mit moralischen Kugelanwendungen aufzulösen. Als Ganzes betrachtet, ist „Hans Lange“ doch eher eine Reihensolge von effektiv aufgeführten Szenen und erbringt den Beweis für Gehes vorwiegend nobelstilisierte Vergabung. Der Dialog hat Schlagkraft, gewiß, und die Sprache besitzt farbige Bildhaftigkeit und sinnlichen Reiz; allein sie entbehrt doch auch nicht papierener Einschläge; ihr fehlt, kurz gesagt, das eigentlich vollstimmliche Element. Daß unter den in die Handlung eingreifenden Personen gar die Frauen — mit Ausnahme Dörtes — am schwächsten ausgefallen,

entscheidet, wer für die Interessen des Volkes mehr getan hat, die Sozialdemokratie oder die Freunde des Herrn Liebermann, so zweifle ich nicht, zu dessen Gunsten die Entscheidung ausfallen wird. Die Kammermann-Affäre wurde vom Alldeutschen Verband in einer Weise betrieben, daß die Herren am liebsten am dem Feuerzeichen der Kammermannfrage einen Weltkrieg angeblasen hätten. In der bekannten Resolution der Alldeutschen wurde dem Anwärteramt vorgeworfen, daß es dem Ausland Waffen gegen deutsche Unternehmungen liefere. Die „Marokko-Korrespondenz“ meinte dazu, diese Resolution sei ein Schlag gegen die Regierung, der sie härter treffen als alle Schläge der Opposition, denn diese Kundgebung komme aus Frankreich, auf die sich die Regierung stützen müsse, wenn sie eine antidemokratische Politik treiben wolle! (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Hintergrund der Sache, da dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Sozialdemokratie es als ihre Pflicht empfindet, in Wahrung der höchsten Interessen des deutschen Volkes einem so unverantwortlichen Treiben entgegenzutreten.

Die Unterstellung des Herrn v. Liebermann, als wenn wir die Interessen des Auswärtigen Amtes vertreten, ist lächerlich. Rein, die schönen Augen des Herrn v. Schoen sind es nicht, die uns bestimmen. Wir haben dem Auswärtigen Amt auch Sünden anzurechnen. Es müßte gegen den Wahlschwand gegenüber ausländischen Arbeitern einschreiten, und es hätte gegen den Vertragsbruch vorgehen müssen, den die preussische Regierung gegenüber Holland und Desterreich beging, als sie die Einföhrung der Schiffsabgaben in das Kanalgesetz zuließ. Das Ansehen des Reiches kann nicht gefördert werden, wenn die preussische Regierung internationale Verträge ohne weiteres ignoriert. (Sehr wahr! links.) Auch die Handhabung des Ausweisungsgesetzes sollte das Auswärtige Amt besser überwachen.

Der Herr Reichskanzler hat heute auf den diplomatischen Beschluß vom August 1908 hingewiesen, der von Deutschland beantragt und einstimmig von den Alldeutschen akzeptiert wurde: daß kein Vergesslich anerkannt werden könne, bevor es nicht dem diplomatischen Korps mitgeteilt und von ihm geprüft sei. Eine ganz selbstverständliche Sache. Und da mutet man der deutschen Regierung zu, sie solle in Verhöhnung ihres eigenen Antrages erklären: Wir stehen jetzt nicht mehr auf dem Standpunkt, denn inzwischen ist es einem Deutschen gelungen, einen fetten Hapen wegzuschleppen! Ein solches moralisches Horstli (Selbstmord) den Vertretern des Deutschen Reiches zuzumuten, heißt: die höchsten Interessen der deutschen Nation auf das schwerst gefährdeten (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), das moralische Prestige unserer Vertreter vernichten. (Sehr richtig!) Wir halten Ehrlichkeit und Rechtsgesinnung in Verkehr der Wähler für eine Tugend, die auf die Dauer die Interessen eines Landes besser schützt als eine gegenwärtige Vergewaltigung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kardinalfrage unserer auswärtigen Politik ist das Verhältnis zwischen England und Deutschland.

Von einer Lösung dieser Frage wird es abhängen, ob ein Weltkrieg vermieden wird. Die Gefahren aus dieser Spannung werden immer drohender. Die englischen Marineausforderungen sind das Resultat unserer deutschen Flottenvermehrung. Man sollte das Wort des früheren Direktors im Auswärtigen Amt, des Herrn v. Hofstein, beherzigen, daß es darauf ankomme, die Lügenhaftigkeit des perfiden Sayes Karzuzumachen, jedes Schiff mehr sei eine Vermehrung der Macht des Deutschen Reiches; denn jedes Schiff mehr sei der Anlaß, daß England zwei Schiffe baut! Diese Aeußerung hat sich durch die Entwidlung glänzend bewährt. Die englische Regierung hatte seit 1906 die Frage der Rüstungsbeschränkung ernsthaft proklamiert. Ein dahingehender Antrag eines englischen Arbeiterführers wurde von der Regierung akzeptiert und vom Ober- und Unterhause angenommen. Ja, die liberale Regierung wagte es damals, das Marinebudget von 1908 nachträglich zu reduzieren. Auf Anregung Campbell Bannermans hat die internationale Konferenz in London 1908 einstimmig beschlossen, die Frage der Rüstungsbeschränkung auf dem Wege der Verständigung vorzubringen. Diefelben Friedensfreunde, die diesem Vorschlag mitgehen, haben aber nachher die Politik des Fürsten Bülow mitgemacht, die darauf hinauslief, die Beschränkung dieser Rüstungsbeschränkung zu vereiteln und die englische Regierung zu desavouieren. Nachher hat noch einmal Lloyd George die Frage der Rüstungsbeschränkung inoffiziell angeregt versucht. Also die liberale Regierung hatte sich all die Jahre hindurch in der Frage engagiert und wurde von Deutschland desavouiert. Der Ausfall der Wahlen bedeutete dann einen Sieg der Chauvinisten, und die liberale Regierung sah sich gezwungen, wenn sie nicht unter dem Einfluß des deutschen Schredens weggefallen sein wollte, die ungeheure Flottenvermehrung, die die Konservativen forderten, in ihr eigenes Programm aufzunehmen. Das hat die deutsche Politik erreicht. Die Erklärung des jetzigen Herrn Reichskanzlers klingt ja etwas entgegenkommender. Hoffentlich folgt ihr die Tat. Wenn unser Antrag auf Begrenzung der Rüstungen im vorigen Jahre angenommen wäre, so wäre eine solche Kundgebung des Deutschen Reichstages vor den englischen Wahlen eine Waffe für die Liberalen gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß dieselben Leute, die in England die ungeheure Flottenvermehrung betreiben, auch die englischen Schutzkolonien sind. Was ein zollgeschütztes Imperium für Deutschland bedeutet, ist selbst den Herren auf der Rechten nicht unbekannt. Auch Graf Staniß gab zu, daß das eine schwere Schädigung für Deutschland bedeute. Würde der englische Markt und verschlossen, so würde das eine Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Daher muß unser Kurs geändert werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso schädigt der neue französische Zolltarif die deutsche Industrie aufs schwerste.

Herr Wasserhagen hat eine Resolution eingebracht, wonach unsere Regierung sofort Repräsentanten über solle. Dann hätten wir sofort den Weltkrieg, und deshalb lehnen wir es ab, diesen Weg zu beschreiten. Unser Freund Jaurès hat statt dessen in der französischen Kammer beantragt, eine internationale Verständigung aller Regierungen zur Herabsetzung der Zollgebühren herbeizuführen, und die französische Kammer hat diesen Antrag angenommen, auf dem Wege der Verständigung aus dem immer unheilbarer werdenden Zustand herauszukommen. Wir laden Sie (nach rechts) ein, auf diesem Wege mitzugehen. Gehen Sie auf Ihrem Wege weiter und kommen dann auch England zum Schutz, so beschuldern Sie eine Katastrophe über Deutschland herauf, die Sie nicht verantworten können. Freilich, ein Gutes würde sie haben, sie würde die Junkerherrschaft hinwegjagen, und das wäre zu begrüßen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Driesen meinte, die preussischen Zustände seien vorbildlich, das kann nur Weiterkeit erregen. Weiter sagte er, wir wollen gegen das preussische Volk mobil machen. Nein, wir werden uns nicht gegen das Volk, sondern gegen das Absolutum und das agrarische Junkertum, das Preußen bederrt! Wir stehen auf dem Standpunkt einer kulturellen Interessenpolitik der Wähler. Von diesem Standpunkt aus wollen wir alles tun, um eine friedliche Verständigung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze der Völker herbeizuführen. Kein Behnzel der Bevölkerung stehen auf demselben Standpunkt. Das alte christliche Ideal der Solidarität der Völker ist heute eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit geworden, und deshalb wird dieser Gedanke den Sieg erringen. Deshalb ermahnen wir auch die Liberalen, ihren früheren Idealen treu zu bleiben. Schließen Sie sich uns an und liefern Sie damit den Beweis, daß die große Mehrheit des Volkes auf diesem Standpunkt steht. Die Sozialdemokratie hat schon Millionen in allen Ländern zu dieser Einsicht gebracht und dadurch dem Vaterlande und der ganzen Kulturwelt einen ungeheuren Dienst geleistet. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich weise es zurück, daß unsere internationale Bestimmung von Herrn Liebermann v. Sonnenberg mit antinationaler Bestimmung gleichgestellt wird. Wir erkennen jedem Volke seine nationale Selbständigkeit zu, das ist ein Prinzip unserer Internationalität. Wir sind darin auch

einverstanden mit unseren Freunden jenseits der Grenzen, und da England im Vordergrund des Interesses steht, will ich schließen mit den Worten des Führers der englischen Arbeiterpartei, hinter der bereits 1 1/2 Millionen englischer Arbeiter stehen:

Wir sind auch der internationalen Arbeiter- und sozialistischen Bewegung angeschlossen, deren Macht von der Diplomatie nicht mehr ignoriert werden kann. Und je härter wir werden, desto unumgänglich wird es für die Diplomatie, Aristokratie, Kriegshege und Völkerverhetzer werden, die Arbeiterklassen aller Länder in einen Krieg gegeneinander hineinzutreiben. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Schoen: Der Abg. David nannte den Beschluß der preussischen Regierung über die Schiffsabgaben einen Vertragsbruch gegen Desterreich-Ungarn! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Behauptung muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Selbstverständlich wird diese schwierige Frage nicht anders als auf dem Wege der freundlichen Verständigung gelöst werden.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Liebermann v. Sonnenburg (Wirtsch. Vg., persönlich) erklärt, er habe den Reichskanzler nicht in einen Gegenlag zum Staatssekretär gebracht; es sei auch nicht wahr, daß er Klatsch und Tratsch gegen den Staatssekretär v. Schoen verbreitet habe.

Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate“ wendet sich Abg. Göttsche (Hortfchr. Vg.) dagegen, daß preussische Minister durch zollkriegerische Ausföhrungen störend in unsere auswärtigen Beziehungen, z. B. zu Amerika, eingreifen.

Abg. Dr. Goerde (natl.) spricht über den Schutz der Deutschen im Auslande und bringt dabei den Fall Haß aus Venezuela zur Sprache.

Staatssekretär v. Schoen: Die Beschwerden des Herrn Haß waren teils völkerrätlich nicht vertretbar, teils unbegründet.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die Madeira-Ramoro-Gesellschaft baut am oberen Amazonas in Brasilien eine Eisenbahn, wozu sie deutsche Arbeiter suchte. Unser Auswärtiges Amt und die Zentrale für Auswandererwesen, an welche das Auswärtige Amt sich um Auskunft wandte, warnte die Arbeiter ausdrücklich nach Brasilien zu gehen. Es fanden sich mehrere Hundert bereit, weil ihnen ein Arbeitsverdienst von 15 M. und eine achtstündige Arbeitszeit — für jenes Klima außerordentlich viel — zugesichert und in Deutschland während der Krise keine Arbeit zu finden war. Als sie in Hamburg anlangen, warnte das Auswärtige Amt und auf seine Veranlassung der Hamburgische Senat die Arbeiter noch einmal. Aber diese Warnung war deshalb vergeblich, weil ein Telegramm vom deutschen Konsul in Manaus eintraf, der das Klima für erträglich erklärte. Als die Arbeiter in Manaus an Ort und Stelle eintrafen, wurde ihnen erklärt, der in Deutschland geschlossene Vertrag sei ungültig, sie bekämen nur 8 Mark und müßten 10 Stunden arbeiten. Die drei Verordnungen darüber wurden sie von Angestellten der Madeira-Ramoro-Gesellschaft mit geladenen Flinten bewacht, und so ist es erklärt, daß etwa 200 auf die Bedingungen eingingen. Die übrigen, die das nicht wollten, wurden in den Urwald getrieben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie bauten sich Hütten, um zurückzufahren; eines dieser Hütten war ein Teil erkrankt, ein anderer Teil wurde von Indianern ermordet, ein Teil schließlich nach Manaus zurückgebracht, fast alle in krankem Zustande, und auch da hat sich der Konsul in Manaus wieder ganz unglücklich benommen, indem er die Leute auf der Straße liegen und dann auf Karren ins Spital schaffen ließ! Innerhalb 5 Tagen sind dort auch noch neun gestorben! Endlich nahm sich der Konsul in Rio de Janeiro der Leute an und ließ 44 nach Hamburg zurückbringen, wovon freilich nur 38 noch lebend eintrafen. In Hamburg trafen die Leute um 1 Uhr nachts ein, und sofort wurde ihnen ein Revolver zur Unterstüfung vorgelegt, sie sollten sich verpflichten, die Reisekosten an das Auswärtige Amt zurückzahlen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Abgesehen von dieser burokratischen Maßregel hat das Auswärtige Amt, so lange die Leute in Deutschland waren, alles getan, um sie zurückzuhalten, aber der Konsul in Manaus, der die Zustände genau kannte, hat die Leute hingelockt. Ich möchte an alle Parteien die Bitte richten, in ihrer Presse Warnungen an die Arbeiter vor der Madeira-Ramoro-Gesellschaft ergehen zu lassen, und weiter frage ich den Staatssekretär, in welcher Weise er sich mit dem Konsul in Manaus auseinandergesetzt hat.

Direktor im Auswärtigen Amt Franzius (auf der Tribüne) fast unverständlich gibt die Darstellung des Abg. Scheidemann als richtig zu.

Abg. Dr. Göttsche (Hortfchr. Vg.): Wir haben in der Erklärung der Regierung vernichtet, was mit dem Konsul in Manaus geschehen ist, durch dessen Verhalten ein wahrhaft frevelhaftes Spiel mit dem Leben deutscher Arbeiter getrieben ist.

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich möchte das Auswärtige Amt bitten, eine strenge Warnung an unsere Vertreter im Ausland ergehen zu lassen, in derartigen Fällen der Wahrheit gemäß Auskunft zu geben, nicht aber in Rücksicht auf irgend welche kapitalistischen Gesellschaften und Interessen zweifelhafte und deutbare Auskünfte, wie sie der Konsul in Manaus gab, indem er nach Hamburg telegraphierte: das Klima ist erträglich! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Auswärtigen Amt Franzius: Wir haben von dem Konsul in Manaus einen Bericht eingelesen; der ist jedoch noch nicht eingetroffen. Es handelt sich um einen Vorkonflikt, der dort lebt und das Klima wahrscheinlich nicht für so sehr schlecht hält.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“ werden von der Forderung von 1 300 000 M. „zu geheimen Ausgaben“ gemäß dem Antrage der Budgetkommission 300 000 M. gestrichen.

Der Rest des Etats wird debattellos bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsschatzmeisters.

Die hierzu vorliegenden Resolutionen zur Eofinfrage und der Veteranenfrage werden zur Beratung nach Osten zurückgestellt.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) wünscht Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1906 dahin, daß den Einzelstaaten weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Hausgewerbetreibenden und Arbeiter des Tabakgewerbes, die infolge des Gesetzes arbeitslos geworden sind, ausreichend zu unterstützen, sowie Einstellung der erforderlichen Summe in einem Nachtragsetat.

Abg. Stolle (Soz.):

Der Reichstag hat am 4. März vorigen Jahres eine Petition um Wiedereinföhrung des Identitätsnachweises und Aufhebung der Ausnahmetarife für Brot und Mehl der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Hierauf ist gar nichts geschehen, während agrarischen Wünschen sofort Rechnung getragen wird. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Frage der Einföhrtscheine hat Herr v. Steinmann Polweg im April vorigen Jahres erklärt, die vergrößerte Roggenausföhr sei nicht eine dauernde Erscheinung, sondern nur auf die gute Ernte zurückzuführen. Aber auch in diesem Jahre hat sich die Roggenausföhr bedeutend vergrößert. Was gedenkt die Regierung demgegenüber zu tun? Durch das System der Einföhrtscheine wird die Reichskasse jährlich um viele Millionen geschädigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung handelt, wie immer, auf Kommando der Agrarier.

Redner beweist aus der Statistik, daß die Brotpreise trotz der guten Ernte gestiegen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Hofmarkt des Landwirtschaftsrats hat der Graf Schwerin-Löwig gesagt, die Verteuerung der Lebensmittel wäre von den erhöhten Ansprüchen der Arbeiter und den gesteigerten Löhnen her. Ich frage den Präsidenten, was für Löhne die Arbeiter bekommen?

Präsident Graf Schwerin:

Der Präsident des Reichstages ist nicht in der Lage, Auskunft zu geben über das, was der Graf Schwerin-Löwig im Landwirtschaftsrat gesagt hat. (Große Heiterkeit.)

Abg. Stolle (fortföhrnd):

Nun, die hohen Löhne der Arbeiter, die der Graf Schwerin-Löwig rühmt, sind ganze 13 Pf. in der Stunde! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Zeit, daß mit der gesamten Zoll-Wirtschaftspolitik gebrochen und endlich freie Bahn für den Handelsverkehr geschaffen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichshofsekretär Bernuth: Die versprochene Denkschrift über die Einföhrtscheine wird dem Reichstage in den nächsten Tagen zugehen.

Die fortbauenden Ausgaben werden bewilligt. Bei den einmaligen Ausgaben beantragt die Kommission, einen Titel in Höhe von 750 000 M. einzustellen zur Gewährung von Beihilfen an Hausgewerbetreibende und Arbeiter des Tabakgewerbes in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit, für die Zeit, nachdem der Viermillionenfonds aufgebraucht ist.

Hierzu gehört der oben mitgeteilte sozialdemokratische Antrag sowie ein weiterer Antrag Albrecht, in dem Wortlaut der Kommission die Worte „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ zu streichen.

Staatssekretär Bernuth: Der Fonds von 4 Millionen wird im Hochsommer zu Ende gehen. Für die weiteren Unterstüfungen wird der von der Kommission eingeföhrte Betrag von 750 000 M. wenigstens reichen, bis der Reichstag wieder zusammentritt. Sollte das aber nicht der Fall sein, so werde ich mich für berechtigt halten, Notständen und Schwierigkeiten auch dann mit weitzerziger Auslegung des Gesetzes abzuhelfen.

Abg. Mallenbuh (Soz.):

Die Schwierigkeiten in dieser Frage sind nur entstanden dadurch, daß das Zentrum den Fonds auf vier Millionen beschränkt hat. Die Regierung wäre auch so sehr sparsam mit den Mitteln umgegangen, denn es handelt sich ja um Arbeiter und nicht um Großgrundbesitzer! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unser Antrag auf Aenderung des Gesetzes würde alle Schwierigkeiten beseitigen. Daß die vier Millionen nicht reichen würden, haben wir ganz richtig vorausgesetzt. Mit Rücksicht auf die geringe Summe wird eine Reihe von Bedürftigen von der Unterstüfung ausgeschlossen. Zunächst viele kleine sogenannte „Fabrikanten“, die eigentlich Arbeiter sind, ihr Gewerbe aufgeben mußten, aber keine Entschädigung erhalten, weil sie „selbständige Gewerbetreibende“ waren. Ebenso sind die Zigarettenarbeiter ausgeschlossen, die auch gerade infolge dieses Gesetzes brotlos geworden sind. Ferner sind Leute ausgeschlossen, die Zigarettenarbeiter waren und vom Militär kamen. Nun behauptet man, die Lage in der Tabakindustrie sei besser geworden. Die „Süddeutsche Tabakzeitung“ behauptet das entschieden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber Wahrscheinlichkeit nach wird der Rückgang wie nach 1879 auch diesmal länger andauern, insbesondere in den Bezirken mit höheren Löhnen.

Die Worte „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ bedeuten eine Neuerung, die im Gesetz nicht steht. Es soll also nicht mehr die Arbeitslosigkeit infolge des Gesetzes genügen. Aber diese Worte werden dazu führen, daß Unterstüfung nur dann gewährt wird, wenn der Mann so weit heruntergekommen ist, daß er auch Armenunterstüfung bezieht. Wie sollten die Zollbehörden überhaupt die Hilfsbedürftigkeit feststellen? Wir beantragen daher die Streichung dieser Worte. Wenn Sie die Worte aufrecht erhalten wollen und damit zum Ausdruck bringen, daß nach Erschöpfung des Fonds die Voraussetzungen zum Bezug dieser Unterstüfung andere als bisher werden sollen, so bitte ich Sie, lieber unseren Antrag anzunehmen, der das Gesetz so ändern will, daß neue Mittel zur Verfügung gestellt werden, während die Voraussetzungen zum Bezug der Unterstüfungen dieselben bleiben sollen.

Abg. Eberling (natl.): Für meine Person kann ich erklären, daß ich für die Streichung der Worte „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ stimmen werde.

Ministerialdirektor Böhm bittet, die Worte aufrechtzuerhalten. Die Gewährung von Beihilfen ist auch im Tabaksteuergesetz an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, und auch hier bei Einstellung eines besonderen Titels kann von der Bestimmung irgendwelcher Voraussetzungen für die Gewährung der Beihilfen nicht abgesehen werden.

Abg. Doormann (Hortfchr. Vg.) spricht sich für die Streichung der Worte: „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ aus.

Abg. Schreus (Wirtsch. Vg.): Am praktischsten wäre es, in dem neuen Titel statt der zu streichenden Worte zu sagen: „Unter den Voraussetzungen des Artikels IIa des Tabaksteuergesetzes.“

Abg. Sebel (Soz.) und Gen. beantragen, statt der zu streichenden Worte zu setzen: „die wegen der Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1906 arbeitslos geworden sind“.

Abg. Febr. v. Camp (Rp.) beantragt, zu sagen: „im Falle der Hilfsbedürftigkeit“.

Der Antrag Sebel wird angenommen und mit der so beschlossenen Aenderung der Antrag der Kommission.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt, der Rest des Etats debattellos erledigt.

Es folgt die Beratung des Etats der Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren.

Abg. Dr. Köfide (L.) erörtert die Frage der Mühlenumsatzsteuer.

Abg. Göttsche (Hortfchr. Vg.) polemisiert gegen den Vordrucker.

Abg. Guber (Soz.)

führt Beschwerde über die Behandlung eines Weinhändlers durch die bayerische Zollverwaltung, wobei Verstöße gegen die Bestimmungen des Zolltarifgesetzes vorgekommen seien.

Bayerischer Ministerialrat Ritter v. Kohl bestritt, daß die bayerische Zollverwaltung sich Verstöße gegen das Tarifgesetz habe zuschulden kommen lassen.

Abg. Dr. Varenhorst (Rp.) wendet sich, wider Dr. Köfide polemisierend, gegen die Mühlenumsatzsteuer, die eine ungerechte Erbrofflungssteuer sein würde.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.)

weist auf Unstimmigkeiten in den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Braumweinsteuergesetz hin, die zu Unzutraglichkeiten in der Praxis geführt haben.

Ein Regierungskommissar sagt nochmalige Prüfung zu.

Abg. Dr. Köfide (L.) weist den Abg. Varenhorst auf den bedenklichen Beifall der Linken hin, den er gefunden (Dr. Heiterkeit links); auf der rechten Seite des Hauses werde er keinen Beifall finden, auch nicht bei seinen engeren Parteigenossen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Etat wird bewilligt.

Debattellos wird dann der Etat der Reichsschatzmeisters bewilligt sowie Etatsreste und das Staatsgesetz. Hierauf wird in erster und zweiter Beratung debattellos ein Gesetzentwurf zur Ergänzung des Besoldungsgesetzes, welches wegen der Umwandlung der Veterinärbeamtenstellen in Veterinäroffizierstellen die Veterinäroffiziere in das Besoldungsgesetz einschaltet, angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Reichs-Kontrollgesetzes, welches die Kontrolle über den Reichshaushalt durch den Rechnungshof vereinfachen soll. Der Entwurf wird in der Fassung der Kommission debattellos en bloc angenommen.

Debattellos wird auch eine hierzu von den Abgg. Wasser-mann (natlib.) u. Gen. gestellte Resolution angenommen, die einen Gesetzentwurf zur dauernden Regelung des Rechnungswesens durch den Rechnungshof wünscht, und eine Resolution Wasser-mann (natlib.) u. Gen., die eine Kommission von Abgeordneten und anderen Sachverständigen und Grundzüge für eine laufmännliche Leitung, Verwaltung und Ueberwachung der Reichsbetriebe wünscht.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (3. Beratung des Ergänzungsentwurfs zur Besoldungsordnung, des Reichskontrollgesetzes, des Etats.)
Schluß 11 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Stellenvermittlergesetz.

Die Reichstagskommission zur Beratung des Stellenvermittlergesetzes beschäftigte sich in der Sitzung am Mittwoch mit der Frage der Gebührenberechnung. Unsere Genossen Hildenbrand, Schmidt und Schwarz hatten beantragt, für den Stellenfindenden allgemein die Gebührenfreiheit vorzuschreiben. Hiergegen stimmten die Konservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen und die fortschrittliche Volkspartei, womit unser Antrag zu Fall gebracht wurde.

In einem Evidenzantrag wollten unsere Parteigenossen bestimmen, daß die Gebühr für den Stellenfindenden nicht höher sein darf als die von den Arbeitgebern zu zahlende. Vereinbarungen zugunsten der Stellenfindenden sollten zulässig sein. Einen ähnlichen Antrag hatte das Zentrum eingebracht, und schließlich erklärten sich auch die übrigen Parteien mit der Tendenz der Anträge einverstanden. Kaum einstimmig wurde dann folgender Antrag des Zentrums angenommen:

„Eine Gebühr darf nur erhoben werden, wenn der Vertrag infolge der Tätigkeit des Vermittlers zustande kommt. Haben beide Teile diese Tätigkeit in Anspruch genommen, so ist die Gebühr von dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer je zur Hälfte zu zahlen; eine entgegenstehende Vereinbarung zu Ungunsten des Arbeitnehmers ist nichtig.“

In Absatz 3 und 4 der Vorlage wird dem Arbeitgeber das Recht gegeben, die gezahlte Vermittlungsgebühr zurückzufordern, wenn der Arbeitnehmer den Dienst nicht antritt. Die Genossen Schmidt und Hildenbrand kritisierten die Einseitigkeit der Bestimmung; es wäre eine ähnliche Anforderung auch für den Arbeitnehmer sicherzustellen. Unsere Genossen beantragten deshalb:

„Der Anspruch des Stellenvermittlers auf die vom Stellenfindenden zu zahlende Gebühr erlischt, wenn der Arbeitgeber nach Abschluß des Vertrages den Eintritt in den Dienst dem Stellenfindenden verweigert, oder der Stellenfindende aus einem wichtigen Grunde den Dienst nicht antritt, oder der Dienstvertrag innerhalb vier Wochen nach Beginn der Dienstleistung gelöst wird, weil sich herausstellt, daß dem zur Dienstleistung Verpflichteten vom Stellenvermittler über die geforderten Dienstleistungen oder über die Entlohnung unrichtige Angaben gemacht wurden!“

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien mußten anerkennen, daß die Einseitigkeit der Regierungsvorlage eine Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitern enthält. Man bemängelte nur, daß unser Antrag zu weit gehe. Schließlich wurde die Beschlußfassung hierüber vertagt. Es soll ein Antrag formuliert werden, der beiden Teilen unter gleichen Voraussetzungen die Rückforderung der Gebühren gestattet.

Ein Antrag Burchardt (Wirtsch. Vg.) will folgende Beschränkung in der Gebührenberechnung:

„Die Erstattungbarer Auslagen darf nur gefordert werden, wenn diese auf Verlangen des Auftraggebers erfolgen und glaubhaft nachgewiesen werden.“

Besteht der Gewerbebetrieb nur in der Herausgabe einer Stellen- oder Verlangenliste, so darf die Bezugsgebühr für diese Liste erst dann erhoben werden, wenn der Bezogene auf Grund der Liste eine Stellung erhalten hat.

Die Stellenvermittler dürfen nur Stellen veröffentlichen oder anpreisen, die ihnen unmittelbar vom Arbeitgeber zur Besetzung aufgegeben worden sind.“

Unsere Parteigenossen erklärten sich gegen den ersten Absatz des Antrages, weil auf diese Art die festgelegten Gebühren leicht umgangen werden können. Für das Gewerbe würde sicher nahezu in jedem Falle eine solche Extragebühr erhoben werden. Der Antragsteller zog hierauf den Absatz 1 seines Antrages zurück. Für den zweiten Absatz stimmten außer dem Antragsteller nur unsere Parteigenossen, desgleichen wurde der dritte Absatz des Antrages abgelehnt.

Nächste Sitzung nach den Osterferien.

Aus der Partei.

25 Jahre sozialdemokratischer Organisation in Norwegen.

Dieser Tage waren 25 Jahre verflossen, seit in Kristiania der Sozialdemokratische Verein ins Leben trat, aus dem die norwegische Arbeiterpartei hervorgegangen ist. Es war ein kleiner, bescheidenes Vereintchen, dem nur die wenigen Leute Lebens- und Entwicklungsfähigkeit zutrauten, die die wackeren und klugen Sozialisten erkannt hatten. Im Frühjahr und Sommer 1884 waren die gewerkschaftlichen Bestrebungen in Kristiania lebendig geworden, was auch in einem größeren Streik zum Ausdruck kam. Gleichzeitig hatte der Verfassungskampf, der in jenem Jahre zur Bildung der ersten parlamentarischen Regierung führte, das politische Interesse des norwegischen Volkes stark entwickelt. Mit Rat und Tat wandte sich damals unter der kleinen Schar gewerkschaftlicher organisierter Arbeiter der Gedanke geltend zu machen, daß die Arbeiterklasse zur Beherrschung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen einer selbständigen Arbeiterpartei bedürfte. Mit diesem Gedanken vor Augen gründete der Buchdrucker Chr. S. Knudsen im selben Jahre das kleine Blatt „Vort Arbeide“ („Unsere Arbeit“), das dreimal wöchentlich erschien und zum Vorläufer des Tagesblattes „Socialdemokraten“ wurde. Am 8. Februar 1885 brachte „Vort Arbeide“ eine Einladung zur Bildung eines sozialdemokratischen Vereins.

Da die politische Freiheit eine unentbehrliche Voraussetzung für die ökonomische Befreiung der arbeitenden Massen ist, blieb es in diesem Aufsatze, und da die soziale Frage von der politischen nicht zu trennen ist, werden als erste politische Forderungen aufgestellt:

Das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht für alle Staatsbürger vom 22. Lebensjahre ab.“

Es folgten dann acht andere Programmpunkte, die sämtlich liberale Forderungen enthielten, so daß dieser Programmentwurf wohl demokratisch, aber nicht eigentlich sozialdemokratisch war. Der Verein wurde am 20. März gegründet und als man neun Tage später über das Programm beschloß, wurde es im Gegensatz zu dem Entwurf ein prinzipiell sozialdemokratisches.

Aus dem kleinen Verein entwickelte sich 1887 die norwegische Arbeiterpartei, die zu Anfang natürlich auch nur eine sehr kleine Zahl von Mitgliedern hatte. Es ist nicht festgestellt, wie viele es damals waren, aber 1890 waren es noch nicht mehr als 1033. Auf ihrem letzten Parteitag zu Hamar 1909 zählte die Partei 27 839 Mitglieder.

Am 26. Geburtstag des Sozialdemokratischen Vereins hatten die Parteigenossen in Kristiania eine erhebende Feier veranstaltet, bei der dem Genossen Knudsen eine Dankadresse für seine unermüdete Tätigkeit im Dienste der Partei überreicht wurde.

Neue sozialdemokratische Richter in der Schweiz.

In Basel sind unsere Genossen Buchdrucker Krebs mit 3847 gegen 3724 Stimmen als Appellationsrichter und Dr. phil. Strub mit 2413 gegen 1946 Stimmen (im zweiten Wahlgang) als Zivilrichter gewählt worden.

In Rorschach siegte bei der Wahl des Friedensrichters im zweiten Wahlgang unser Genosse Schönmann mit 681 gegen 629 Stimmen.

Drei neue sozialdemokratische Richter — es geht vorwärts.

*) Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist in Norwegen für die Männer vom 22. Lebensjahre ab seit 1866 eingeführt; das Frauenwahlrecht, das an Steuerleistung gebunden ist, besteht seit 1907, wird aber jedenfalls auch bald allgemein gemacht werden. Die norwegische Sozialdemokratie fordert im übrigen die Herabsetzung des Wahlrechtsalters auf das 21. Lebensjahr.

Mitgeteilt.

Der Ehrenmann Oberhaus, der schon vor längerer Zeit durch den Vorstand des Dortmunder Wahlkreisvereins aus der Mitgliedsliste gelöscht wurde, ist jetzt auch durch einstimmigen Spruch des Parteischiedsgerichts aus der Partei gestrichen worden. Oberhaus machte jüngst von sich reden, weil er gegen die Dortmunder „Arbeiterzeitung“, die ihn öffentlich gedemütigt hatte, mehrere Prozesse angezettelt und zwei verdiente Genossen des Reichsdeutsches denunzierte. Oberhaus suchte sich den Anarchos zu nähern, aber auch die rüsten von ihm ab.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die unparteiliche Gemeindebehörde.

Vor dem Schöffengericht in Bonn stand Genosse Metz unter der Anklage, den Bürgermeister von Beuel beleidigt zu haben. Als Zeugen für den Angeklagten erschienen ein ortsanfälliger Gäbler. Bald darauf sprach dessen Frau auf dem Rathause vor, um die Erlaubnis zur Errichtung eines Verkaufstandes auf dem Jahrmarkt im benachbarten Blüthen zu erhalten. Da erklärte ihr der Bürgermeistersekretär J.: „Wenn Sie von der Polizei Gefälligkeiten und von mir Färsprache erwarten, so hätten Sie nicht in die sozialdemokratische Versammlung gehen sollen; Sie tragen selbst die Schuld, wenn Sie die Erlaubnis nicht bekommen.“ Tatsächlich wurde den Deuten die Erlaubnis bald nachher versagt. Man verneinte das Bedürfnis. Als hierauf der Vorsitzende der Filiale des Deutschen Legitarbeiterverbandes ebenfalls um eine solche Erlaubnis einkam, verweigerte man auch ihm diese, und zwar mit derselben Begründung. Als aber hinterher der Vorsitzende des christlichen Verbandes die Erlaubnis haben wollte, wurde sie ihm anstandslos erteilt. Diese Vorgänge brachte Genosse Metz in einer Legitarbeiterversammlung zur Sprache, und infolge der Aufzeichnungen des überwachenden Beamten hatte er sich wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu verantworten. Das Gericht verurteilte R. zu 30 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 50 M. beantragt mit der Begründung, die Bezeichnung des Bürgermeistersekretärs sei nur eine „philosophische Bemerkung“, aus der nicht auf ein parteiliches Verhalten der Behörde geschlossen werden könne. Das Urteil wird selbstverständlich die Strafkammer als Berufungsinstanz beschäftigen.

Soziales.

Sünder gegen die Sozialgesetzgebung.

Den Unternehmern, gleichviel ob Industrielle oder Künstler, ist jede Art Sozialgesetzgebung ein Greuel, und mit allen Mitteln wird dagegen Sturm gelaufen. Besonders ist es der schäbnerische Versuch der bayerischen Regierung auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, der die Wut eines Teils der Arbeitgeber hervorgerufen hat.

So beschäftigte sich eine am 14. März in Augsburg abgehaltene Versammlung der Innungsverbände des Kreises Schwaben mit der Frage. Ein Rechtspraktikant Roth referierte im Sinne des Reichsverbandes über die Arbeitslosenversicherung. Der Mann ersucht seine Hauptaufgabe darin, über die freierorganisierte Arbeiterschaft Versicherung gegen Arbeitslosigkeit durch Staat oder Gemeinde würde den Sparhahn der Arbeiter töten. Der Arbeiter müsse sich selbst helfen. Die Ausführungen des Redners fanden naturgemäß bei den Künstlern ungeteilten Beifall. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der verlangt wird, jede Art von Arbeitslosenversicherung sei sie vom Reich, Staat oder Kommune, abzulehnen. Die Stadverwaltung Augsburg wird gebeten, weder den Ratschlägen der Staatsregierung zu folgen, noch dem Drängen der Gewerkschaften nach Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde nachzugeben.

Der Internationale Kongress für Sozialversicherung.

Der im Laufe des Jahres im Haag zu seiner neunten Tagung zusammenzutreten soll, wird sich hauptsächlich mit zwei Fragen beschäftigen. Der erste Verhandlungstag umfaßt die verschiedenen Arten der Staatshilfe zu den Rentenpensionen, die Beziehung zwischen Armenfürsorge und Versicherung und die Prüfung der Frage, ob infolge der Entwicklung des Versicherungswesens die Kosten der Armenfürsorge sich verringern haben. Der zweite Verhandlungstag wird die Einrichtung des ärztlichen Dienstes bei der Krankheits-, Invaliditäts- und Unfallversicherung betreffen. In Verbindung hiermit werden die Streitigkeiten zwischen Ärzten und Versicherungsanstalten und die Beziehungen zwischen Versicherung und sozialer Hygiene zur Erörterung gelangen. Ueber die Ausdehnung der sozialen Versicherung auf neue Gruppen von Interessenten, die Witwen- und Waisenversicherung und die Arbeitslosenversicherung werden nur schriftliche Referate erstattet werden.

Die Folgen ungenügender Prüfung der gerichtlichen Zuständigkeit.

Auch wenn von seiten keiner Partei gegen die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts Einwände erhoben werden, hat sowohl das Kaufmanns- wie auch das Gewerbegericht die Zuständigkeit von Amts wegen zu prüfen. Die Kläger bevorzugen das Sondergericht wegen der Billigkeit und Schnelligkeit des Verfahrens. Die Kaufmannsgerichte lassen darum, wenn vom Verklagten dagegen nicht eingewandt wird, manchmal auf der Grenze der Zuständigkeit liegenden Fall durchgehen. Doch dies aber nicht immer zu Interesse der Angestellten ist, lehrt folgende Rechtsfall, mit dem sich dieser Tage die 6. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts beschäftigte. Obgleich es zweifelhaft war, ob der betreffende Kläger als angestellter Reisender oder als selbständiger Agent anzusehen sei, nahm das Gericht erstere an und kam zu einer Verurteilung des Prinzipals. Die von letzterem eingeleitete Berufung zog sich ein ganzes Jahr hin und endete schließlich damit, daß das Landgericht das Kaufmannsgericht für unzuständig erklärte. Der Agent mußte von neuem klagen, und als er endlich einen vollstreckbaren Schuldtitel in Händen hatte, war der Schuldnere in Bankrott geraten. Hätte das Kaufmannsgericht seinerzeit die Zuständigkeitsfrage genauer geprüft, so wäre der Kläger sicherlich noch rechtzeitig zu seinem Gelde gekommen. — Aus Anlaß dieses Falles wird, wie der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts erwähnte, in Zukunft eine schärfere Prüfung der gerichtlichen Zuständigkeit vorgenommen werden.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Polizei und Gericht gegen die Jugend.

Der Kampf der Polizei gegen die proletarische Jugendbewegung beschäftigt gestern das Jugendgericht bei dem Amtsgericht Rixdatsberg. Es sollte gegen die §§ 17, 18 Biff. 6 des Reichsvereingesezes gesrevelt sein. Angeklagt waren drei unter 18 Jahre alte Lehrlinge. Der Sachverhalt, so wie er nach den Aussagen des Polizeibeamten sich abspielte, ist folgender:

Der Jugendausschuß für Vohagen-Rummelsburg hatte zum 21. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Genosse Reichstagsabgeordneter Eichhorn einen Vortrag über „Jugend und Arbeiterbewegung“ halten sollte. Aus diesem Thema leitete die Polizei die Annahme her, daß eine politische Versammlung beschloßigt sei, und sandte den Polizeileutnant Fleischer sowie den Polizeiwachmeister Volkmann zur Überwachung. Der Versammlungsleiter forderte die Beamten vergeblich zum Verlassen des Versammlungsraums auf. Viel-

mehr verlangte der Polizeileutnant, daß sich die jugendlichen unter 18 Jahre alten Versammlungsbesucher entfernen sollten. Genosse Eichhorn erklärte daraufhin, daß er statt über das angekündigte Thema über das Thema „Die Fortbildung der Jugend nach der Entlassung aus der Schule“ sprechen würde. Dies geschah denn auch. Genosse Eichhorn kritisierte in seinem Vortrag die bestehenden Schulverhältnisse. Insbesondere kennzeichnete er die mangelhafte Bezahlung der Lehrer, die viel zu hohe Schülerzahl, welche auf den einzelnen Lehrer entfalle, die Entbehrlichkeit des Religionsunterrichts u. a. m. Der Polizeiwachmeister hatte stenographische Notizen gemacht. Einzelne Stellen aus seinem Stenogramm wurden vorlesen. Rixdatsberg war danach die Rede von Vorschlägen, in welcher Weise die kritisierten Mängel beseitigt werden könnten und daß oder auf welche staatlichen Organe oder gesetzgebende Körperschaften eingewirkt werden sollte. Das wurde in der Verhandlung aus dem Stenogramm des Polizeiwachmeisters und durch Befragen desselben ausdrücklich festgestellt. Dennoch beantragte der Staatsanwalt, jeden der Angeklagten mit einer Geldstrafe von 2 Mk. oder 1 Tag Haft zu belegen. Er brachte zum Ausdruck, daß nicht er der Veranlasser des Strafverfahrens sei, sondern die Polizei und daß ihm leider die Befugnis fehle, die Strafverfolgung wegen derartiger Vapalien zu unterlassen.

Der Verteidiger, Genosse Dr. Kurt Rosenfeld erläuterte in eingehenden Ausführungen den Begriff der „öffentlichen Versammlung“. Eine solche liege erst dann vor, wenn die Versammlung eine Einwirkung auf gesetzgebende Körperschaften und staatliche Organe bezwecke. Hier sei das Gegenteil festgestellt. Auch fehle den jugendlichen Angeklagten zweifellos die vom Gesetz erforderte Erkenntnis der Strafbarkeit, zumal über den Begriff der „öffentlichen Versammlung“ sich die hervorragendsten Juristen nicht einig seien.

Das Gericht verurteilte trotzdem jeden der Angeklagten zu einem Verweis. Die Begründung dieses Urteils war recht eigenartig. Sie ging dahin, die Jugend ist aufgefordert, sich zu organisieren, eine Organisation bezwecke aber „natürlich“, auf staatliche Organe unmittelbar einzuwirken. Diese Begründung ist rechtlich verfehlt und wird in tatsächlicher Beziehung durch die Verhandlung und durch das Ergebnis der Beweisaufnahme in keiner Weise gestützt. Es ist eine angebliche Aufforderung zum Beitritt zu einer Organisation in der Verhandlung nicht einmal zur Sprache gebracht. Ebensonenig daher auch, daß diese Organisation eine Einwirkung auf staatliche Organe bezwecke. Auch dem Jugendgericht in Rixdatsberg sollte bekannt sein, daß es Organisationen gibt, die nicht politisch sind.

Gegen das Urteil wird öffentlich Berufung eingelegt. Im Anschluß hieran müssen wir uns leider noch mit dem unseres Erachtens gefehlvolligen Verhalten des Vorsitzenden und des Gerichts gegenüber unserm Berichterstatter beschäftigen. Bekanntlich sind die Verhandlungen, auch der Jugendgerichte, nach § 170 des Gerichtsverfassungsgesetzes öffentlich. Die Öffentlichkeit kann nur in ganz bestimmten, hier nicht in Betracht kommenden Fällen ausgeschlossen werden. Unserm Berichterstatter erschienen einige Vorfälle bei der Verhandlung so interessant, daß er darüber Notizen zu machen versuchte. Der Vorsitzende fragte ihn, zu welchem Zweck das geschehe. Der Zweck wurde ihm mitgeteilt. Der Vorsitzende verbot nunmehr unserm Berichterstatter das Weiterschreiben, indem er sich auf eine Verfügung des Justizministers berief, in welcher gesagt sei, daß die Jugendgerichte darauf hinzuwirken sollen, daß ihre Verhandlungen nicht in die Öffentlichkeit kommen. Der Verteidiger protestierte gegen diese Beschränkung der Öffentlichkeit und verlangte Gerichtsbeschluß. Nach längerer Beratung wurde die Anordnung des Vorsitzenden vom Gericht bestätigt.

Dieser Standpunkt des Gerichts ist ein gefehlvolliger und verkürzt die Rechte der Angeklagten und verkennet das Recht und die Pflicht der Presse. Die Öffentlichkeit des Verfahrens dient dem Schutz des Angeklagten. Sie dient durch Vermittlung der Presse zur Kontrolle über die Rechtsprechung und zur Ermöglichung einer Kritik, welche uneingeschränkt Kritik ist im allgemeinen Interesse dringend erforderlich. Das sollte ein Jugendgericht um so weniger verkennen, als die Einrichtung der sogenannten Jugendgerichte auf die in der Presse über das Verfahren gegen Jugendliche geübte öffentliche Kritik in erster Reihe zurückzuführen ist. Der Justizminister hat kein Recht, die Öffentlichkeit irgendwie zu verbieten. Sein Erlass kann nur in dem Sinne gemeint sein, daß, soweit das Gesetz den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit zuläßt, im Interesse der Angeklagten die Richter innerhalb des Gesetzes auf Ausschluß der Öffentlichkeit bedacht sein sollen. Ist aber die Öffentlichkeit zugelassen, und mußte, wie in diesem Falle, die Öffentlichkeit zugelassen werden, so hat weder der Vorsitzende noch das Gericht ein Recht, einem Berichterstatter zu verbieten, sich Notizen zu machen. Die Notizen und deren Veröffentlichung können den Jugendlichen lediglich nützen. Gerade dieser Fall zeigt, wie notwendig ein möglichst ausführlicher Bericht über diese Vagatelie im Interesse der Jugendlichen ist, die mit einer unbedeutenden Anzeige, hinfalligen Anklage und einem fehlerhaften Urteil bedacht sind. Der objektive Bericht über den Vorfalle empört geundetes Rechtsbewußtsein und solche Empörung ist die Basis des Fortschritts im Interesse des Allgemeinwohls.

Der politische Kampf und der § 193.

Das Landgericht Göttingen hat am 8. September v. J. den Senator a. D. Friedrich Legimeyer von der Anklage der Beleidigung freigesprochen. Der Angeklagte hat in einer Wahlversammlung dem Nebenkläger Oberberggrat E. vorgeworfen, er und seine Partei, die nationalliberale, liebäugeln mit der Sozialdemokratie; solche Leute seien schlimmer als die schlimmsten Verbrecher. Das Gericht hat anerkannt, daß der Schuß des § 193 jedem Wahlredner zusteht. Er sei berechtigt gewesen, für seinen Wahlmann einzutreten und auch Kritik am Verhalten der Gegenpartei zu üben. Aus der gewählten Form gehe nicht die Absicht der Beleidigung hervor, denn der Angeklagte habe offenbar nicht von kriminellen Verbrechern sprechen wollen, sondern nur von verbündeten Personen. Gegen das Urteil hatten Staatsanwalt und Nebenkläger Revision eingelegt. Sie rügten Verkennung des § 193. Die gewählte Form sei so scharf und verletzend, daß sie die Absicht der Beleidigung erkennen lasse. — Das Reichsgericht erkannte jedoch am Dienstag auf Verwerfung der Revision.

Ein Revolverattentat auf einen Kriminalschußmann

beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow das Schwurgericht des Landgerichts III. Aus der Untersuchungsjagd wurde der 34jährige Arbeiter Alexander Kühne vorgeführt, um sich wegen verübten Totschlags, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung zu

antworten. — Der schon mehrfach wegen Diebstahls und Körperverletzung vorbestrafte Angeklagte ist der Urheber einer Szene, bei welcher der Kriminalkommissar Dröhler beinahe um das Leben gekommen wäre. — Mitte Dezember v. J. erhielt der Kriminalkommissar Dröhler den Auftrag, auf den aus der Fürsorgeerziehungsanstalt entwichenen „Arbeiter“ Max Fischer zu fahnden, hinter dem ein Steckbrief wegen Einbruchdiebstahls erlassen worden war. Am Nachmittag des 10. Dezember bemerkte der Beamte den Geflüchten an der Ecke der Reinholdsdorfer- und Plantagenstraße, wo er in einer Verkaufsbude als Ausrufer tätig war. Dröhler legitierte sich durch seine Erkennungsmarke als Kriminalbeamter und nahm die Verhaftung des Fischer vor. Auf dem Transport rief der Verhaftete dem in der Nähe stehenden Angeklagten Kühne zu: „Ich bin alle geworden“ (verhaftet). Kühne drängte sich sofort zwischen den Beamten und den Arrestanten und äußerte: „Hier wird nicht arretiert, hier gibts bloß was aufs Auge.“ Inzwischen hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die in drohender Weise gegen den Beamten Partei nahm und forderte, daß er den Verhafteten freigebe. Als sich Dröhler weigerte, erhielt er von einem unbekannt gebliebenen Menschen einen wuchtigen Schlag in das Gesicht, so daß er zurücktaumelte. In demselben Augenblick rief der Angeklagte den Verhafteten los. Dröhler lief hinterher und holte den Flüchtigen ein, den er nunmehr mit der Kette am Handgelenk fesselte. Die Situation wurde für Dröhler immer bedrohlicher. Als plötzlich mehrere Personen wie auf ein Kommando auf den Beamten losliefen, zog er seine Drowningpistole und gab zwei Schüsse ab. Auch dieses Mittel half nichts. Der Beamte wurde plötzlich von hinten gepackt und festgehalten, so daß er von seinen Armen keinen Gebrauch machen konnte. Der Angeklagte entriß ihm die Schusswaffe und soll, wie die Anklage behauptet, aus etwa drei Schritt Entfernung auf Dröhler einen Schuß abgegeben haben, der diesen an der Schläfe traf. Wenn der Beamte nicht noch im letzten Augenblick, als er die Waffe auf sich gerichtet sah, den Kopf zur Seite gebogen hätte, so hätte ihn die Kugel direkt in das rechte Auge getroffen. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte mit aller Entschiedenheit, den Schuß auf den Beamten abgegeben zu haben. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Rantowicz waren mehrere Zeugen geladen, die bekundeten, daß sie nicht gesehen hätten, daß der Angeklagte Kühne geschossen hätte. — Die Geschworenen bejahten auch nur die Schuldfragen

nach Körperverletzung, tödlichen Angriff auf einen Beamten und Gefangenensetzung unter Verfassung missverändernde Umstände, die Frage nach versuchtem Totschlag wurde jedoch verneint. Staatsanwalt Herzog beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren. Das Urteil lautete auf die hohe Strafe von 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 9 Monaten der erlittenen Untersuchungsfrist.

Scherz oder Gotteslästerung?

In vergnügter Kirchweihstimmung gab der Steinhauer Starke in einer Wirtschaft zu Kottenbauer in Unterfranken seinen Begenossen die Scherzfrage zum Lösen auf: „Wer war der größte Spießhube?“ Niemand konnte darauf die richtige Antwort finden, bis zuletzt der Rätselausgeber sie selbst gab: „Unser Herrgott, denn er hat dem Adam eine Rippe gestohlen und daraus die Eva gemacht.“ Dieser Scherz wurde, da fromme Leute daran Anstoß nahmen, dem St. als Gotteslästerung angekreidet und das Gericht verurteilte ihn dafür zu drei Tagen Gefängnis.

Hoffentlich findet der Scherzbold in der Berufungsinstanz verständigere Richter, die den Unterschied zwischen Gotteslästerung und Scherz besser erkennen.

Aus der Frauenbewegung.

Verlorene Zeit.

In einer Besprechung über die (sogenannte) Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen sagt Frau Deutsch in Nr. 1 des „Frauen-Fortschritt“: Gegenüber den Vertreterinnen aller Richtungen der Frauenbewegung, sowohl bürgerlicher als konfessioneller, berührte es peinlich, daß die „höchste Vertretung der Arbeiterkraft, die Sozialdemokratie“ fehlte. Jedoch, — obgleich durch Abwesenheit der Sozialdemokratie die Harmonie der bürgerlichen Vertreterinnen nicht gestört war, berichtet die Schreiberin, daß in der ausgedehnten Diskussion die Gegensätze in der Zusammensetzung der Konferenz sich deutlich offenbarten. Und zum Schluß nimmt Frau Deutsch nach von der Konferenz den entmutigenden Eindruck mit, daß man es doch als „verlorene Zeit“ empfindet, Menschen diskutieren zu hören, die einander vorbereiten, ohne es zu wollen, weil sie auf dem Boden getrennter

Weltanschauungen stehen! Dieser Erkenntnis gemäß dürfte sich die Dame über das Fernbleiben der Sozialdemokratie von derartigen Veranstaltungen nicht verwundern. Unsere Zeit ist denn doch zu kostbar, als sie für nutzlose Dinge unnütz zu verschwenden. Die Damen mögen zum Teil recht fleißige Referate gehalten haben. Die dargebrachten Tatsachen, wie z. B. das aus der Berufszählung von 1907 sich ergebende starke Anwachsen der weiblichen Arbeitskraft und die daraus resultierenden Forderungen für die Frau als Persönlichkeit, als Hausfrau und Mutter, sind von uns längst auch in ihren Konsequenzen gewürdigt worden. Und diese sind: Organisation und damit Eroberung politischer Rechte, sowie wirtschaftlicher Vorteile, Arbeitsbedingungen, die eine menschenwürdige Existenz garantieren! Die Frau bedarf vor allem solcher Beschäftigung, die sie nicht durch Entrechtung des notwendigen Schutzes berauben. Welch entwürdigende Auffassung von Arbeiterinnenrechten und -interessen offenbart nachträglich im deutschen Frauenbund die Vertreterin der christlichen Heimarbeiterrinnen-Gesellschaften! Sie bettelt für die armen Heimarbeiterrinnen, die keinen Normalarbeitstag hätten und mit Mühe und Not noch nicht 10 Pf. pro Stunde verdienen, um Mitleid und Unterstützung bei den wohlhabenden Damen. Nur auf dem Wege solcher Bettelerei teilt sie einen Ausweg für die Vermissten der Armen! Doch Frauenlein wehm jeden Zusammenschluß der Bedrückten, jeden Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse als Entwürdigung der weiblichen Demut bezeichnet, jedoch weder in der Lohnbrüdererei, noch in der Bettelerei eine Entwürdigung empfindet, ist bezeichnend für die christliche Auffassung. Und da mutet man der Sozialdemokratie zu, mit solchen Elementen als Vertreterin zur Förderung (!) der Arbeiterinneninteressen zu beraten. Das wäre für uns und für die berechtigten Arbeiterinneninteressen — „verlorene Zeit“. Und hoffentlich öffnen die Vorgänge denen die Augen, die sich bisher von den Damen ins Schlepptau nehmen ließen.

Amlicher Marktbericht der händlichen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktböden. **Marktlage:** Fleißig; Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. **Wolle:** Zufuhr sehr schwach, Geschäft lebhaft, Preise fest. **Wollkäse:** Zufuhr knapp, Geschäft nicht lebhaft, Preise gut. **Fische:** Zufuhr reichlicher, Geschäft ziemlich reger, Preise für flüchtige etwas angehend. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr mäßig, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Berta Hoch
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Luise-Kirchhofes in Hildesfelderstraße, aus statt. Regre Beteiligung erwartet.
113/6 Die Ortsverwaltung.

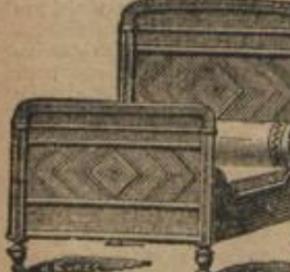
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Steinhauer **Albert Hempel** sage ich allen Beteiligten, insbesondere meinen Kollegen meinen herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Wwe. Elisabeth Hempel.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Otilie** sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders den Kolleginnen der Verstorbenen von der Expedition des „Vorwärts“ meinen besten Dank.
Weihenau, den 16. März 1910.
Hermann Milius.

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten, welche uns aus Anlaß des Todes meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Groß- und Schwiegervaters teilnehmendste Hilfe gestanden haben, insbesondere dem Sozialdemokratischen Wahlverein und dem Gesangsverein Ober-Schönweider Liedertafel für die rege Beteiligung sagen wir hiermit unseren tiefgefühlten Dank.
Frau Agnes Wiener
nebst Kindern.

Für die Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Sohnes
Otto Deckelmann
sagen wir hiermit allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Mutter u. Geschwister.

Hygienische
Bodentrockner, Neuest. Katalog
Empfehl. v. Prof. Dr. med. u. v. H. Unger, Gesundheitsrat
Berlin NW., Friedrichstraße 11/13
Sechs Schnellrichtmaschinen bieten
lehrenden Verdienst. Rundschreib-
maschinen von 75 M. an. Berliner
Näh- u. Strickmasch.-Fabrik H. Levy,
Neurödigk. 18. 46702*

Eigene Fabrikation im Hause!

zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Wer heiraten will
Wer Zimmer vermieten will
Wer seine Wohnung verändern will
Wer Möbel- u. Polsterwaren benötigt
Wer Spiegel und Uhren, Wer Vertikalen und Matratzen
Wer Betten, Gardinen, Teppiche
Wer Herren- u. Damen-Garderobe braucht
Wer streng reell bedient sein will 46172*

Kredit
bei
A. Kretschmann & Co.
Berlin O.
Koppenstr. 4
(Ecke Wabalkstraße)
am Schlesischen Bahnhof.
Nächstes Kredithaus der östlichen Vororte.
Lieferung frei Haus.

Sämereien
Gartenartikel
für Laubenkolonien.
Ad. Demmler
Dresdener Str. 17
am Kottbuser Tor.

Amor
bleibt das beste Metallputzmittel.

Prüfungsur!
auf der
Tafel
des
Kownoer
Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Press. Stargard
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden.
Hastertüchtig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Eingetroffen sind:
Muster-Coupons u. Reste
für **Anzüge, Paletots, Kostüme** usw.
direkt aus der Fabrik.
Enorm billig! Meter 2.-, 3.-, 4.-, 5.- Mark.
Nur Saison-Neuheiten!
Spezialhaus moderner Herren- und Damenstoffe.
Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.
BERLIN O., Roßstraße 2, Sonntags geöffnet.

Kredit. Möbel auf Teilzahlung
bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheitsfällen **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**
und Arbeitslosigkeit.

Dänischer Kautabak
M. Hansen jun., Hadersleben.
Generalvertrieb:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70.
Amt VII, 3047.

Eszet Cigarette
ohne Streichholz zu entzünden!
„Eszet“ ist unentbehrlich bei stürmischem Wetter
„Eszet“ ist unentbehrlich für Jagd, Sport und Reisen
„Eszet“ ist unentbehrlich für jeden Raucher, der sich viel im Freien aufhält
„Eszet“ entzündet sich an einer an der Schachtel befindlichen Reißnadel wie ein Streichholz
„Eszet“ ist frei von jedem fremden Geschmack und Geruch
„Eszet“ ist hergestellt aus den feinsten türkischen Tabaken
„Eszet“ wird deshalb von Qualitätsrauchern bevorzugt
„Eszet“ ist zu haben in Blechpackungen à 20 Stück von 2½ bis 20 Pf. pro Stück
„Eszet“ ist in Spezial-Zigarrengeschäften zu haben
Cigarettenfabrik VIOLA-COMPAGNIE HAMBURG 6.
Generalvertretung für Berlin: Scholer & Löwenberg, Heilbranner Str. 19. Tel. VI. 16730.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Herren- und Knaben-Garderobe
fertig u. nach Maß auf Teilzahlung
Woche von 1 Mark an
J. Kurzberg
Rosenthaler Str. 40.

Vorletzte Woche!
Nur einmal jährlich zum **Inventurpreis!**
reichgestickte solide **Plüsch-Portieren**
Pro **Fenster 6³⁵ Mark**
Filztuchportieren 3³⁵ M.
mit allerliebster Stückerlei
Mit Plüschauflage gest.
Reich-Plüschischdeck. 7⁸⁵
gestickt.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Nach auswärtig per Nachnahme.
Inventur-Extralistik gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko

Saman Tee viel billiger als Kaffee

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung, Mittwoch, den 16. März 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Bethmann Hollweg, v. Rolke. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt: Abg. Lohmann (natl.): Die „Donauwarte“ ist kein Parteiblatt des Zentrums, aber auch kein sozialdemokratisches Blatt. Es steht dem Zentrum jedenfalls nicht feindlich gegenüber. (Hört! hört! links.)

Abg. Graf Praschna (N.): Das Zentrum hat mit dem Blatt nichts zu tun. Es steht auf dem Standpunkt des durchaus radikalsten bayerischen Bundes.

Da der Etat nicht rechtzeitig fertig wird, beantragt Abg. Frhr. v. Erffa (L.) einen Resolutionsparagrafen in den Etat aufzunehmen.

Der Antrag geht an die Budgetkommission. Der Gesetzentwurf auf Abänderung der Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwältinnen und Gerichtsvollzieher wird in zweiter und dritter Lesung debattelos angenommen.

Dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Abg. v. Heydebrand u. d. Lafe (L.):

Einige Mitglieder der konservativen Fraktion, und zwar die Abgeordneten v. Brandenstein, v. Jagow, Graf Ranig, Krüger v. Marienburg und Freiherr v. Reigenstein werden gegen den Entwurf im ganzen stimmen, teils weil sie augenblicklich eine Änderung des preussischen Wahlrechts überhaupt nicht für notwendig halten, teils weil für sie die Einführung der geheimen Wahl ein unüberwindliches Hindernis ist. Die anderen Mitglieder meiner Partei sind geneigt, für die Kommissionsbeschlüsse zu stimmen. Nicht daß wir mit allem einverstanden wären, nicht daß wir meinten, die Vorlage im ganzen sei eine unbedingte Notwendigkeit. Wir sind vielmehr der Meinung, daß unser gegenwärtiges preussisches Wahlrecht sich im vollsten Maße bewährt hat. (Lautes Lachen links.) Wir sind der Meinung, daß es auf durchaus gesunder Grundlage beruht. Das preussische Wahlrecht hat sich darin besonders gut bewährt, daß es keiner Partei im Lande, soweit sie die Interessen der bodenständigen ruhigen Bevölkerung vertreten, unmöglich war, hier im Hause vertreten zu sein. (Sehr richtig! rechts.)

Die Vorlage enthält die Ausführung einer festen Zusicherung, die seitens des Trägers der Krone in feierlicher Form gemacht worden ist. Meine politischen Freunde legen Wert darauf, alles was in ihren Kräften steht zu tun, um solche Wünsche des Trägers der Krone zu verwirklichen. (Beifall rechts.) Wir legen auch Wert darauf, mit einer Regierung, die im wesentlichen unser Vertrauen genießt (Zurufe links: im wesentlichen!) — wenn Sie das Wort „im wesentlichen“ hört, so will ich es weglassen — zusammenzuarbeiten, wenn sie bemüht ist, in einer loyalen Weise Fragen von dieser großen Bedeutung zu lösen. Wir würden uns freuen, wenn es möglich wäre — was sich in diesem Augenblick noch nicht definitiv übersehen läßt —, eine große Mehrheit der bürgerlichen Parteien für diese Vorlage zu finden. Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir auch jetzt noch Anträgen, die sich dahin richten, den Vertretern der Mittelparteien den Zutritt zu diesem Gesetzentwurf zu ermöglichen, mit aller Sympathie entgegensehen und sie auch annehmen, wenn wir sicher sind, daß wir damit die Mehrheit für das ganze Gesetz nicht gefährden.

Es ist für uns ein schweres Opfer gewesen, die wir mit ganz wenigen Ausnahmen auf dem Boden der öffentlichen Wahl stehen, das Zugeständnis zu machen, daß ein Teil der Wahl in Zukunft geheim erfolgen soll. Wir würden dieses Zugeständnis nicht gegeben haben, wenn nicht die Abstimmung in der zweiten Lesung ganz unzweideutig dargetan hätte, daß die Mehrheit des Hauses auf dem Boden der geheimen Wahl steht. (Lachen links.) Was soll Ihr Lachen? Es ist doch Tatsache, daß eine Mehrheit für die geheime Wahl vorhanden ist und nur auf diesem Boden ein Gesetz zustande kommen lassen würde. Allerdings müssen wir voraussetzen, daß eine Vorlage, die mit einem solchen Zugeständnis auf diesem Gebiete zustande kommt, in anderer Weise so ausgestaltet ist, daß wir sie tragen können. Und da sagen wir ganz offen, daß die Erhaltung der öffentlichen Wahl bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner für uns von ganz außerordentlicher Bedeutung ist. (Lachen und ironische Zurufe links.)

Ebenso glauben wir auf die indirekte Wahl das allergrößte Gewicht legen zu müssen, und daß wir einem Gesetze nicht hätten unsere Zustimmung geben können, das diese Grundlage aufgibt. Wir haben in betreff der teilweisen Ausschaltung der öffentlichen Wahl das schwere Opfer bringen zu können geglaubt und hoffen, daß wir auch auf dieser Grundlage etwas Gutes zustande bringen können.

Nun noch

ein letztes Wort:

Die Gestaltung des Wahlrechts ist ja von ganz unberechenbar großer Tragweite für die Geschichte des Landes. Wir sind gar nicht im Zweifel darüber, daß das, was hier beschlossene werden wird, ganz gewiß nicht überall Beifall finden wird. (Sehr richtig! links.) Wir sind ganz sicher, daß die Theoretiker und Phantasten und alle diejenigen, die das preussische Volk und sein ganzes Wesen nur von außen kennen (Lärm und Chorufe links), mit der Vorlage nicht einverstanden sind. Am allermeisten aber sind wir davon überzeugt, daß das Gesetz den Beifall der Massen nicht finden wird. (Sehr richtig! links.) Wir sind aber auch ganz sicher, daß mit dem Tage, wo das der Fall wäre, wir für die Zukunft Preußens zu fürchten hätten. (Lebhafte Zustimmung rechts, große Unruhe und Widerspruch links.) Und es beruhigt uns daher, daß diese Anerkennung dem Werke nicht zuteil wird. Mit Sorge bedrückt es uns allerdings, daß auch besonnene und verständige Elemente der Vorlage zweifelnd oder ablehnend gegenüberstehen. Wir sind aber überzeugt, daß das, was wir Ihnen hier vorlegen, getragen werden kann, und haben das Vertrauen zu dem gesunden Sinn unseres preussischen Volkes, daß es die Bestimmungen dieses Gesetzes anzunehmen verstehen wird und daß die Kraft und Stärke des preussischen Staates, auf die wir mehr Wert legen als auf unsere ganze Partei (Lachen links), nicht gefährdet werden wird. Und damit auch nicht die Kraft des Deutschen Reiches, welche nicht zuletzt beruht auf der Stärke Preußens. (Stürmischer Beifall rechts; große Unruhe links.)

Ich habe verschiedentlich im Laufe der Verhandlungen unserer Stellung dahin Ausdruck gegeben, daß die Beschlüsse, die in der zweiten Lesung der Wahlrechtsreform gefaßt sind, unseren Ansprüchen durchaus nicht gerecht werden, daß wir ein Wahlrecht haben wollen, welches prinzipiell davon abweicht. Aber wir sehen auch ein, daß dies Ziel zurzeit nicht zu erreichen ist, und haben uns deswegen veranlaßt gesehen, weitgehende Zugeständnisse zu machen (Zuruf links: Sehr weitgehende!), um wenigstens eine Verbesserung des bis jetzt bestehenden Wahlrechts herbeizuführen. Ist es uns doch außerordentlich schwer geworden, zur indirekten Wahl unsere Zustimmung zu geben. (Gelächter links.) Aber wir sehen ein, daß die geheime Wahl, auf die wir ganz besonderes Gewicht legen, nur dann zu erreichen ist, wenn eine große überwältigende Majorität sich für dieselbe ausspricht. Dadurch, daß wir die geheime Wahl mit der indirekten Wahl verbinden, ist dies Ziel erreicht worden, indem nunmehr ein fast einstimmiges Votum dieses Hauses für die geheime Wahl vorhanden ist. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unter dem Druck dieser Majorität nun die geheime Wahl auch zur Durchführung gelangt. Ich bin fest überzeugt, daß wir in dieser wichtigen Frage, welche eine Reihe

von Jahren über die Zusammenfassung dieses Hauses entscheidet, durch unsere energische Mitwirkung dem Vaterlande einen wesentlichen Dienst erwiesen haben. (Bravo! im Zentrum. Lachen links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Meine politischen Freunde werden die Beschlüsse der letzten Lesung, die ja voraussichtlich unverändert bleiben werden, nicht annehmen. (Bravo! links.) Für und ist es nicht so ausschließlich maßgebend, wie es zum Teil für die Herren der konservativen Partei zu sein scheint, daß der Träger der Krone ein Wort gegeben hat, das unter allen Umständen eingehalten werden muß. Wir sind dem Träger der Krone selbstverständlich dankbar, daß er sich auf diesen Boden gestellt hat, aber ich glaube, wenn er diese Stellung eingenommen hat, so hat er auch seinerseits dabei das Interesse des Landes im Auge gehabt. (Sehr wahr! links.) Wir erkennen an, daß je breiter die Basis ist, auf der die Vorlage zustande kommt, es desto besser für die Verwirklichung im Lande ist. Daß aber eine solche Verständigung nicht möglich geworden ist, liegt meines Erachtens daran, daß die Regierungsvorlage zum großen Teil gerade in ihr Gegenteil verkehrt worden ist! (Sehr wahr! links.) In die Regierungsvorlage ließ sich nämlich die geheime Wahl einfügen, denn man darf nicht vergessen, daß direkte und geheime Wahl vollständig zusammengehören. (Sehr richtig! links.) Wenn für uns eine Kombination der geheimen und indirekten Wahl in Frage kommen sollte, so müßte die Wirkung der indirekten Wahl erheblich abgeschwächt werden. Ich glaube aber, auch die Herren Konservativen täuschen sich etwas über die Wirkung, welche die Kombination der indirekten und geheimen Wahl haben wird. Die Bevölkerung wird, glaube ich, bald einsehen, daß ihr das geheime Wahlrecht dann wenig nützt! (Sehr richtig! links.) Die ganze Stoßkraft der Agitation wird sich dadurch gegen die indirekte Wahl wenden, und es wird nur eine Frage der Zeit sein, daß auch sie beseitigt wird. (Sehr wahr! links.)

Wir sind der Meinung, daß die Regierungsvorlage und noch die Kommissionsbeschlüsse Unstimmigkeiten enthalten, die nicht nur Schönheitsfehler sind, sondern die das Wahlrecht geradezu auf den Kopf stellen. (Sehr richtig! links.)

Wenn wir im gegenwärtigen Stadium auf die Wiedereinbringung von Anträgen verzichtet haben, so haben wir es nicht deshalb getan, weil wir eine positive Mitarbeit nicht mehr für fruchtbringend halten, im Gegenteil, wir bringen Anträge, die voraussichtlich von der Mehrheit doch wieder abgelehnt werden, nicht wieder ein aus dem Gesichtspunkte strenger Gerechtigkeit, die wir in dieser Frage nicht verlassen wollen, weil wir die Wiedereinbringung von Anträgen nicht zu einer leeren Demonstration machen wollen. (Sehr richtig! links.) Aber sollten noch Vorschläge auf unserem Wege gemacht werden, so werden wir sie selbstverständlich aufnehmen.

Wenn wir nun hauptsächlich zu einem ablehnenden Votum kommen, so müssen wir ja darauf gefaßt sein, daß unsere Gegner es nach der Richtung hin ausnützen werden, daß sie von neuem von einem Abmarsch nach links reden werden. Diesen Vorwurf müssen wir uns gefallen lassen, wir sind allmählich daran gewöhnt. Die Herren, die aber so argumentieren, übersehen, daß wir eine selbstständige Partei mit unseren eigenen Zielen und daß wir vor allem in der Wahlrechtsvorlage sehr wesentlich von den Parteien abweichen, denen wir uns angeblich in die Arme stützen sollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Aber für manche Parteien im Lande ist ja dieser sogenannte Abmarsch sehr willkommen. Wie weit man in dieser Agitation geht, möchte ich an der „Königlichen Volkszeitung“ zeigen, die neulich folgendes über die Vorgänge hier im Hause sich leistete:

„Bei der Abstimmung klappte das Zusammengehen der Sozialdemokraten und Nationalliberalen so vorzüglich, wie es nur bei genauer Verknüpfung über die Taktik möglich ist. (Große Heiterkeit links.) Während der ganzen Sitzung fand ein fortwährendes Hin- und Herlaufen zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen statt. (Erneute Heiterkeit.) Einmal Hirsch-Friedberg, ein andermal Friedberg-Vorgmann, dann wieder Hirsch-Schiffer, und dann alle beisammen. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Die freundschaftlichen Verhandlungen ließen kaum eine Stunde nach. Der Vloed der Unken unter Vorgmanns Führung ist das beachtenswerteste Moment der heutigen Sitzung in der Wahlrechtsfrage. (Schallende, langanhaltende Heiterkeit.)

Wer das Haus kennt, weiß, daß das der beste Unsinn ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wer nur die geringste Ahnung von Politik hat, weiß, daß eine Verständigung zwischen uns und Sozialdemokraten gerade in der Frage gar nicht möglich ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Daß die „Königliche Volkszeitung“ so etwas bringt, wundert mich nicht. (Sehr richtig! links.) Ich will auch dieses Verfahren gar nicht näher charakterisieren. Ich führe es nur als Beweis dafür an, in welcher Weise gegen uns agitiert wird. Man spricht einmal mit den Sozialdemokraten, die sitzen ja in unserer Nähe, und dann werden solche Unwahrheiten, wie in der „Königlichen Volkszeitung“, in die Welt geschleudert.

Sehr bedauerlich ist nun noch bei der Art und Weise, wie die „Königliche Volkszeitung“ und hier zu vernehmen sucht (Lebhafte Unruhe und Lärm im Zentrum, darauf lebhaftes Sehr richtig! links), daß die „Kreuz-Zeitung“ diese Notiz übernommen hat und daran einige Schlussfolgerungen knüpft! (Hört! hört! links.) Sie schreibt: es müßten doch endlich die Nationalliberalen im Lande erkennen, wie die Partei zu der äußersten Linken hält! (Hört! hört! links.) Die „Kreuz-Zeitung“ stellt es also hin, als ob diese Notiz der „Königlichen Volkszeitung“ richtig ist. Das halte ich für außerordentlich bedauerlich im Interesse des Zusammenarbeitens mit den Konservativen. Die konservative Partei mache ich selbstverständlich aber nicht verantwortlich. Nur möchte ich die Herren bitten, die Einfluß auf die „Kreuz-Zeitung“ besitzen, davon Gebrauch zu machen.

Ich resümiere mich dahin: Unbeirrt durch solche Angriffe, wie ich sie eben vorgetragen habe, und ebenso unbeirrt durch die Angriffe der Anhänger des gleichen Wahlrechts, werden wir den Weg gehen, den die Pflicht gegen das Vaterland und die Grundsätze unserer Partei uns vorschreiben. (Stürmischer Beifall bei den Nationalliberalen.)

Inzwischen ist ein Antrag Trendt (fl.) eingegangen, der die Drittelung über die ganze Gemeinde einführen will.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fl.):

Meine Freunde stehen genau auf dem Standpunkt der letzten Worte des Vorredners. Auch wir werden in dieser Frage unbeirrt um die Kritik der großen Massen und der Presse den Weg gehen, den uns Pflicht und Vaterlandsbewußtsein weisen. Ich habe bereits in erster Lesung ausführlich dargelegt, daß der weitläufige Teil meiner politischen Freunde auf dem Standpunkt der öffentlichen Wahl steht. Das ist auch heute noch so. (Sehr richtig! bei den fl.) Es kann indessen darüber kein Zweifel sein, daß durch die Wendung, die die Dinge genommen haben, die öffentliche Wahl definitiv ausgeschaltet ist. (Sehr richtig! links.)

Auch diejenigen meiner politischen Freunde, die die öffentliche Wahl abgeben für das richtige halten, sind zu dem Entschluß gekommen, auf den Boden des § 4 zu treten: indirekte und geheime Wahl, öffentliche Wahl der Abgeordneten; sie stellen dabei die Bedingung, daß die Bedenken, die durch die geheime Wahl in die Vorlage hineingetragen werden, im übrigen Teil der Vorlage nicht verstärkt, sondern abgeschwächt werden, daß ihnen entgegen gewirkt wird.

Die Wirkungen der geheimen Wahl äußern sich nach zwei Richtungen. Zunächst begünstigt sie zweifellos die Sozialdemokratie und dann auch die Polen. (Widerspruch im Zentrum.) Der Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf die Wahl wird ganz außerordentlich gestärkt, und das wird sich auch im Kampfe der Polen gegen das Deutschthum sichtbar machen. (Große Unruhe im Zentrum.) Es liegt im dringendsten Interesse der Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts, daß

wir die Drittelung nach Wahlbezirken beseitigen. Wir sind indessen nicht darüber im Zweifel, daß gegenwärtig keine Aussicht vorhanden ist, die Drittelung nach der Gemeinde durchzuführen. Wir werden daher bereit sein, einem Antrage zu folgen, welcher einen Mittelweg zwischen der Drittelung nach dem Stimmbezirk der Gemeinde zeigt.

Nachdem der Abg. Dr. v. Heydebrand die Bereitwilligkeit der Konservativen, auch jetzt noch in Verhandlungen einzutreten, erklärt hat, wollen wir gern mit ihm in Verhandlung über die mittlere Linie der Drittelung eintreten. So großen Wert wir auch darauf legen, daß durch die Vorlage nicht ein neuer Zwiespalt zwischen Konservativen und Liberalen entsteht, und daß auch den Nationalliberalen die Zustimmung zu der Vorlage möglich wird, und so gern wir bereit waren, ihnen so weit als möglich entgegenzukommen, so müssen wir doch verlangen, daß unsere aus konservativem Standpunkt hergeleiteten Bedenken berücksichtigt werden, andernfalls werden wir sämtlich gegen das Gesetz stimmen. (Beifall rechts.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Nachdem die Herren Vorredner nunmehr die Absichten ihrer Parteien für die Zustimmung klargestellt haben, gebe ich namens der kgl. Staatsregierung folgende Erklärung ab:

Die kgl. Staatsregierung ist bei Ausarbeitung der Vorlage von der Auffassung ausgegangen, daß an dem System des abgestuften Wahlrechts grundsätzlich festgehalten werden müsse und das direkte und geheime Wahlrecht gleichzeitig nicht gegeben werden könne. Sie hat sich aus den Gründen, die ich bei Einführung der Vorlage hier dargelegt die Ehre hatte, dahin entschieden, die indirekte durch die direkte Wahl zu ersetzen, die Öffentlichkeit der Wahlhandlung aber aufrecht zu erhalten. Die königliche Staatsregierung hält diese Lösung auch heute noch für die zweckmäßigste. Wenn sich indessen eine erhebliche Mehrheit dieses Hauses dahin entscheidet, die indirekte Wahl aufrecht zu erhalten und die geheime Wahl abzugeben für die Wähler der Wahlmänner vorzuziehen, so wird die königliche Staatsregierung diese Lösung annehmen, ohne sich im übrigen an alle Einzelbestimmungen des Entwurfs in seiner jetzigen Gestalt zu binden. (Bravo! rechts und im Zentrum. Lachen links.)

Abg. Hirsch (fortsch. Sp.):

Unser Ziel ist so klar, daß wir kein Bedürfnis fühlen, unseren Standpunkt jetzt noch einmal hier ausführlich darzulegen. Wir meinen, daß diese Vorlage abzu lehnen ist, und auch was jetzt vorgeschlagen ist, ist nicht so verlockend, daß wir unsere ablehnende Haltung deswegen aufgeben könnten. Wir haben bei unserer Haltung die Gesamtheit unserer Wähler hinter uns. Unsere Wähler sind nicht die sozialdemokratischen Massen auf der Straße, sondern sie neigen sich in Anspruch, gute preussische Patrioten zu sein!

Der Abg. v. Heydebrand hat in einer Wiederholungsart gefächelt, welche großes Opfer er und seine Freunde der Regierung und dem Vaterlande bringen. Von einem Opfer konnte von dem Moment an gar keine Rede sein, in dem man die geheime Wahl mit der indirekten Wahl verband. Trotz aller schönen Reden werden die Konservativen dem Volke nicht die Ueberzeugung nehmen können, daß man durch die Verknüpfung der geheimen Wahl mit der indirekten Wahl auf weiter nichts ausgegangen ist, als: die bisherige öffentliche Wahl aufrecht zu erhalten und den Volkswillen einzudämmen. (Sehr richtig! links.) Daher auch das Sträuben gegen die Entnahme der Wahlmänner aus dem ganzen Kreis, daher die Abneigung gegen die geheime Abstimmung der Wahlmänner, daher auch die in zweiter Lesung beschlossene *Terminuswahl*, ganz abgesehen davon, daß die Mehrheit sich nicht einmal dazu entschließen konnte, die Abstimmung der Wähler mit dem *Stimm* zu umgeben, den wir beim Reichstagswahlrecht haben. (Sehr richtig! links.) Das Volk sieht in dieser Vorlage nicht die Erfüllung der in feierlicher Weise in der Thronrede angekündigten Reform. (Sehr richtig! links.) Den Schaden davon hat nicht das Volk, den Schaden hat die Regierung. (Sehr richtig! links.)

Die Erklärung des Ministerpräsidenten hat soeben wieder einmal gezeigt, wie in einer wichtigen Frage durch das Verhalten der Konservativen die Autorität der Regierung Schiffbruch gelitten hat. (Sehr richtig! links.) Da ist uns von Jahr zu Jahr gesagt worden, als wir uns nach dem Stande der Wahlreform erkundigten, daß große Vorarbeiten notwendig seien. Da hat man ein Heer von Arbeitern herangezogen und die Statistik ausarbeiten lassen. Da hat man uns umfangreiche Druckbände vorgelegt und hat uns gesagt: auf Grund dieser Unterlagen ist die Regierung zu der Erkenntnis gekommen, daß die indirekte Wahl nicht aufrecht zu erhalten sei, sondern daß die direkte Wahl eingeführt werden müsse. Für jeden Menschen war das ja auch klar, und es stand nur in Frage, ob wir nun auch noch die geheime und gleiche Wahl bekommen würden. Was sehen wir statt dessen? Die konservative Partei, die angeblich die Autorität der Regierung schützen will, hat diese Autorität unter *u h l t* und durch den Mund ihres Führers nur Worte des *h o h n s* für die Regierung übrig gelassen! Wir sehen hier wieder, daß der Regierung alle Fägel aus der Hand genommen sind; ihre Autorität hat wieder einen schweren Schlag erlitten. Die Vorlage hätte nur die Worte zu enthalten brauchen: Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden geben den Konservativen und dem Zentrum das Recht, das Wahlrecht zu gestalten, wie sie es wollen. (Sehr gut! links.) Eine Verhütung des Volkes werden Sie durch diese Vorlage nicht erreichen. Wenn wir es auch mit Bedauern sehen, in welcher Weise manchmal die Unzufriedenheit zum Ausdruck kommt, so kann uns das doch nicht abhalten, von dem Wege des Rechts abzugehen. Wir werden weiter gehen auf diesem Wege, wir werden Ihnen im nächsten Jahre einen neuen Antrag in dieser Richtung vorlegen, und wir werden nicht ruhen, bis das Wahlrecht zustande kommt, das wirklich unseren Forderungen entspricht. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. v. Jagzewski (Pole)

erklärt, daß seine Freunde als Anhänger der geheimen und direkten Wahl die Vorlage ab lehnen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wir haben wiederholt dargelegt, daß das gegenwärtig bestehende preussische Dreiklassenwahlrecht zu unrecht besteht, weil es verfassungswidrig zustande gekommen ist und daß daher der Kampf um ein demokratisches Wahlrecht, wie wir und andere Parteien ihn führen, nicht eigentlich bedeutet einen Kampf um eine Umgestaltung der gesetzlichen Grundlagen des preussischen Staates, sondern einen Kampf auf Wiederherstellung der durch einen Staatsstreich zerstörten wesentlichen Grundlagen des preussischen Staates. Auf diesen grundsätzlich rechtlichen Standpunkt ist von keiner Seite eingegangen. Durch Ihr Schweigen haben Sie unseren Standpunkt gerechtfertigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Wahlrecht zur russischen Duma ist besser als das preussische Landtagswahlrecht,

auch wie es nach der Kompromißvorlage sein wird. Der russischen Duma, die eine erheblich kleinere Anzahl von Mitgliedern zählt als dieses hohe Haus, gehören 21 Sozialdemokraten, 21 Arbeitervertreter an! Um dies Wahlrecht zustandzubringen, mußte der russische Zarismus zweimal Staatsstreich begehen, und trotzdem ist es noch erheblich besser als das Wahlrecht, das vermög den einmaligen Staatsstreich von 1849 dem preussischen Volke aufzotropt worden ist! Aber auch in Preußen geht es voran, auch für Preußen gilt das Wort:

„Das Alte stirbt,
Es ändert sich die Zeit,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Sogar die Partei, die hier stets als ein Fels gegolten hat, an dem alle Umsturzpläne abprallen, die Konservativen, sind in eine Unsicherheit geraten, die fast einzig in der Weltgeschichte dastet und sich vielleicht nur noch vergleichen läßt mit der Unsicherheit der Vorkämpfer der preussischen Herren Junker in den Zeiten von Jena und Auerstädt. Die Regierung wie die Führer der großen Parteien versichern, daß man den Ernst der Situation wohl verstanden habe. Ja bezweifle das; Sie denken an den Ernst einer parlamentarisch verzwickten Situation und sehen nicht ein, daß es sich um den Ernst einer allgemeinen inneren politischen Krise von der größten Bedeutung handelt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind ja bei dem parlamentarischen Handelsgeschäft, das hier vor sich geht, nicht unmittelbar beteiligt. Wir sind die lebenden Dritten. (Sehr richtig! d. d. Soz.) Wir können auch Herrn Dr. Friedberg gern bestärken, daß die Verhandlungen der „Reinlichen Volkszeitung“ über unser freundschaftliches und geschäftsmäßiges Zusammenarbeiten durchaus aus dem Laufe gegriffen sind. Wir haben den Herren Nationalliberalen niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir mit ihnen nicht zusammenarbeiten können. Es hat sich lediglich um ein paralleles Vorgehen gehandelt, das sich aus der Notwendigkeit für die Parteien ergab, in der gleichen Situation das gleiche zu tun. Wenn wir aber auch nicht an dem Handel beteiligt sind, der jetzt hier so eifrig betrieben wird, daß man wirklich meinen kann, an der Börse und nicht im Abgeordnetenhaus zu sein (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), so sind wir doch wohl berechtigt, im Namen der Millionen, die draußen im Lande hinstehen und stehen, Sie noch einmal zu warnen vor dem letzten gewagtesten Schritt, um den es sich jetzt handelt.

Ich will mit wenigen Worten auf den gegenwärtigen Charakter der Vorlage eingehen. Die Thronrede von 1893 verleiht eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung, des politischen Verständnisses und der Verklärung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls. Nach unserer Meinung müßten die Herren, die jetzt die Mehrheit hier bilden, wenn man die Worte der Thronrede in einem verständigen Sinne aufsaßt, ihres Wahlrechtes verlustig gehen. Das, was nach der Thronrede als Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts gelten soll, trifft viel mehr für die breiten Massen des Volkes zu; insbesondere das politische Verantwortlichkeitsgefühl streiten wir den Herren der Rechten mit allem Nachdruck ab. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie handeln nicht wie Männer, die sich ihrer politischen Verantwortung bewußt sind! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie, die Sie im Begriff stehen, das Volk durch Ihre Goltstarrigkeit, durch die Rücksichtslosigkeit, mit der Sie an Ihren Privilegien festhalten, in die schwerste innere Krise zu treiben! Die Triarier Sr. Majestät, die nach dem „Simplicissimus“ ihre Liebe in die klassische Formel gebracht haben:

„Wir bitten Dich, Du großer Gott,
Um ein gekrochenes Fürstentum!“

dienen gewiß nicht dem Heil des preussischen Volkes.

Das Fazit der zweiten Lesung

Ist nicht wesentlich verschieden von dem Ergebnis der Kommissionsberatung. Das Dreiklassenwahlrecht bleibt, der Geldsack regiert nach wie vor. Die Wahlkreiseinteilung ist die alte geblieben, die rücksichtslos Gutsbezirke regieren nach wie vor die Städte. Und wenn das indirekte Wahlrecht auch aufrecht erhalten geblieben ist, so bedeutet das die Herrschaft des Terrorismus auf den weitesten Gebieten preussischen Landes. Sie sehen in alledem einen — „Fortschritt“, entsprechend der Fortentwicklung des politischen Verantwortlichkeitsgefühls.“

Die vom Zentrum ganz aus freien Stücken in die Vorlage hineingebrachte Privilegierung der Akademiker trifft gerade nicht Kreise, die man als politisch besonders tüchtig und reif bezeichnen könnte. Eine Examinatsnote garantiert nicht politische Bildung und Erfahrung, und gerade die Akademiker sind häufig geneigt, in ihrer politischen Haltung hin und her zu irreflizieren, weil sie etwas abseits von den großen politischen Kämpfen stehen. Es soll so eine Art Leibgarde der Hohenzollern — Sie wissen ja, daß die Professoren so bezeichnet worden sind — privilegiert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Stellung der Wissenschaft in Preußen wird am besten in dem Werke Arthur Ranyis in der neuen königlichen Bibliothek in Berlin gezeichnet: Die angelegentlichsten Gelehrten der Zeit Friedrichs des Großen stehen lahmbeinig vor dem König; vielleicht hat der Künstler dabei auf höheren Wink gehandelt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Dreiklassenwahlrecht ist hier — den Beginn damit hat der Ministerpräsident gemacht — gewissermaßen unter göttlichen Schutz gestellt worden. Alle die Abhängigkeiten, die das Dreiklassenwahlrecht enthält, werden als göttlichste Abhängigkeiten unter die Autorität des göttlichen Willens gestellt. Ist es nicht eine schandvolle Blasphemie, gerade bei dieser Entredung den Christengott anrufen zu wollen? (Wahr! bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts und im Zentrum.) Das muß besonders dem Zentrum gesagt werden. (Lachen im Zentrum.) Dagegen ist der Anspruch unserer Fürsten, von Gottes Gnade zu sein, außerordentlich bedenklich; denn sie behaupten nicht, daß der Wille Gottes sie eingesetzt habe, sondern nur die Gnade! Hier aber wird behauptet, daß der Wille Gottes all die schändlichen Ungerechtigkeiten ausgeübt hat!

Ist denn in den ganzen Verhandlungen auch nur einmal ein großer Zug gewesen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Millionen von Menschen stehen — bildlich gesprochen — vor der Pforte dieses Hauses und warten und harren des Rechts, das ihnen hier gewährt werden soll. Und hier wird gehandelt und geschäftet um ein Fraktionsinteresse, (Lärm rechts und im Zentrum) um einen Quark! Es ist

eine wahre Trödelbude

geworden, wie der Wälschensack; es ist eine wahre Schacherbude geworden, dieses Abgeordnetenhaus! (Minutenlanger Lärm rechts und im Zentrum. Auf der Rechten wird im Takte gerufen: Raus! raus!)

Vizepräsident Dr. Forst (sehr aufgeregt):

Sie diese unerhörte Beleidigung des Abgeordnetenhauses rufe ich Sie zur Ordnung! (Stürmische Bravo! rechts und im Zentrum. Die Rechte ruft weiter: „Raus! raus! Unerschämtheit!“ Erwiderungsruufe bei den Sozialdemokraten: „Zur Ordnung!“)

Hr. Dr. Liebknecht:

Ich habe wiederholt gehört, daß mir das Wort „Unerschämtheit“ zugerufen wurde. (Die Rechte ruft weiter im Takte: „Raus! raus!“)

Vizepräsident Dr. Forst:

Hätte ich das gehört, würde ich es sicherlich gerügt haben. (Erneute Zurufe rechts: Raus mit dem Kerl!) Ich bitte dringend um Ruhe, ich kann es ja vollständig verstehen, daß die Herren hier sehr erregt sind, aber ich muß doch bitten, dem Redner Gehör zu verschaffen. (Zurufe rechts: Wir wollen ihn gar nicht hören!)

Hr. Dr. Liebknecht (fortfahrend):

Wenn die Sozialdemokratie jetzt einen so gewaltigen Anhang erregt und bewohnt Volksmassen hinter sich hat, so ist das nicht das Verdienst ihrer Agitation, sondern das Verdienst der geistigen Hebung dieser Massen, ein Beweis ihrer politischen Reife. Aus eigenem Impulse sind die Massen in Bewegung, wie Sie zu Ihrem Scharren allenthalben beobachtet. (Lachen rechts.) Ihr Lachen beweist nichts, wohl aber für Handeln. Steht diese Volksvertretung jetzt nicht unter Polizeihand? Ist nicht in allen diesen Tagen in dem Museum dem Hause gegenüber ein ungeheures Säunymannsaufgebot konstatiert? Eine Volksvertretung, die es für nötig hält, sich unter Polizeihand zu begeben gegen die Liebe des Volkes, ist eine etwas sonderbare Erscheinung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dann das andere Bild: Volksvertreter, denen direkt der Rat gegeben wird, sich durch eine Hintertür heimlich in dieses Haus

hineinzusetzen, damit das Volk sie nicht sieht! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Massen sind jetzt Tag um Tag in ganz Preußen auf den Beinen und immer sind die Demonstrationen friedlich, wenn die Polizei nicht eingreift. Die angeblichen „Madaubröder“, die vor acht Tagen dem Berliner Polizeipräsidenten eine so unsägliche Blamage bereiteten und ihn verlegt haben (Heiterkeit), verstimmt, als ihnen ein Seitenzug begegnete, und als ein Zug in die Nähe des Frankenhäufes Verbanen kam, wurde auch nicht ein einziger Ruf mehr laut. Das hat die Bewunderung aller Unparteiischen gefunden. Mit Gewalt läßt sich auf die Dauer ein solches Volk nicht gegen seinen Willen regieren. Oder glauben Sie, daß es die Radikalisierung Deutschlands sichert, wenn das Ausland liest, daß in Preußen eine Regierung und Parteien am Ruder sind, die von der ungeheuren Masse des Volkes in äußerster Mißachtung gehalten werden? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denken Sie nicht rechtzeitig ein, dann gefährden Sie nicht nur den inneren, sondern auch den äußeren Frieden Deutschlands.

Die Petition aus Solingen ist durchaus berechtigt, die für die Wähler dritter Klasse Befreiung vom Militärdienst verlangt. Wenn man die wichtigsten politischen Rechte vorantreibt, dem sollte man auch die wichtigste politische Pflicht — die Militärpflicht — von den Schultern nehmen.

Die denkwürdige Sitzung vom vergangenen Freitag hat blühartig die Stellung der konservativen Partei zur Wahlrechtsreform enthüllt. Wenn selbst ein so tüchtiger und nüchternere Politiker wie Herr v. Heppbrand die Fassung verliert, wenn die Konservativen durch Abkommandierung an ihrem eigenen Antrag Selbstmord verüben, dann zeigt dies, daß sich die Herren absolet nicht sicher und nicht wohl fühlen in ihrer Haut. Auch

das Zentrum

läßt sich außerordentlich unsicher. Mit etwas Kulturampfanterie versucht es, die Massen seiner Wähler über die politische Situation zu täuschen. (Sehr richtig! d. d. Soz.) Die Zentrumswähler aber werden einsehen, daß jede Wahlrechtsreform, die mit den Konservativen gemacht wird, das Gegenteil einer Wahlrechtsreform sein muß. (Lachen im Zentrum.) Glauben Sie wirklich, daß sich Ihre Wähler durch dieses Windel oder besser durch das saure Ei, das Sie ihnen ins Reiz legen wollen, täuschen lassen werden? (Heiterkeit.) Die Sehnsucht der Konservativen und die Sehnsucht der Herren vom Zentrum nach der Mitarbeit ihrer Feinde, der Nationalliberalen, (Heiterkeit) ist nichts anderes als die Sehnsucht nach weiteren Komplizen und Mitschuldben an dieser Schandtat. (Lärm rechts und im Zentrum. Ruf: Zur Ordnung!)

Vizepräsident Dr. Krause:

Wegen dieser Beleidigung großer Parteien rufe ich Sie zur Ordnung. (Abg. v. Pappenhelm [kon.] und Zentrumsadegordnete rufen: Das zweite Mal.) Ich mache Sie auch auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

Hr. Dr. Liebknecht (fortfahrend):

Die Intensität, mit der auch heute wieder das Liebeswerben um die Nationalliberalen fortgesetzt wird, erinnert lebhaft an das jetzt überall so viel gesungene Lied:

„Man steigt nach, man steigt nach,
Und das hilft, und das hilft dann und wann.“ (Heiterkeit.)

Bisher hat es noch nicht geholfen, vielleicht wird es aber noch helfen. Wir legen unsere Hand für die Herren Nationalliberalen nicht ins Feuer. Aber immerhin scheint den Nationalliberalen ja der Müden etwas gestreift worden zu sein, so daß man ernstlich damit rechnen kann, daß die Nationalliberalen ihre erstreulicherweise innegehaltene Stellungnahme auch weiter durchhalten werden.

Was nun die Herren von der Regierung anlangt, so wundern man sich eigentlich, daß man hier überhaupt noch von einer Regierung redet. Auch heute ist die Erklärung des Herrn v. Bethmann Holweg lang- und stanglos vorbeigegangen, gerade so als ob irgend ein unbedeutender und unwillkürlicher Vertreter der Bureaukratie hier eine ganz nebensächliche Erklärung über einen ganz unwesentlichen Punkt abgegeben hätte. Man merkt gar nicht mehr, daß wir so etwas wie einen Ministerpräsidenten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Ministerpräsident eine Erklärung schon abgibt, so lautet sie zunächst dahin, die Regierung vinkuliert sich nicht. Nein, wirklich, sie ist schon vinkuliert, sie ist schon gefesselt. Sie ist nicht nur gefesselt, sondern gefangen, nicht nur gefangen, sondern eingesperrt, eingesperrt von den Junkern und dem Zentrum. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Ministerpräsident hat also etwas ganz Ueberflüssiges gesagt. Die Wahlreform wird ja im Augenblick, so weit sie als parlamentarischer Kunststücken zustande gebracht wird, von Ihnen hier gemacht, und die Herren da draußen (zum Regierungssitz) sind bereits vollständig angegallert. Wäh! wundern nur, daß sie noch da sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie können ja gehen, man braucht sie auf keiner Seite.

Überall herrscht also Unsicherheit: bei den Konservativen, beim Zentrum und auch bei den Freikonservativen. Denn wirklich waren Sie (zu den Freikonservativen) mal für das Kompromiß, heute sind Sie mal wieder gegen das Kompromiß, gerade

wie es trifft,

ein reines Blüffenspiel. Bei dieser allseitigen Unsicherheit müßte das Zentrum, wenn ihm ernstlich an der Durchführung seiner programmatischen Wahlrechtsreform läge, die Gelegenheit ausnützen. Nur ein Zehntel der Energie, die Sie in kirchenpolitischer Beziehung aufwenden, und Sie würden, da in Preußen jetzt alles im Wanken geraten ist, Ihre Forderungen mit der Linken zusammen zweifellos durchsetzen können. Statt dessen peitschen Sie die Vorlage durch. Diese Durchpeitschung ist in Wahrheit nichts anderes als

eine Flucht vor dem Volke!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen im Zentrum.) Sie meinen, wenn Sie diese Worte eingesandt haben, so würde es innerhalb dieses hohen Hauses ruhig werden? (Lärm im Zentrum.) Nun das ist eine kleine Täuschung, wie es auch eine Täuschung ist, wenn Sie meinen, bei der Reichsfinanzreform gut abgehandelt zu haben. Die Wunden, die Sie dabei erlitten haben, werden nicht wieder zuheilen. (Lärm und Lachen im Zentrum.) In der Zentrumsarbeitererschaft gärt und brockelt es. Von den Zentrumsarbeiter-abgeordneten wird man scharflich Redenshaft fordern und man wird es nicht verstehen, daß die Zentrumsarbeiter hier nicht mit der Faust auf den Tisch geschlagen und das Tischstuch zwischen sich und dem Zentrum zerhackt haben.

Die Arbeit, die Sie hier verrichten, wird Ihnen

keinen Vorbeizug

eintragen. Die Ernte, von der Sie meinen, daß Sie sie bereits unter Dach und Fach gebracht hätten, kann Ihnen noch ganz gründlich verregnen. Die Weltgeschichte ist das Belagererlager, und die Posaune des Volkgerichtes wird Ihnen bald in die Ohren tönen. (Lärm rechts.) Der Tag der Noche und Vergeltung wird kommen, ein Gottesgericht wird Sie treffen an Haupt und Gliedern. Es ist von jeher das Unglück der herrschenden Klassen gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören können und nicht zur rechten Zeit auf ihre Privilegien verzichten wollen. Einen parlamentarischen Sieg können Sie hier erheiden, aber es gibt Siege, die verhängnisvoller sind als Niederlagen, und dieser Sieg wird Ihnen teuer zu stehen kommen. Mit und rufen die Millionen des Volkes draußen: Trotz alledem! der Kampf geht weiter! (Wahr! bei den Sozialdemokraten. Lärm und Lachen rechts.)

Hr. Dr. Bell-Essen (Z.):

Es ist unter meiner Würde, auf diese Rede zu antworten. (Wahr! im Zentrum und rechts.) Aber die Rede regt doch die Frage an, ob wir bürgerlichen Parteien und einen solchen Ton auf die Dauer gelassen lassen sollen. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Ein solcher Ton mag in der sozialdemokratischen Presse üblich sein, aber Welt ist dank nicht in

diesem Hause. (Erneuter Beifall im Zentrum.) Als ich die Rede des Abg. Liebknecht hörte, glaube ich, der sozialdemokratische Antrag, der allen zwanzigjährigen Weibern das positive Wahlrecht geben will, wäre schon zur Durchführung gekommen. (Zählende Heiterkeit im Zentrum und rechts.) An der Treue und Ausdauer unserer Wähler (Stürmische Lachen links) werden alle Versuche anderer Parteien, sie abers Ohr zu hauen, scheitern. (Erneutes Lachen links, Zuruf: Das belegen Sie schon selbst, Heiterkeit.) Und leisten nur ethische Momente. (Lachen links.) Wir bestehen bei jedem Wahlrecht. Das ganze Geheimnis der Zentrumspolitik besteht darin, daß wir keine Vogel-Strauß-Politik treiben. Wir rechnen mit den gegebenen Verhältnissen. In der Kommission hat selbst die Sozialdemokratie die geheime Wahl für wichtiger erklärt als die direkte Wahl. Wir sind stolz darauf, an der Erfüllung eines Königswortes mitgewirkt zu haben. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Generaldebatte.

Persönlich bemerkt

Hr. Ströbel (Soz.):

Der Abg. Bell hat davon gesprochen, daß die Sozialdemokratie sich in der Kommission selber auf den Standpunkt gestellt habe, das direkte Wahlrecht sei von geringerer Bedeutung. Das Kommissionsmitglied, das derartig geäußert haben soll, war ich. In Wirklichkeit bezog sich meine Äußerung aber nur auf die Bewährung der direkten Wahl unter Beibehaltung der öffentlichen Abstammung. Daß die Wiederherstellung der indirekten Wahl nach Einführung der geheimen Wahl für bereite Wählerkreise eine Eskamotierung der geheimen Wahl bedeutete, habe gerade ich wiederholt hervorgehoben! Auch habe ich mich schon in der Kommission selbst gegen die thöralte Deutung meiner Worte energisch verwahrt. Dieser Tatbestand ist so oft dargelegt worden, daß Herr Bell ihn verstanden haben könnte. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Doch Herr Bell diese Sache trotz zweimaliger Widerlegung heute noch einmal vorbringt, beweist, mit welchem Recht er die Ehrl für sich in Anspruch nehmen kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es folgt

die Spezialberatung.

Zu fast allen Paragraphen liegen redaktionelle A b ä n d e r u n g s - anträge des Dr. Bell vor, die sämtlich angenommen werden.

§ 4 (geheime indirekte Wahl)

erklärt

Hr. Schr. v. Nishofen, daß seine Partei davon abstehe, ihren Antrag auf Einführung der öffentlichen Wahl zu wiederholen. (Lachen links.)

Hr. Freiherr v. Joch (Z.): Wir stimmen nur bedingungsweise für den § 4. Unsere endgültige Stellungnahme hängt von der Gestaltung des § 5 ab.

Ein Schlußantrag

wird angenommen!

Hr. Ströbel ruft: Unerhört!

§ 4 wird angenommen.

Bei

§ 6. Anrechnung der Steuer bei der Abteilungsabteilung

beantragen die Freikonservativen die Einteilung der Wähler in die Abteilungen einheitlich für die ganze Gemeinde.

Hr. Frhr. v. Joch (Z.) begründet den Antrag: Die Drittelung in den Urwahlbezirken erweist sich, wenn ganz reiche Leute in der ersten Klasse sind, die zweite und dritte Klasse, oder sie verfährt den ärmeren Bezirken, den Besitzlosen, auch die Herrschaft in der ersten Klasse. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir würden dann alle Siege verlieren.) Die Lust, Sie bei uns zu behalten, haben Sie uns allerdings sehr verleidet. Wird die Drittelung in den Urwahlbezirken beibehalten, so würden wir gegen das Gesetz stimmen.

Ein weiterer freikonservativer Antrag erhöht in den Städten die Maximierungsgrenze von 5000 auf 10000 W., und will in seinem zweiten Teil die Maximierungssumme alle 10 Jahre um den Prozentatz erhöhen, um den der Gesamtbetrag der Staatseinkommensteuer der preussischen Monarchie gestiegen ist.

Minister des Innern v. Nolde: Wegen die Drittelung in die Abteilungen eintrittlich für die ganze Gemeinde besteht keine Bedenken. Auch die Frage der Höchstbegrenzung der Maximierung ist für die Regierung nicht von grundsätzlicher Bedeutung und sie stimmt deshalb dem freikonservativen Antrag zu. (Hört! hört!)

Hr. Frhr. v. Nishofen (Z.): Es wäre wünschenswert gewesen, wenn es bei dem

Besprechungen jetzt während der Verhandlungen

zu einer Einigung unter den bürgerlichen Parteien gekommen wäre. Dieses Ziel zu erreichen hätten sich ruhig mehr Abgeordnete bemühen können. Nebenfalls war das wichtiger als den Worten des Abg. Liebknecht zu lauschen. (Sehr richtig! rechts.) Wir stehen auf dem Boden der Drittelung in den Urwahlbezirken und folgen in jeder Beziehung den Worten, die in den Notizen der Regierungsvorlage enthalten sind. (Hört! hört! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Sozialdemokraten machen mich in freundlicher Weise auf ihre Anwesenheit aufmerksam. Es ist wohl richtig, daß die fünf Sozialdemokraten in diesem Hause lediglich der Drittelung in den Urwahlbezirken ihre Anwesenheit verdanken. Wenn der freikonservative Antrag angenommen würde, so würden die fünf Sozialdemokraten aus dem Hause verdrängt werden, und das wäre sehr bedauerlich. (Heiterkeit rechts.) Aber ich bitte, diese Frage nicht unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Ich bin der Meinung, daß es noch nicht das Bedenklichste für unsere Entwicklung in Preußen ist, wenn die Herren solche Reden hier halten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Rede des Abg. Liebknecht in weiten Kreisen unseres Vaterlandes bekannt wird, dann gibt es doch noch sehr viel ernste Naturen, die sich sagen: Wobin soll das führen, wenn das von der Triäne des preussischen Parlaments gelagt werden kann, wenn derartig geradezu verlegende Ausführungen gemacht werden können! (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Dann gehen Sie die Rede doch als Flugblatt heraus! Einiges davon werden wir sicher gebrauchen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Thal aus dem Zusammenhang gerissen!“)

Was den Antrag anlangt, die Maximierungsgrenze in den Städten auf 10000 W. zu erhöhen, so geben wir zu, daß in den Städten der Durchschnittseinkommenssatz höher ist als auf dem Lande und daß deshalb auch die Maximierungsgrenze höher sein muß. Wir werden deshalb für diesen Antrag stimmen, lehnen aber die schematische Erhöhung um 1000 W. ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Daran, daß wir die Maximierung selbst ablehnen, sehen die Herren Sozialdemokraten, daß wir keineswegs die Vertreter des Geldsacks sind. (Beifall rechts.)

Hr. Herold (Z.): Wir wollen es bei der Drittelung in den Urwahlbezirken belassen und geben auch in den Städten der Maximierungssumme von 5000 W. den Vorschlag. Bei der Drittelung will sehr die Regierung dem freikonservativen Antrage zustimmen. Es ist kaum vorstellbar, daß die Regierung in solchem Umfang ihre eigene Vorlage preisgibt. (Sehr richtig! im Zentrum; Lachen links.)

Hr. Mat v. Falkenhayn: Das Ergebnis der bisherigen Beratungen weicht in so viel Punkten von der Regierungsvorlage ab, daß ich nur davor warnen kann, aus den Notizen der Regierungsvorlage weitere Gesichtspunkte herzuleiten. (Stürmische Heiterkeit und lebhafter Zustimmung links.)

Hr. Schiffer (natl.): Aus hat die Regierung auch die Begründung preisgegeben. (Sehr richtig! links.) Warum ist das nicht gleich von Anfang an geschehen? Das hätte die Sache doch sehr vereinfacht! (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wer nicht will, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet und Oberdistrien lediglich durch mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählte Arbeitervertreter des Zentrums vertreten werden, der muß den freikonservativen Antrag annehmen. Dem Zentrum kann man es ja nicht verdenken, daß es

sch seine Vertretung im Westen sichern will. Aber daß die Konserwativen Schrittmacher dieser Maßregel sind, das verfolge ich nicht.

Schlussantrag

wird angenommen.
Persönlich bemerkt

Abg. Leinert (Soz.):

Es ist mir zum zweitenmal als dem Vertreter der größten Partei das Wort abgesprochen worden. (Schallendes Gelächter rechts.) Das ist um so ungeheurer, als es sich bei dieser Frage darum handelt, die Sozialdemokratie auf diesem Hause hinauszubringen. In einem anständigen Parlament könnte so etwas nicht vorkommen, und Sie sollten sich schämen, so etwas zu tun. (Lebhafte Zustimmung links. Lachen rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Krause:

Wegen dieser Reuefrage rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Bei der

Abstimmung

wird der Antrag auf Einführung der Dreiteilung in den Gemeinden gegen die Stimmen der Freikonservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Der freikonservative Antrag auf Erhöhung der Maximierungsgrenze in den Städten über 50 000 Einwohner auf 10 000 M. wird angenommen, dagegen wird der zweite Teil des Antrages, diese Summe jeweils zu erhöhen, abgelehnt.

§ 8

verleiht den Inhabern des Reiszeugnisses das Wahlrecht der zweiten Klasse.

Abg. Freiherr v. Seibitz (N.): Da unsere Anträge doch keine Aussicht auf Annahme hätten, verzichten wir darauf, sie hier einzubringen, und werden den Paragrafen trotz seiner Unvollkommenheiten annehmen. (Beifall.)

Abg. Leinert (Soz.):

(Die Rechte lärm ostentativ, so daß die Worte des Redners verhallen. Erst durch ein energisches Eingreifen des Vizepräsidenten Dr. Korfch tritt Ruhe ein. Die Rechte und das Zentrum verlassen den Saal.)

Es ist auf die verschiedenste Art und Weise versucht worden, den plutokratischen Charakter der Dreiklassenwahl zu mildern durch eine Privilegierung der Bildung. Die Regierung hat das so angefangen, daß sie denjenigen ein erhöhtes Wahlrecht geben wollte, der 10 oder 12 Jahre lang Rekruten gedient hat. Was das ist, da nicht einen Schritt weiter gegangen und bei jedem Soldatenschilder in die erste Klasse veretzt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es fehlt nur noch, daß man die Untermäßigkeiten gegen die Junker bestrafe, und daß das Volk gewarnt wird, die konservative Macht im Osten und die Zentrumsmacht im Westen zu brechen.

Die gegenwärtige Wahlrechtsvorlage ist weiter nichts als

eine Gefindeordnung für das preußische Volk.

Die Gebildeten sind die Großrenten, die etwas vor dem übrigen Gefinde bevorzugt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und dann der Besitz! Wodurch gelangt man denn zu Vermögen? Man kann Besitz erwerben, erkaufen, und man kann andere für sich arbeiten lassen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Privilegien für die Bildung hätten noch einen Schimmer von Recht, wenn die Bildungshätten in gleicher Weise allen Volksschichten zur Verfügung ständen. Wir aber haben keine Bildungshätten für das gesamte Volk, sondern nur für die Söhne der Reichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer also in der Auswahl seiner Eltern sehr vorsichtig war und deshalb in den Besitz des Reiszeugnisses gelangt ist, der soll ein Vorrecht erhalten! Man denkt die höheren Lehreinrichtungen mit dieser Bestimmung geradezu herab zu einer Berufshütte für Wähler zweiter Klasse. Die Inhaber von Reiszeugnissen sind Müllerbürger, auch wenn sie keine Steuern zahlen. In der dritten Klasse läßt man das gewöhnliche Volk wahlen, den Pöbel, die Bagage, den Saum der Menschheit. Alles andere ist der Regierung und diesem Hause soviel wert, daß es in die zweite Klasse kommt. Solche Vorlagen müssen das Rechtsgefühl des Volkes auf das empfindlichste verletzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Angenehm soll dieses Privilegium die Wissenschaft prämiieren. Das nimmt sich sonderbar gerade im Munde der Leute aus, die bisher immer eine wissenschaftsfeindliche Stimmung bekundet, die den Geheimrat Wolf Wagner niedergeschrien haben. Es handelt sich bei diesem Privilegium nicht um Achtung vor der Wissenschaft, sondern man bringt diese Leute in die zweite Klasse, weil sie dort staatsbeherrschend wirken und verhängern sollen, daß die zweite Klasse nicht mit der dritten Klasse zusammengeht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vor allen der Abg. v. Richtigsten, der selbst einmal von der Unbildung des Volks gesprochen hat, tut sich und gegenüber immer sehr viel auf seine Bildung zu. Er hat dazu nicht den geringsten Anlaß, welche Bildung in seinen Kreisen herrscht, das beweist alljährlich der Rind der Landwirtschaft (Abg. v. Richtigsten ruft: Diese Daber!). Nein, ich meine jetzt nicht den Ausdruck, daß die Minister und sonst was können. Ich meine vielmehr das vieltausendstimmige Wai, das im Jurtus Wais erkobnt, als ein Redner den Satz sprach: Man kann mir nicht zumuten, daß ich Grotowacher treibe (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies Wai galt nicht der Regierung, sondern es ging höher hinauf! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die „Bildung“ der Junker, die uns Bildung lehren wollen und sich darüber entrichten, daß wir den Volksworn bei dieser Vorlage zum Ausdruck bringen.

Die Frage, ob das preussische Volk reif für das gleiche Wahlrecht ist, können Sie auf der Rechten nicht entscheiden. Sie haben kein Verständnis für die Lage des Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Was von Ihrer Bildung zu halten ist, beweisen auch die Donner Vorurteile, die sich wie das liebe Vieh benommen haben und die nach diesem Paragrafen auch in die zweite Wählerklasse aufzuden würden! Diese Leute werden dann später Staatsanwälte und Richter, vielleicht auch einmal Mitglieder dieses Hauses oder erbliche Mitglieder des anderen Hauses und können sich dann über die „Verrohung“ und „Unbildung“ des Volkes beklagen!

Der Abg. v. Bohma hat einmal gesagt, er kenne unter den Rednern viele „nützliche Elemente“. Wir wissen, was darunter zu verstehen ist. Warum tröten Sie Ihr großes Werk, mit dem Sie es angeblich so ernst meinen, für das Sie sich geradezu aufopfern, nicht damit, daß Sie auch die Streikbrecher in der ersten Klasse wählen lassen? Das wäre dann erst die echte preussische Eigenart: Junker, Reichtum, Bildung, Soldatenschilder und Streikbrecher wählen in der ersten Klasse und nehmen die Desaffiierten in der dritten Klasse in Fürsorgeziehung! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) In diesem Privileg kommt die Verachtung gegenüber den Arbeitern zum Ausdruck. Dieses Moment leitet Sie. Es ist Ihnen unangenehm, daß einige Gebildete in der dritten Klasse mit den Arbeitern wählen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Früher dachte das Zentrum anders. Die „Kölnische Volkszeitung“ war es, die einst für das gleiche Wahlrecht eintrat und auf Weßel hinwies als ein Beispiel dafür, daß die Examenbildung den Menschen nicht ausmacht. Sie wies auf die vielen Männer in der christlichen Arbeiterbewegung hin, die alle über ihr Studierzimmer die Worte schreiben könnten: Aus eigener Kraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Heute stellt das Zentrum selbst einen Antrag: daß nur diejenigen in die höhere Klasse kommen sollen, die eine höhere Schulbildung genossen haben! Der berühmte Historiker Theodor Mommsen hat einmal geschrieben:

„Es ist leider wahr, zurzeit ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, die Anspruch auf politische Achtung hat. Sie ist um ihre Talente zu beneiden. Jeder Mensch in Deutschland weiß, daß man mit einem Kopf wie Weßel ein Dugend ostfriesischer Junker austatten könnte und daß sie dann immer noch über ihre Gleichen hervorzog.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So spricht ein Mann, der vor den Dingen etwas versteht. Wäre das Zentrum bei der Wahlrechtsfrage entschieden aufgetreten, es hätte der Regierung seinen Willen aufzulegen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin gespannt, welchen Lohn das Zentrum für die Nachgiebigkeit bei der Wahlrechtsfrage erhalten wird. Das Zentrum tut nichts ungelassenlich, und es wird auch für diesen Verrat der Arbeiterklasse und der Volksworte, der leider in diesem Parlament bestätigt werden wird, seinen Lohn verlangen. (Lärm im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Korfch: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Leinert:

Die Arbeiter werden ihr Recht fordern und erhalten, sie werden sich ihr Recht erkämpfen trotz Junker und Pfaffen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Was vom § 8 übrig geblieben ist, ist lediglich eine Prämierung der Examenweisheit, ein geradezu ungeheuerliches Singularrecht. (Sehr richtig! links.) Es geht aus von einem Examen, das noch dazu in verhältnismäßig jungen Jahren abgelegt wird. Es verläßt vollkommen den Standpunkt, daß die Bewährung im öffentlichen Leben für das Wahlrecht von Bedeutung sein sollte. Unter diesen Umständen ist keiner meiner politischen Freunde mehr in der Lage, für den § 8 zu stimmen. (Beifall links.)

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. v. Richtigsten (N.): Der Abg. Leinert hat behauptet, ich hätte gesagt, die Arbeiter seien ungebildet. So etwas habe ich nie gesagt. Ich habe nur davon gesprochen, daß manche sozialdemokratischen Führer einen gewissen Grad von Bildung vermissen lassen. (Sehr gut! rechts.) Ich kenne viele Arbeiter, die ich bezüglich ihrer Bildung und Herzensbildung sehr hoch einschätze. (Beifall rechts.) Diese Herzensbildung aber vermissen ich völlig bei Menschen, die den Vertreter der Staatsregierung in der Weise begrüßen, wie wir es erlebt haben, bei Menschen, die die patriotischen und religiösen Gefühle der großen Mehrheit dieses Hauses verletzen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

§ 8 wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen

namentliche Abstimmung

über den Gesetzentwurf im ganzen. Die übrigen Parteien stimmen diesem Antrage teils sofort, teils zögernd zu.

Das Resultat der namentlichen Gesamtstimmung ist folgendes: Von 408 abgegebenen Stimmen lauten 236 auf ja, 168 auf nein.

Für die Vorlage stimmten: das Zentrum geschlossen und die Konservativen mit Ausnahme der Abgg. v. Brandenstein, v. Davier, Krüger-Marienburg, v. Jagow und v. Benzel.

Dagegen stimmten: die Freikonservativen mit Ausnahme der Abgg. v. d. Ruesched-Golborn und Dr. Schrod, geschlossen die Nationalliberalen, die Fortschrittliche Volkspartei, die Polen und die Sozialdemokraten.

Im Anschluß hieran werden

Resolutionen

behandelt.

Zunächst eine Resolution der Nationalliberalen, die eine Vermehrung der Abgeordneten nach Maßgabe der veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungverhältnisse wünscht, und eine Resolution der Volkspartei, die eine Änderung der Wahlkreise auf Grund der Volkszählung von 1905 verlangt.

Außerdem liegt eine Resolution der Sozialdemokraten vor, die eine Herabsetzung des zur Wahlberechtigung nötigen Alters auf 20 Jahre und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter fordert.

Abg. Dr. Schiffer (natl.) befürwortet die nationalliberale Resolution und Abg. Hoff-Riel (Fortschr. Sp.) die der Volkspartei.

Die Debatte wird mit einem

Schlussantrag

geschlossen!

Sämtliche Resolutionen werden abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Das Haus geht in die

Osterferien.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 7. April, 11 Uhr. (Ort der Samverpaltung.)

Gerichts-Zeitung.

Der Gemeindevorsteher Schmidt von Rosenhal-Wilhelmsruh.

Der Beleidigungsprozeß Schmidt-Korb, der am Dienstag vor dem Amtsgericht Pankow begonnen hat, wurde am Mittwoch fortgesetzt.

Zunächst behandelte die Parole ihre auf die Klage bzw. Wiederklage abzugebenden Erklärungen, mit denen sie am ersten Verhandlungstage in ziemlich fünfzündiger Sitzung nicht fertig geworden waren. Herr Korb kam schließlich noch mit einigen Ergänzungen zu seiner Widerklage gegen Schmidt. Beleidigt fühlte er sich unter anderem auch dadurch, daß Herr Schmidt einem von Korb eingereichten Schriftsatz über eine Grundbesitzsteuerfode, der amtlich an ihn gelangt war, die Mandbemerkungen „Quatsch!“ und „Serrück!“ angehängt habe. Da das Verweidmaterial hierfür erst beschafft werden sollte, so drohte der Vorsitzende mit Vertagung. Herr Korb verzichtete dann einstweilen, stellte aber in Aussicht, daß er noch mit einer selbständigen Klage vorgehen werde.

Aus der Beweiserhebung war am ersten Tage ein Teil vortorgekommen worden, die Befundungen eines Kaufschreibens darüber, ob Schmidt sich eine pflichtwidrig-nachlässige Anwendung hauptpolizeilicher Vorschriften habe zuschulden kommen lassen, wie Korb behauptet hatte. Am zweiten Tage ging die Beweiserhebung zunächst auf die Widerklage ein, die Korb erhoben hatte, weil Schmidt in Privatgesprächen und in öffentlicher Gemeinbesprechung sowie in Artikeln der inwischen eingegangenen Zeitung „Korden“ und in anonymen Briefen an den Magistrat von Berlin ihn beleidigt habe. Eine Veröffentlichung des Vorurteils „Korden“, die Schmidt mit seinem Namen unterzeichnet hatte, räumte sich offen gegen Korb. Sie war gedacht als Antwort gegen ein dem Gemeindevorsteher sehr peinliches Geschichtchen, das Ende 1907 durch einen „Vorwärts“-Artikel und dann auch durch einen bezugnehmenden Artikel der „Wilhelmsruher Zeitung“ verbreitet worden war. Ihm war damals vorgeworfen worden, daß er in einer Wilhelmstrüher Kneipe mit einem zu Gast gebetenem Mädchen ein Abenteuer gehabt habe, das zu der Würde eines Gemeindevorstehers nicht passe. Da Schmidt irrtümlich annahm, daß hinter diesen Angriffen sein Gegner Korb stehe, antwortete er diesem im „Korden“. Dabei ließ er durchkommen, daß auch er zu plaudern wisse, und spielte auf „schamlose Sachen“ an, die vor 25 Jahren in Angermünde ereignet hätten. Korb hatte lange in Angermünde beim Militär gestanden und dort auch seine daselbst geborene Frau kennen gelernt, darum sah er in diesem „Korden“-Artikel einen Angriff auf seine Frau, durch den auch er getroffen werden sollte. Vor Gericht erklärte Schmidt, er habe nicht Korb und dessen Frau gemeint, doch meinte er sich, zu sagen, wer denn sonst gemeint sei. Der Journalist Volter, der damals Redakteur des „Korden“ gewesen war, bezeugte als Zeuge, er wisse nicht, auf wen die Anspielung gehe, und er habe Schmidt auch nicht weiter danach gefragt. Unhaltbarer Gerüchte, der aus Angermünde gebürtig ist und Frau Korb von Kindheit an kenne, war in den Verdacht gekommen, bei Schmidt den Ein-

bläser gemacht zu haben. Als Zeuge bezeugt er das und versichert, ihm selber sei über Frau Korb niemals etwas Eigenartiges zu Ohren gekommen. Gemeindevorsteher Korb behauptete, in Wilhelmstrü habe man Schmidts Hinweis auf Angermünde als Angriff gegen Frau Korb empfunden und Gerüchte als mitleidigst angesehen. Herr Schlenow folgte aus (und er hielt das aufrecht trotz des heftigen Widerspruchs Schmidts), Schmidt selber habe ihm Andeutungen über eine Angermünder Affäre gemacht, auch habe er dabei direkt den Namen der Frau Korb genannt.

In einem zweiten „Korden“-Artikel, als dessen Verfasser Volter sich bekannte, war Korb bezeichnet worden als der „Mann mit dem Oppenheimer Attest“. Der Redakteur Dr. Oppenheimer sollte Korb für geisteskrank erklärt haben, so daß man ihn nicht verantwortlich machen könne. Korb hatte einmal in einer Verhandlung vor dem Kreisaußschuß auf seine Neurostilit hingewiesen, die ihn in seinem Vortrag beeinträchtigt, und hatte hinzugefügt, er sei in ärztlicher Behandlung. Schmidt habe, meint Korb, das dahin umgedreht, daß Korb, wenn man ihn für etwas verantwortlich mache, sein Attest aus der Tasche ziehe. Zeuge Volter mußte nicht, woher er seine Informationen hierüber erhalten hatte, aber in ganz Wilhelmstrü sei davon gesprochen worden. Mitgeteilt hatte es Schmidt dem Pastor Werfel, dieser dem Kirchenältesten Pfleger, und der wieder dem Gemeindevorsteher Korb. Die Befundungen dieser drei Zeugen, namentlich des letztgenannten, gingen dahin, daß Herr Schmidt in der Tat Herrn Korb in jenes ihn kränkende Gerüchte gebracht habe.

Aus der weiteren Beweiserhebung soll hier, unter Uebergehung effizier Kleinigkeiten und Meinlichkeiten, der Kausalitätsstreit zwischen Berlin und Wilhelmstrü herangezogen werden. Korb, der bei der Stadt Berlin Magistratsbureauassistent ist, war bei dem Berliner Magistrat durch zwei mit „Arnold Rindler“ unterzeichnete Briefe denunziert worden, daß er seine Kenntnis der Berliner Akten zugunsten seiner Wohngemeinde Rosenhal-Wilhelmsruh ausgenutzt habe. Diesen Rindler kennt niemand; Korb meint Schmidt verberge sich hinter ihm. Die Vernehmung mehrerer Zeugen ergab keinen Anhalt hierfür. Auch eine Zeugin, Frä. Gertrud Thielde, die nach Schmidts Diktat die Briefe geschrieben haben sollte, erklärte, von nichts zu wissen. Herr Schlenow versicherte übrigens, daß die Rechtswirksamkeit des zwischen Berlin und Rosenhal-Wilhelmsruh geschlossenen Vertrages von verschiedenen Personen längst erkannt gewesen sei, als dem neuen Gemeindevorsteher Schmidt die Durchführung des Streites übertragen wurde.

Die Beschuldigung Korbs, daß Schmidts pflichtwidrige Begünstigung in hauptpolizeilicher Hinsicht vorzuwerfen sei, wurde auch durch Vernehmung eines angeblich Begünstigten, des Hausbesizers Mühl, nicht bezeugt. Ebenso wenig ergab die Beweiserhebung dafür, daß Herr Schmidt Herrn Korb durch polizeiliche Schikanen drangsalieren habe. Ein Versuch, durch Zeugenaussagen festzustellen, daß eigentlich keiner der beiden Kampfpalme dem anderen feindlich gesinnt sei, gelang prompt — und weckte bei dem Gerichtshof, der Zeugenschar und der Zuhörerschaft fröhliche Heiterkeit.

Heute wird die Verhandlung fortgesetzt. Es soll dann auch Oberbürgermeister Ritscher über die „Rindler“-Briefe vernommen werden.

eine ausnahme Denunziation.

Der Sekretariats-Assistent Weherhaus, angestellt im Kaiserlichen Statistischen Amt, bekam im vorigen Jahre außer seinem Sommerurlaub wegen Krankheit noch drei Wochen Nachurlaub. Am dem Tage, wo er seinen Dienst wieder antat, ließ beim Präsidium des Statistischen Amtes ein mit „E. Vogt“ unterzeichneter Brief ein, worin gesagt wird, Weherhaus bedürfe keines Nachurlaubs, denn er sei gar nicht krank, er verleihe sich nur und freibe sich nichts herum. Der Inhalt des Briefes wurde Herrn Weherhaus vorgehalten. Er suchte nun nach dem Verfasser und folgte zunächst der durch die Unterschrift gegebenen Spur. Ein Schriftföcher Joseph Vogt, der in der Nachbarschaft von Weherhaus wohnt, wurde von diesem vor den Schiedsmann gefordert. Hier stellte sich aber durch einen Handschriftenvergleich als sicher heraus, daß Vogt nicht der Schreiber des Briefes war. Um dem wirklichen Denunzianten auf die Spur zu kommen, wandte sich Weherhaus an eine Kartenlegerin. Das Orakel der weisen Frau lautete: Suche den Briefschreiber nicht unter Fremden. Er ist einer deiner besten Freunde. Ein schwarzer Herr, von dem die Hebes droht. In der Tat gehörte zu den Freunden des Sekretariats-Assistenten Weherhaus ein schwarzer Herr namens Krowitz, der im Reichs-Marine-Amt Weheimer Kanzleisekretär ist. Doch will Weherhaus auf den Orakelspruch kein Gewicht legen, auch keinen Verdacht auf seinen Freund Krowitz gehabt haben. Er sprach oft mit ihm über die Angelegenheit. Krowitz erging sich bei diesen Gelegenheiten teils in den schmerzlichen Bemerkungen gegen den unbekannt Denunzianten und versicherte, der Briefschreiber werde wohl nie herauszufinden sein. Denn solche Schriftstücke würden von Behörden nicht im Original ausgeliefert. Weherhaus hatte aber bereits den Originalbrief. Auf Grund eines Vergleichs desselben mit der Handschrift des Geheimen Kanzleisekretärs Krowitz kam Weherhaus zu der Ueberzeugung, daß kein anderer als sein Freund Krowitz den Brief geschrieben haben konnte. Er verklagte ihn wegen verleumderischer Beleidigung. Krowitz bestritt, Verfasser des Briefes zu sein. Er wurde in erster Instanz freigesprochen, weil das Gericht das Gutachten der Schriftschreibhändigen nicht für beweiskräftig genug hielt und andere Beweismittel nicht vorlagen.

In der vom Kläger angerufenen Berufungsinstanz (Landgericht III) wurden gestern 18 Zeugen und 3 Schreibadvokaten vernommen. Die Beweisführung des Klägers sollte in der Hauptsache darran, daß Krowitz ein Reich sei, welchem die ihm zur Last gelegte Handlung zuzutrauen sei. Mehrere Kollegen des Angeklagten, die mit ihm zusammen im Reichs-Marineamt beschäftigt sind, führten bestimmte Fälle an, wo sie von Krowitz bei ihren Vorgesetzten ohne Grund verhaftet und bestrafungswürdig worden sind. Verurteilungen, die im Kreise der Beamten beim Frühstück über Vorgesetzte sowie über Kollegen gemacht wurden, sind den Vorgesetzten bald darauf bekannt gewesen. Die Zeugen sind überzeugt, daß nur Krowitz die Denunziationen den Vorgesetzten zugebracht haben kann. Wenn er wegen solcher Dinge zur Webe gestellt wurde, sagte er: „Ich bin es nicht gewesen, so wahr Christus am Kreuze hängt.“ Auch Familienmitgliedern, deren Urheber der Angeklagte gewesen sein soll, wurden zur Sprache gebracht. Nach diesen Zeugenaussagen ist der Angeklagte ein Mann, der die größte Freundschaft zur Schau trägt, hinter dem Rücken aber die Personen, mit denen er freundschaftlich verkehrt, schädelt macht. Der Angeklagte bestritt alle nach dieser Richtung angeführten Einzelfälle und berief sich auf das Zeugnis von einigen seiner Vorgesetzten aus dem Marineamt, die bekundeten, Krowitz habe bei ihnen keine Denunziationen seiner Kollegen angebracht.

Die Sachverständigen, Eduard Grabow und Dr. Altrichter, bezeugten es als ganz zweifellos, daß der Angeklagte den denunziatorischen Brief geschrieben habe. Der dritte Sachverständige, Dr. Meier, hielt den Angeklagten mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit für den Briefschreiber.

Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte den denunziatorischen Brief geschrieben habe. Dafür spreche nicht nur die Handschrift, sondern auch der Inhalt, daß in dem Briefe Verhältnisse behandelt seien, die nur einem engen Personenkreis aus der Umgebung des Klägers bekannt sein konnten. Nach den Zeugenaussagen sei dem Angeklagten die Handlung wohl zuzutrauen, so daß also alles dies für seine Verfälschung spreche. Im Abwägen der niedrigen Gestattung, die der Angeklagte durch seine Handlung befunden habe, dürfe die Strafe keine geringe sein. Wissenliche Verleumdung habe das Gericht nicht für vorliegend erachtet. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 200 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die fertige Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Ost-
 richter Eingang, vier Treppen, **Wochentags**
 abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. **Geöffnet 7 Uhr.** Sonntags
 abends von 8 bis 9 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Nachdruck und eine
 Besondere Bezahlung. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.
 Die aus dem Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gültige Fragen
 werden in der Sprechstunde vor.
H. P. Leipzig. Der Roman ist noch nicht in Buchform erschienen.
 Fragen Sie nach dem Roman nachmittags an. — **W. S. 103.** Rein.
 — Der junge Herr von 546. Die Robaltparabereine sind die älteren.
 — **Langweilig 50.** 1. Nr. 2 und 3. Auf Antrag vermittelt das Nachhah-
 gericht die Auseinandersetzung. 4. Angemessene Entschädigung unter Be-

rücksichtigung des Objektes und des Umfangs der Tätigkeit. 5. Das er-
 geben die Papiere. — **W. 10.** 1. und 2. Die Anfänge können nur
 wegen Raumangel nicht geben. Lesen Sie die Memor- und Kommissions-
 berichte aus dem Frühjahr v. J. nach. 2. Freimächtige, Nationalliberale mit
 einigen Ausnahmen, die Mehrheit der Freikonventionen und der Unifemiten
 sowie einige Konventionen. — **J. P. 84.** Die staatliche Geizprüfung
 findet im Juli d. J. statt. Sie müssen sich sofort mit dem Dampfessel-
 rezeptionsverein in Berlin, Lessingstr. 34, in Verbindung setzen, damit Sie
 eventuell noch an dem bevorstehenden Kursus teilnehmen können. Die
 Kosten für den Kursus betragen 6 M., diejenigen für die Befähigungsbe-
 stätigung bei denjenigen, die an dem Kursus nicht teilgenommen haben, 5 M.
 — **S. 100.** Das Infanterieregiment Nr. 75 hat seinen Standort in
 Hamburg, während in Altona das Infanterieregiment Nr. 31 und die
 II. Abteilung des Feldartillerieregiments Nr. 45 stationiert sind. —

M. P. 33. Wenn der gerichtliche Sachverständige die Unbrauchbarkeit und
 die Reparaturunmöglichkeit der Maschine bestätigt und dies nicht die Folge
 unangemessener Benutzung ist, so können Sie Rückzahlung Zug um Zug
 gegen Rückgabe der Maschine verlangen, müssen sich aber einen angemessenen
 Betrag für die Demontage anrechnen lassen. — **S. 14.** 550 M. jährlich. —
N. 2. 71. Bei 4 Kindern tritt eine Ermäßigung um zwei Stufen, bei
 6 Kindern eine solche um drei Stufen ein. — **S. 40.** 1. Dazu ist die
 Gemeinde berechtigt, so lange die Unterstützung verlangt wird; wird auf
 dieselbe verzichtet, dann 2. nicht. — **R. 2. 500.** Leider ist die Dienst-
 herrschaft zu dem Abzuge berechtigt. — **Unter 31.** Wir können nicht
 zu der Versicherung raten. — **G. 2. 28.** 1. 1. Januar 1909 bis dahin
 1910. 2. Das haben wir nicht stellen können. Einheimisch Schumann.
 3. Etwa 25 Proz.

Sie irren sich

wenn Sie glauben, daß nur frische Fleischbrühe
 angenehm schmecke. Den gleichen Wohlge-
 schmack hat eine Bouillon aus OXO Bouillon-
 Würfel der Comp^{te} Liebig. — Preis 5 Pf.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 17. März.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Wagners.
Königl. Schauspielhaus. Strand-
 fucher.
Neues Königl. Opernhaus.
 Geschlossen.
Deutsches Bühn.
Kammerspiele. Der gute
 König Dagobert. (Anf. 8 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.

Berliner. Taifun.
Lesing. Das Konzert.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Schauspielhaus. Frau im
 Pantalon.
Wochen. Die geschiedene Frau.
Königliche Oper. Das Tal der Hebe.
Neues Opernhaus. Der Graf von
 Luxemburg.
Trianon. Theodor u. Cie.
Klein. Der große Kame.
Neubau. Das Nachhah. — Der
 selige Oskar.
Thalia. Die Dollarprinzessin.
Schiller O. (Wagner-Oper.)
Goldfische.
Schiller. Charlottenburg. Egmont.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
Streber.

Gastspiel. Mit Dudelsack. (Anfang
 8 1/2 Uhr.)
Geibel. Kavaliers. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Volksooper. Alt-Heidelberg. (Anfang
 8 1/2 Uhr.)
Paufen. Der Bekannter.
Neue. Bankeuler Boden.
Paufenhaus. Der dunkle Punkt.
Metrov. Gallohi II. — Die große
 Kanne.
Folies Caprice. Herr Wasserkropf.
Der Luftturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Sollis. Berlin bei Nacht.
Gebr. Herrnsfeld. So lebe das
 Nachtleben. — Die Original-
 Klabriasperte.
Stadttheater Moabit. Dori und
 Stabi.

Rosa. Der Königsmantel.
Neue. Die Geier-Wall.
Spino. Der Zehnpfeiler. Spezial-
 itäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Spezialitäten.
Wagon. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Bughenhofen. Spezialitäten. (An-
 fang 7 1/2 Uhr.)
Urania. Taubenthrone 48/49.
 Abends 8 Uhr: Vom Kreis zum
 Kreis.
 Im Hofaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
 Fortschritte und Höhen kultureller
 Entwicklung.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

Lessing-Theater.
 8 Uhr: Das Konzert.
 Freitag, 8 Uhr: Baummeister Solmsch.
 Sonnabend, 8 Uhr: Das Konzert.

Berliner Theater.
 Heute 8 Uhr
 zum 25. Male: **Taufun.**
 Morgen: Taifun.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
 Freitag und Sonntag:
Die goldene Ritterzeit.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
 Die geschiedene Frau.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
 Donnerstag, 17. März, abends 8 Uhr:
Streber.
 Freitag: Streber.
 Sonnabend: Die Großabluft.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jung-
 frau von Orleans.

Trianon-Theater.
 Heute und folgende Tage, 8 Uhr:
Theodore u. Cie.
 Sonntag nachm.: Pariser Witwen.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr: Eugen Zabel:
Vom Kreml zur Newa.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Dr. W. Berndt: Fortschritte und
 Höhen kultureller Entwicklung.
Neues Opernhaus.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
 Der Graf von Luxemburg.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
 mäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

Residenz-Theater
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Das Nachtleben.
 Schwank in 3 Akten v. R. Zamacois.
 Hierauf:
Der selige Oskar.
 Burleske in 1 Akt von Fred Riccaud
 und Henri Gécoute.

Volksooper.
 SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg.
 (Kaiserabonnement.)

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der Bekannter
 Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
 Freitag Benefiz f. Rudolf Schönan:
 Das Gott zusammenfügt.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr letzte
 Kinderdarstellung: Schneeweißchen u.
 Rotkäppchen. 8 Uhr: Das Gott zu-
 sammenfügt.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 121.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Wankender Götter.
 Drama in 4 Akten v. W. Polli u. Dubschütz.
 Freitag: Die Ehre.
 Sonnabend nachm.: 1001 Nacht.
 Abends: Die Ehre.

Gastspiel-Theater.
 7 3/4 Uhr: Miss Dudelsack.
 Morgen und folgende Tage:
Miss Dudelsack.

Metropol-Theater
 Abends 8 Uhr:
Hallo!!!
 Die große Revue!
 In 8 Bildern von J. Freund.
 Musik v. Paul Lincke. In Szene
 gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Das Dreigestirn
 weiblicher Schönheit, Grazie u. Kunst
Rosario Guerrero
Marie Lafargue
Odette Valery
 und die anderen
— Star-Attraktionen. —
Folies Caprice
Der Luftturner.
 Neuer bunter Teil.
Herr Wasserkropf.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-12 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Goldfische.
 Lustspiel in 4 Akten von Franz von
 Schönan und Guita Kadelburg.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
 Hierauf: **Die Piccolomini**
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Goldfische.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Egmont.
 Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von
 Johann Wolfgang v. Goethe.
 Ende 11 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Neue Jugend. (Johan Ulffsterna.)
 Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Egmont.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
 Größer Konzertsaal Berlin.
 Vom 27. März (1. Osterfeiertag) bis zum 3. April:
Paul Lincke-Woche.
 Große Konzerte
 unter persönlicher Leitung des populären Komponisten **Paul Lincke**
 mit seiner Kapelle (40 Künstler).
 Anfang an Sonn- und Festtagen 6 1/2 Uhr, wochentags 8 1/2 Uhr.
 Eintritt 50 Pf., reservierter Platz 75 Pf.
 Billetts im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (40 resp. 60 Pf.)
 bei Nacht, Mannhellerstr. 12, Bahnh., Auguststr. 50, und Mann,
 Petersburger Platz 4.

Apoll Theater
 Der größte Lacherfolg!
 8 1/2 Uhr: **Der Zehnpfeiler.**
 8 1/2 Uhr: **Konrad Dreher a. G.**
 Vorverf. ab 8 Uhr:
Die großen Spezialitäten.

Herrnsfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5063.
 Heute:
1. Serie des großen
Herrnsfeld-Zyklus.
Die Original-
Klabriasperte
 und **Es lebe das Nachtleben**
 mit Anton und Donat Herrnsfeld
 in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-12 Uhr.
 Sonntag nachm. 4 Uhr:
„Es lebe das Nachtleben.“
 2. Serie:
„Die beiden Blindenbänd.“
„Klabriasperte.“

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr: Das
 gesellschaftliche
 Ereignis von Berlin
 Auftreten der schönen
Sisters Ridley
 in ihren historischen Tänzen.
Georg Kaiser
 Schneider-Dancker
 und das große Programm!

Passage-Panoptikum
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!

Walhalla
Variete-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
 Anfang 8 Uhr: Das große Progr.
 Was das lebende Elektrizitäts-
 werk u. die übrigen Spezialitäten
 zuzusetzen: Die allergrößte Kanne.
 Theaterbesuchern freier Eintritt!

Zirkus Sarrasani
 alter Botanischer Garten.
Donnerstag, 17. März,
 abends 8 Uhr:
Sensationelle Vorstellung
 m. ein. rein zirkonisch. Progr.
 Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der
Ringkampf-Konkurrenz
 unter dem Protektorat des
 Herrn Prof. Reinhold Segas.
 Es ringen:
 Jakob Koch gegen Kopkowsch.
 Streng gegen Nitschke.
 Lassariesso gegen Michaloff.

Palast-Theater.
 Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Internationales
Ringkampf-Championat
 um die Weltmeisterschaft.
 Protetor: Herr Prof. H. Hundriesser.
 Preise: 10 000 M. in bar.
Donnerstag, den 17. März:
Gewichtsstampf:
Romanoff gegen Vederfen.
 Ferner ringen:
Bahn gegen Charles d'Huberd.
Blipps gegen Waffettri.
Börcher: Die glänzenden Spezialitäten.
 Anf. 8 Uhr. Preise 50 Pf. bis 3 M.

Casino-Theater
 Lothringer Straße 37. Anfang 8 Uhr.
Berlin
 bei
Nacht.
 Heute in 3 Akten v. G. Schäfer-Vorhoff.
 Sonnt. 4 U.: Ein deutsch. Frauenchor.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstraße 72.
Täglich: Spezialitäten
ersten Ranges
 mit Franz Sobanski.
 9 Uhr: Heutiges Liebesdrama.
Abis! Grün-Donnerstag und
 Oster-Sonnabend: **Tram der**
Rose und Rippen und **Wespen.**
 An den 3 Osterfeiertagen: Fest-
 vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Voigt-Theater
 Gastspiel im Krinshof, Moabit,
 Perleberger Straße 26.
 Donnerstag, den 17. März:
Die Geier-Wally.
 Schauspiel in 5 Akten und einem Vor-
 spiel von Wilhelm v. Hilbert.
 Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Karl Haverland
Theater. präz. 8 U.
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Neue erstklassige Spezialität.
Liliputaner-Truppe prolongiert.
 Heute nach d. Vorstellung: Ball.

Freie Volksbühne
 Die nächsten Stücke:
Lessing-Theater: Neues Schauspielhaus:
Hanneles Himmelfahrt. nachmittags und abends:
Traumulus.
Thalia-Theater: Residenz-Theater:
Der Dorftrann. **Musotte.**
 In Vorbereitung:
Oskar Wilde: Bunbury (Ernst sein).
 Die **Karfreitags**-Vorstellungen am 25. März im Neuen
 Schauspielhaus und Thalia-Theater: „Ernst sein“ und
 „Der Dorftrann“ sind vom Berliner und vom
 Schöneberger Polizeipräsidenten wiederum
 verboten worden, da diese Behörden an dem Tage
 auch für geschlossene Gesellschaften
 nur „geistliche Konzerte“ gestatten.
 Die **Erntevorstellungen** sind im Neuen Schauspiel-
 haus am 2. Pfingstfeiertage und im Thalia-Theater am Sonntag,
 den 5. Juni, je nachmittags 3 Uhr.
 Etwa gelöste Marken bleiben dafür gültig.
 Einige Karten zu den Nachmittags-Abteilungen
 können noch in den Zahlstellen bestellt werden.
 940/12 **Der Vorstand.** I. V.: G. Winkler.

Zirkus Schumann
Donnerstag, den 17. März,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Dir. Alb. Schumann
 neue und moderne Dressuren.
 Neu! Die Amerikaner Neu!
Aerial Shaws
Ringkampf Parodie der Clown
Jim Jam und Cotrell.
Barbarentänze
 der 11 Personen **Ri Tchaves.**
 Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr
 Die große Fecle
Die drei Rivalen.
 Sonntag zwei Vorstellungen.
 Nachm. und abends angelegt:
Die drei Rivalen. Nachm. ein
 Kind frei, weitere Kinder halbe
 Preise.

Zirkus Busch.
 Heute Donnerstag, den 17. März,
 abends 7 1/2 Uhr präz.:
Großer Gala-Abend.
 Thereso Filis, James Leon Filis
 jun., Heinrich Filis, in ihren
 Produktionen d. hohen Schule.
Die Hassans!
 Drahtseil-Akt.
 Hr. E. Schumann, Neudressur.
 Zwerge Louva Francois, Kunst-
 Reiterfamilie Proserpyl.
 9 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr.
 Die russ. Sensations-Pantomime
Marja!
 Sonntag: Zwei Vorstellungen.

W. Noacks Theater
 Grammerstr. 16, am Rosenhäger Tor.
 Benefiz für Reich:
Der Königsleutnant.
 Historisches Schauspiel in 5 Akten.
 Der junge Goethe: Alte Reich.
 Freitag erstes Gastspiel von Karl
 Friedau vom Vogt-Theater: Der Wider-
 spinnigen Zähmung.

Artushof
 Perleberger Straße 26.
 Jeden Sonntag:
Paul & Springers
 Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
 Anf. Konz. 5 Uhr., Vorst. 7 Uhr. Tanz.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 17. März:
Dorf und Stadt.
 Schauspiel in 5 Aufzügen v. Charlotte
 Dsch. Weiser.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 zum Schluss (Vorl. Woche)
 Der Nachtwächter von
 Zerpenschloose
 von Weffel.
 Anfang:
 Sochent.
 8 Uhr.
 Sonntag:
 7 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser
 Straße 6.
 Direktion Wilhelm Kolmer.
 Heute Donnerstag: Neues Progr.
Elite-Soiree Tanz-
 v. Hoffm. Nordl. Sängern.
 Dubelnder Weisall.
Wer
trägt die Pfanne weg?
 Burleske.
Bei der Kartenlegerin.
 Heute in 1 Akt.
 Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Tonbild-Theater
Reform
 Kino
 Reinickendorfer Str. 26-27.
Gala-Vor-
stellung
 Oskars Liebestraum, Drama.
 Entschung Drama. Der Richter
 v. Cedar Gulch, Drama u. das
 hervorrag. Wochenprogramm.
 Entr. 30, Rind. 10 Pf. Keine Nachg.
 Dauervorstell. v. 4-11 Uhr.
 Für den Inhalt der Interate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet beim Genossen Schellhaase, Hornstr. 15a, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Die Gemeindefestwahlen. Der Vorstand.

Freitag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung zur Gemeindefestwahl in allen Bezirken. Das Material ist am selben Abend von 6 Uhr ab bei Clement, Doppelstraße, in Empfang zu nehmen. Der Bahlausschuss.

Nieder-Schöneweide. Am Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung vom Lokal des Genossen Neumann, Grünauer Straße 5, aus statt. Der Vorstand.

Adlershof. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Vortragabend im dem Lokal von Kaul, Wisardstr. 16.

Ordnung. Sonntag, den 20. d. M., abends 6 1/2 Uhr: Große öffentliche Wählerversammlung im Jägerhaus. Tagesordnung: 1. Wen wählen wir? Referent: Gemeindefestwähler Genosse Sonnenburg. 2. Ansprache unserer Kandidaten Genossen Ernst Wagner. 3. Diskussion. Die Flugblattverbreitung zu dieser Versammlung findet am Freitagabend 7 Uhr von der Grünen Ede aus statt. Genossen, tue ein jeder seine Pflicht. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Freitag abend findet von den Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung statt. — Am Sonntag, den 20. März, nachmittags 5 Uhr, in Mörsers Blumengarten: Konzert und Theateraufführung. Beginn der Theatervorstellung 7 1/2 Uhr. Nachher: Tanz. Der Eintritt kostet 50 Pf., der eventuelle Ueberschuss ist zum Ausbau des Jugendheims bestimmt. Da öffentliche Kasse nicht stattfindet, müssen Billets vorher besorgt werden. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonnabend, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr: Wählervereinsversammlung bei Wolf. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Parteiangelegenheiten. 3. Bericht der Stadtverordneten. 4. Verschiedenes.

Tegel. Heute Donnerstag, von abends 7 Uhr an, findet von den bekannten Bezirkslokale aus Flugblattverbreitung statt. Morgen Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, in W. Kropp's Festsaal, Bahnhofsstr. 1: Volksversammlung. In dieser Versammlung soll hauptsächlich die ungelegliche Handlungsweise des Bürgermeisters Weigert in seiner Eigenschaft als Wahlleiter bei den letzten Gemeindefestwahlen einer eingehenden Kritik unterzogen werden. Agitiert für Massenbesuch! Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Wahlmännerergänzungswahlen im 6. Landtagswahlbezirk, die am Dienstag stattfanden, haben uns noch zwei Wahlmänner mehr gebracht, als wir bereits hatten. Die Freisinnigen kamen gar nicht erst zur Wahl, und wo freisinnige Wahlmänner trotzdem gewählt wurden, rührten die Stimmen von den Mitgliedern der Wahlvorstände her. 11 Wahlen kamen gar nicht zustande, davon 10 aus der ersten Abteilung.

Auf hundert Prozent.

Der städtische Etatsauschuss hat gestern abend seine Arbeiten beendet. Es ist ihm gelungen, den Gemeindefestzuschlag auf 100 Prozent wie im Vorjahre, entgegen dem Vorschlag des Magistrats von 105 Prozent festzusetzen.

Arbeit statt Unterstützung.

Mit dieser wichtigen Frage hatte sich die Armenverwaltung in ihrer letzten Sitzung zu beschäftigen.

Die von der Direktion eingesezte Subkommission hatte diese Frage eingehend unter Zugiehung des Inspektors des hiesigen Arbeitsnachweises beraten und war zu dem Entschlus gekommen, vorläufig von einer Lösung abzusehen. Auch die Mehrheit war wohl der Ansicht, das es sehr wünschenswert wäre, dem Bedürftigen, wenn er arbeitslos sei, Arbeit anzubieten und nachzuweisen zu können; es liege aber die Gefahr vor, das in solchen Fällen die Armenkommissionen die Unterstützung verweigern würden. Eine sichere Gewähr, das die Vorsteher die Angelegenheit in humaner Weise behandeln würden, sei nicht vorhanden. Andererseits aber würde es auch Elemente geben, welche arbeitslos seien und überhaupt nicht arbeiten wollten; diese würden sich auf den Schein der Anmeldeung berufen, das sie sich um Arbeit bemüht, aber keine Arbeit nachgewiesen bekommen hätten.

Der Inspektor des Nachweises erklärte, das er keine großen Hoffnungen machen könne; das Heer der Arbeitslosen sei sehr groß; es seien häufig 8000 bis 10000 Arbeitslose in den Listen des Arbeitsnachweises eingetragen und eine Bevorzugung der durch die Armenverwaltung gefandten Personen sei nicht gut anging. Die vom Armenamt Raabitz gemachten Versuche sind auch nicht ermutigend, denn innerhalb von zwei Jahren ist es nur in rund 20 Fällen gelungen, den Unterstützungsbedürftigen Arbeit nachzuweisen. Die Arbeitsuchenden mühten eben täglich zum Arbeitsnachweis kommen, um wenn Arbeit angeboten würde, diese sofort aufnehmen zu können.

Es wurde noch darauf hingewiesen, das die Unterstützungsbedürftigen sich zum größten Teil aus kranken und verkrüppelten Personen zusammensetzen und diese oft nur ganz leichte Arbeit verrichten könnten; diese zu beschaffen, sei außerordentlich schwer. Von wirklich arbeitsfähigen Personen seien in Berlin mehr als ein Drittel in Gewerkschaften organisiert und sorgen in Fällen von Arbeitslosigkeit diese auf die Dauer von 8 bis 10 Wochen für den notwendigen Unterhalt; sei diese Zeit aber abgelaufen, so mühte eben die Armenverwaltung eingreifen.

Die Versuche in anderen größeren Städten sind ebenfalls fast resultatlos verlaufen. In Hamburg konnte von 600 dem Arbeitsnachweis zugewiesenen Personen im ganzen Jahr nur 200 Arbeit nachgewiesen werden.

Von unseren Genossen wurde betont, das sich die Frage nur lösen lassen würde durch eine Verstaatlichung der Arbeitsnachweise und Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Einer Lösung um jeden Preis, unter welcher unter Umständen die Unterstützungsbedürftigen leiden könnten, könnten sie nicht zustimmen.

Das Plenum der Armenverwaltung stellte sich ebenfalls auf diesen Standpunkt und legte die Sache vorläufig ad acta.

Bei Beginn der Sitzung hielt es Herr Stadtrat Münsterberg noch für notwendig, wieder einmal auf einen Artikel des „Vorwärts“ zu sprechen zu kommen. Der Bericht über die letzte Direktionsitzung, zu dessen Vaterchaft sich Genosse Hingge bekannte, sei nicht objektiv genug. Bei der ablehnenden Haltung des Stadtrats, weitere Mittel für die Armenspeisung zu bewilligen, hätte er auch auf die Schulpeisung und die Form der Unterstützung, welche ihm nicht passe, hingewiesen. Es sei dies hiermit nachgeholt. Trotzdem bleibt es bedauerlich, das die Armenspeisungsanstalt am 1. März wegen ungenügender Mittel ihre Pforten schließen mußte.

Zu dem Romum des Herrn Münsterberg mühten wir zu bemerken, das wir bereits über seine Stellung zu der Armenspeisungsfrage in einem Bericht aus dem Etatsauschuss besonders Mitteilung gemacht haben.

Für die Bebauung des Scheunenviertels durch die Stadt teilt die „Volkszeitung“ in einem längeren Artikel ein. (S. 1. Spalte)

Wie das geschehen soll, darüber gehen die Meinungen allerdings auseinander. Es kommen hauptsächlich drei Wege in Betracht:

1. Die Städte können das Bauland in Erbpacht abgeben. Sie ziehen dann den Nutzen von dem Wertzuwachs, den die Häuser erfahren. In Berlin würde dieser Nutzen ganz gewaltig sein. Diesen Weg hat schon im Jahre 1872 der Berliner Oberbürgermeister Hofrecht beschritten wollen. Leider drang er mit seinem Vorschlag nicht durch.

2. Die Verwaltungen können sich ein Wiederverkaufsrecht sichern. Das ist das Ulmer System. Die Bedingungen werden dann in den Verträgen umschrieben. Auch dies Mittel sichert den Gemeinden den Hauptteil an dem Wertzuwachs, der ihnen ja nach moderner Auffassung gehört.

3. Die Städte bauen die Häuser selbst und vermieten sie. Und zwar zum Teil für die städtischen Beamten und Arbeiter. Auch die viel größeren Organisationen, Staat und Reich, erkennen heute eine gewisse Verpflichtung an, ihren Beamten zu billigen Wohnungen zu verhelfen.

Die Berliner Stadtverwaltung hält neuerdings mehr und mehr darauf, das ihre Beamten nicht in die Vororte ziehen. Jede Ausnahme bedarf besonderer Erlaubnis. Unter diesen Umständen sollte der Magistrat aber auch dafür sorgen, das die Beamten leiblich billige Wohnungen innerhalb Berlins zur Verfügung haben. Und da das nicht der Fall ist, so sollte die Stadt sich entschließen, selbst zu bauen. Die Stadt kann das ganz gut. Denn sie hat im Bauen genügend Erfahrung. Sie sollte Musterhäuser bauen. Die durchschnittliche Mietkassenerne befreit das Wohnbedürfnis nur in der alleräußersten Weise. Hat man draußen in den Vororten angefangen, ein ganz klein wenig hier und da den Kasernenstypus abzuweichen, so sind im Innern der Stadt die Häuser noch ziemlich langweilig. Da sollte der Magistrat in die Kade springen und etwas Vorbildliches schaffen. Das man selbst mit geringen Mitteln Gutes leisten kann, haben die Vaugenossenschaften gezeigt, die nicht verschwenderisch bauen dürfen und doch gut und schön bauen. Aber sie haben Gemeinnutz. Die Häuser des Beamtenwohnungsvereins in Steglitz und die Pflanzung der Arbeiterwohngemeinschaft „Ideal“ in Nixdorf sind von ästhetischen und hygienischen Standpunkte aus vorzügliche Leistungen.

Je schöner die Häuser wären, die der Magistrat im Scheunenviertel errichtet, um so eher würde das Vorurteil gegen jene Gegend schwinden. Sie mühten eine Sehenswürdigkeit von Berlin werden, mit schönen Höfen, genügen Spielplätzen für Kinder, mit Versammlungsalen, Bibliotheksräumen, Kinderhorten und mit allem ausgerüstet, was sonst noch in den Genossenschaftsbauten an musterhaften gemeinnützigen Einrichtungen sich bewährt hat.

Die Stadt würde mit eigenen Häusern kein schlechtes Geschäft machen. Namentlich später würden die Häuser einen ganz anderen Wert vorstellen als heute. Die Verwaltung solcher Häuser ist durchaus nicht übermäßig schwer. Das haben andere Städte, das haben Reich und Staat bewiesen. Leider scheint es nicht, als ob die Stadt sich zu dieser vernünftigen Maßregel entschließen würde. In Berlin regieren die Hausagrarier, und diese halten es für eine Sünde gegen das heilige Monchsterium, wenn die Stadt sie mit Rusterbauten aus dem gewohnten Gleis herausreißen will.

Wir mühten hierzu bemerken, das im Staatsauschuss von sozialdemokratischer Seite die Bebauung des Scheunenviertels durch die Stadt angeregt wurde unter Hinweis auf bestimmte Städte, das aber diese Anregung bei der hausagrarischen Mehrheit keine Gegenliebe fand. Diese Leute sehen in der Stadt nur einen unliebsamen Konkurrenten. Dann aber will die Mehrheit so schnell wie möglich durch Verkauf der Grundstücke die 8 Millionen einheimen, auf die die bebauungsfähige Fläche geschätzt ist, um die Löcher in den städtischen Finanzen zuzustopfen.

Für die Sonntagsruhe an den Oster- und Pfingstfeiertagen 1910 erläßt der Polizeipräsident besondere Bestimmungen, die in der „Nordd. Allg. Zig.“ veröffentlicht werden. Danach dürfen an den ersten Feiertagen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen und während folgender Zeiträume beschäftigt werden: 1. Im Milchhandel: a) in Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Stralau von 5-10 Uhr vormittags und von 12-2 Uhr nachmittags; b) in Schöneberg und Vorhang-Kammelsburg von 5-8 1/2 Uhr vormittags und von 11 1/2-2 Uhr nachmittags; 2. im Handel mit Vorrat- und Konditorenwaren einschließlich Konfitüren und mit Fleischwaren: a) von 5-10 Uhr vormittags; b) von 5-9 1/2 Uhr vormittags; 3. im Handel mit Kolonialwaren, mit Vorkostwaren, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren: a) von 8-10 Uhr vormittags; b) von 7 1/2-9 1/2 Uhr vormittags; 4. im Handel mit Nahrungsmitteln: a) von 6-10 Uhr vormittags, b) von 6-9 1/2 Uhr vormittags; 5. in den Zeitungs Expeditionen von 4-9 Uhr vormittags. 6. Im Blumenhandel ist die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern am ersten Osterfeiertage: a) von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12-2 Uhr nachmittags, b) von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags und von 12-2 Uhr nachmittags, am ersten Pfingstfeiertage a) von 8-10 Uhr vormittags, b) von 7 1/2-9 1/2 Uhr vormittags gestattet. — Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung, wie sie an den gewöhnlichen Sonntagen gelten.

Die Zukunft der Markthalle III in der Zimmerstraße kam in der Sitzung des Staatsauschusses am Montag zur Besprechung. Die Kosten des Grunderwerbes und des Baues betragen zusammen 1 1/2 Millionen Mark. Die Verzinsung und die Amortisation erfordern rund 72 000 M. Der Zinsfuß, den diese Halle im laufenden Rechnungsjahr erfordert, ist mit 66 735 M. berechnet. Es haben sich nun zahlreiche Bewerber um die Halle gemeldet, deren Gebote bis zu einer jährlichen Pacht von 115 000 M. gingen. Auf Vorschlag der Markthallenkommission hat der Magistrat das Gebot der Herren J. Verhulst, B. Hoffmann (Eiselpoth) und Hans Reichschlag in Höhe von 65 000 M. ausgewählt, weil diese sowohl hinsichtlich ihrer Person wie auch ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit am ehesten die Gewähr bieten, das sie ihren Verpflichtungen nachkommen werden. Der Vertrag ist auf 15 Jahre geschlossen. Mit Rücksicht auf diese veränderte Sachlage wurden vom Ausschuss 50 000 M. mehr in den Etat als Einnahme eingesetzt.

Auch die Ständegelder und die sogenannten Abhängiger, welche letztere von bestimmten Ständehabern der Zentralmarkthalle entrichtet werden, sollen Erhöhungen erfahren. Im Staatsauschuss war man drauf und dran, die eventuell hieraus zu erwartenden Einnahmen als Einnahmen in den Etat einzustellen und das, obwohl erst eine Subkommission des Markthallenkommissariats so beschlossen hatte. In der ersten Lesung wurden auch 67 000 M. eingestellt, in der zweiten Lesung aber mit Stimmenmehrheit wieder gestrichen. Es werden eben die derzeitigsten Manipulationen gemacht, um die 100 Prozent zu erreichen. Es wurde aber angefügt, die letztgenannte Summe im Plenum der Versammlung doch noch in den Etat einzustellen.

Oster-Sonntagsruhe nach dem Osten verkehren nach einer Bekanntmachung der Königl. Eisenbahnverwaltung u. a. wie folgt: Auf der Strecke Berlin-Sommerfeld: ab Charlottenburg 8.07 vorm. am 24., 26., 28. und 30. März bis Breslau (mit Anschluß nach Kattowitz) 6.34 vorm. am 27., 29. und 30. März bis Breslau, 11.31 abends (S-Zug) vom 24. bis 29. März bis Sommerfeld, 4.06 nachm. (D-Zug) am 24., 26., 28. und 30. März (mit Anschluß nach Kattowitz); ab Berlin, Schleifflügel Bahnhof: 10.03 vorm. am 25. und 26. März bis Plessen, 8.01 nachm. am 25. März bis Guben, 8.06 nachm. am 24. März bis Sommerfeld, am

26. bis Breslau, 9.06 abends, am 24. März bis Sommerfeld, am 26., 28. und 29. März bis Breslau; auf der Strecke Berlin-Posen, ab Charlottenburg: 1.50 nachm., am 24. und 26. März, bis Reggen, 9.03 vorm. vom 23. bis 26. sowie am 29. und 30. März bis Thorn und 11.05 vorm., am 25., 26., 28. und 29. März bis Frankfurt a. O. (mit Anschluß nach Guben); von Berlin, Schleifflügel Bahnhof: 7.56 vorm., vom 24. bis 27. März, sowie am 29. und 30. März, bis Posen und 5.50 nachm., am 24., 26., 28. und 30. März bis Posen.

Ein entsetzliches Brandunglück hat sich gestern vormittag auf dem Wedding zugezogen. In dem Hause Antonstr. 25 wohnt der Tischler Pagel mit seiner aus Frau und zwei kleinen Kindern bestehenden Familie. Gestern vormittag entfernte sich Frau P. für einige Zeit aus der Wohnung, um Einkäufe zu besorgen. Sie ließ ihre beiden Kinder, einen fünfjährigen Knaben und ein zweijähriges Mädchen allein in der Wohnung zurück. Kurze Zeit später wurden Nachbarn durch lautes Geschrei, das aus der Pflanzung Wohnung herandrang, aufmerksam gemacht. Sie erbrachen die Wohnungstür und starker Qualm drang den Eintretenden entgegen. Im Wohnzimmer fand man das kleine Mädchen fast vollständig verbrannt auf dem Fußboden liegend auf. Dagegen hatte der Knabe nur ganz leichte Brandwunden erlitten. Die Leiche des Mädchens ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Von der Polizei attackiert wurden am Dienstagabend zahlreiche Versammlungsbesucher in der Brunnen- und Straßburger Straße, die von einer Wahlrechtsversammlung kamen und ihren Wohnungen zustrebten. Hier hatten sich Polizeimannschaften aufgestellt, um die Arbeiter am Weitergehen zu hindern. Eine Anzahl Personen wurden mit Häuten bearbeitet und vorwärts getrieben. In der Brunnenstraße wurde ein Mann, der seinen Hund ausführt, von einem Wachmeister ins Gesicht geschlagen. In der Ufendstraße tänzelte noch in später Stunde ein Bettlitterer mit seinem Schimmel auf dem Bürgersteig herum.

Auf dem Wedding war eine dicke Schmutzschicht gezogen, die die aus den Charuskälen heimkehrenden Versammlungsbesucher abhielten, nach ihren Bekleidungen zu gelangen. Zahlreiche Bettlitterer und Fußschuhleute hinderten den freien Verkehr, dem doch nach Herrn v. Jagow die Straße dient, und machten wiederholt Attacken auf das Publikum. Bis in die Kneipen wurden die Arbeiter mit dem blanken Säbel verfolgt; in eine an der Schulgenbacher Straße gelegene Restauration drangen Schuhleute ein und schlugen mit dem Säbel auf Gäste ein, die sich vor der blind wütenden Polizei gerettet hatten.

Das ist die Art, wie die heutige Ordnung geschützt wird, oder besser, wie die Ordnung von der Polizei gestiftet wird. Es wird die höchste Zeit, das gegen die für diese Vorgänge verantwortlichen Personen eingeschritten wird.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen erfolgte vorgestern vormittag an der Ecke der Koch- und Friedrichstraße. Ein Automobil der Linie 4 geriet beim Kreuzen der Kochstraße so heftig mit einem entgegenkommenden Straßenbahnwagen zusammen, das beide Gefährte nicht unerheblich beschädigt wurden. Der Reisende Schweiz aus Kreuznach, der vorbeifahrend in Berlin weilte, wurde in schwerverletztem Zustand nach der königlichen Klinik gebracht. Er wurde in beschleunigtem Zustande vom Platz getragen. Ferner wurde ein Herr Theodor Reeb aus Pankow nicht unerheblich verletzt. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde nach der Anfallstation in der Kronenstraße geschafft, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde.

Der Verlag des „Arbeiter-Rotizkalenders“, die Buchhandlung Vorwärts, ersucht uns, darauf aufmerksam zu machen, das ein Inseratenakquisitor für einen „Berliner Arbeiter-Kalender“, von dessen Existenz niemand recht etwas weiß, Inserate sammelt, und das Geschäftsleute solche Inserate aufgegeben haben in der Annahme, es mit dem „Arbeiter-Rotizkalender“ zu tun zu haben. Als Beleg sind sogar Inseratenabschnitte aus dem „Arbeiter-Rotizkalender“ gegeben worden. Um Täuschungen in Zukunft vorzubeugen, seien Geschäftsleute auf diese Inseratenmacherei ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Beim Wahlrechtspariergang am 6. März sind in Treptow und dem Tiergarten eine Reihe Eistrierungen vorgenommen worden. Es wird von 71 Straffällen berichtet, die in kurzer Zeit vor den hiesigen Gerichten abgeurteilt werden sollen; davon sind 25 Vergehen und 25 Uebertretungen in Berlin und 14 Vergehen und 7 Uebertretungen in Treptow zur Anzeige gekommen. Es wäre erwünscht, wenn alle die Personen, die am 6. März Zeugen von Eistrierungen gewesen sind, uns ihre Adressen übermitteln wollten unter genauer Angabe des Ortes und der Zeit, wo sich der Vorfall zugetragen, damit wir bestimmten Angeeschuldigten diese Adressen übermitteln können. Insbesondere sind Zeugen erwünscht über die Vorgänge am Schleifflügel Tor und über das Verhalten der Polizei in der Eisenstraße in Treptow, außerdem auch über die polizeiliche Räumung verschiedener Treptower Lokale. Auch über die am 6. März, abends gegen 7 Uhr, in der Schmidstraße erfolgte Polizeiatade werden bestimmte Angaben erbeten.

Zwei große Fabrikbrände mühten am Dienstag abend der Berliner Feuerwehre viel zu schaffen. Die 2. und 5. Kompanie hatten fast die ganze letzte Nacht an den Brandstellen zu tun. Es brannten die Rohlfabrik von Einbrodt u. Kall in der Köpenicker Straße 100a und gleichzeitig die Riffenfabrik und Härberei in der Köpenicker Straße 21. Kurzst gegen 10 Uhr abends wurde die 2. Kompanie nach der Köpenicker Straße 100a alarmiert. Dort stand das 2. Stockwerk im 2. Quergebäude und ein Teil des rechten Seitenflügels in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an den Vorräten — Holz usw. — reiche Nahrung gefunden. Der Qualm war so enorm, das es sehr schwierig war, an den Brandherd zu gelangen. Erst um Mitternacht war die Gefahr beiseite. — Der zweite, weit größere Brand kam gegen 11 Uhr auf dem ersten Hofe des großen Grundstücks der bekannten Härberei von G. Cabanis u. Sohn neben der Berliner Velocifabrik zum Ausbruch. Hier stand bei Ankunft der ersten Löschzüge die Riffenfabrik von H. Spielhagen u. Co. in Flammen, die sich dort auf dem ersten Hofe befindet. Das Feuer war weißlich zu sehen. Dies war die Veranlassung, das von sechs Seiten aus die Feuerwehre alarmiert wurde. Mit 12 Schlauchleitungen von Dampfspritzen wurde von allen Seiten wirksam vorgegangen. Ungeheure Wassermengen wurden unangekehrt in die Glut geschleudert, die immer neue Nahrung an den Holzvorräten in dem Fabrikgebäude fanden. Da die Treppen nicht mehr ohne Gefahr zu passieren waren, gingen die Vorfahrer über zwei auf dem Hofe aufgefahrene mechanische Leitern und mehrere Stedleitergänge von außen vor. Die Fenster waren von der Hitze gesprungen und brannten lichterloh. Um Mitternacht hatte die Feuerwehre den Brand in ihrer Gewalt, mühte aber noch bis zum Morgen löschen. Fast sämtliche Räume der Riffenfabrik haben durch den Brand empfindlich gelitten. Der Betrieb ist auf einige Zeit gestört und der Schaden gang bedeutend.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindefestwählerbewegung.

Reinickendorf. Sp. Heute nachmittag von 4 bis 8 Uhr abends findet im Restaurant Sadau, Reindendorfer Str. 121, die Gemeindefestwählerwahl statt. Zur Wahl steht der zweite (mittlere) Bezirk, umfassend das weiträumige Sonntagstraßen bis zum Grünen Weg und der Köpenickerstraße, einschließlich dieser beiden Straßen belegene Gebiet des östlichen Ortsteiles. Unsere Kandidaten

sind die Genossen **Bader Karl Höpfer** und **Bureaubeamter Karl Böhn**. Die Bürgerlichen haben im letzten Augenblick noch eine Kandidatenänderung vorgenommen. Sie haben die Kandidatur des Grundbesitzers Neumann lassen und den „Schriftführer“ **Woz Holz** aufgestellt. Herr Holz ist Besitzer des Hauses Marktstraße 45 und selbstredend in umfassendster Weise für die „notleidenden Grundbesitzer“ begeistert. Er war in der Wahl seiner Eltern vorständig und hat an seinem Grundbesitz in Reinickendorf sozial profitiert, daß er die Not und die Leiden des Proletariats kaum kennen zu lernen Gelegenheit gehabt haben dürfte. Um so geeigneter erschien er den Grundbesitzern und Börsenpekulanten als Vertreter ihrer Interessen und als Drapierung für ihre dunklen Pläne. Die Genossen ersehen aber daraus, mit welchen Mitteln sich die Bürgerlichen bemühen, uns die beiden Mandate zu entreißen und werden es nun erst recht als ihre Pflicht betrachten, alle Kräfte anzuhäufen, um solchen Leuten den Eintritt in das Dorfparlament zu verwehren. Es ist Pflicht aller Genossen, ihr Wahlrecht so früh als möglich auszuüben und sich dann dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Der irgend kann, muß um 3 1/2 Uhr im Wahllokal sein; unser Wahlbureau befindet sich von 4 Uhr ab bei **Doffmann** (Restaurant zur Gießbrille), Residenzstraße 120. Die Verkündung des Wahlergebnisses erfolgt um 8 1/2 Uhr im Wahllokal.

Reinickendorf-West. Heute Donnerstag, den 17. März, und Freitag, den 18. März, finden die Wahlen zur Gemeindevertretung der dritten Klasse in der Zeit von 4—8 Uhr nachmittags im Lokal von **Warts**, Schornweberstr. 68, statt. Kandidat ist für heute der Genosse **Dito Dbl.**, für morgen, den 18., der Genosse **Franz Lange**. Die Genossen werden ersucht, um 3/4 Uhr im Wahllokal zu erscheinen. Die Genossen, die bei der Wahl heissen, treffen sich um 3 1/2 Uhr im Wahlbureau im Lokal von **A. Bausch**, Antonienstraße.

Neuenhagen a. O. Ostbahn. Heute von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags finden im Hermannschen Saale (im Dorf) die Gemeindevertreterwahlen statt. Wenn alle Parteigenossen ihre Pflicht tun, so wird es auch möglich sein, unsere Kandidaten der dritten Klasse, **Köpfer Karl**, **Sölling** und **Sattler Otto** **Söllner**, durchzubringen. Um 11 Uhr vormittags treffen sich die Parteigenossen bei Hagerstern zu einer wichtigen Besprechung.

In der zweiten Klasse kandidieren die Genossen **Rauer Klein**, **Schmidt** und **Gärtner Prop.** Auch möchten wir alle Arbeiter, welche mit Neuenhagenern zusammen arbeiten, erfragen, dieselben an ihre Wahlpflicht zu erinnern. Die Wähler müssen spätestens mittags Freitagabend machen. Es ist ein großes Opfer, welches von jedem Einzelnen gefordert wird, aber im Interesse der Sache gebracht werden muß.

Erfner. Die Gemeindevahl findet für die dritte Klasse am Montag, den 21. März, nachmittags von 8—6 1/2 Uhr, statt. Trotz der für die Arbeiterklasse ungenügenden Festsetzung der Wahlzeit wird ersucht, daß jeder seine Schuldigkeit tut.

Marienthal. Am Mittwoch, den 28. März, finden die Neu- resp. Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt. Die für uns nur in Betracht kommende dritte Klasse wählt von 3—6 Uhr nachmittags. Unsere Kandidaten sind **Freih. Greulich** und **Abolt Berger**. An diesem Sonntag, den 20. März, nachmittags um 8 Uhr, findet eine öffentliche Wählerversammlung im Lokal von **Berger**, Berliner Straße 114 statt. Hierzu ist am Freitag, den 18. März, eine Flugblattverteilung. Die Genossen werden ersucht, sich vollzählig daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Wahlergebnisse.

Friedenau. Bei der am Mittwoch erfolgten Gemeindevortreterwahl eroberten unsere Genossen zum ersten Male 2 Sitze. Es erhielten Stimmen: Genosse **Huhn** (Hausbesitzer) 502 und Genosse **Richter** 505. Die Gegner erhielten 558 und 564 Stimmen. Unsere Stimmengahl ist seit der Wahl im vergangenen Jahre um 109 Stimmen gestiegen, die der vereinigten Gegner ist um über 300 Stimmen zurückgegangen.

Ortsfelde (Kreis Niederbarnim). Bei der Gemeindevortreterwahl am 15. März siegten unsere Genossen, die bisherigen Gemeindevertreter **Herrmann Stoff** und **Otto Schröder** mit 75 Stimmen Majorität. Unsere Genossen erhielten 120, die bürgerlichen Kandidaten nur 85 Stimmen.

Kaulsdorf a. O. Ostbahn. Bei der Wahl am Montag erhielt in der dritten Klasse unser Kandidat Genosse **Geurich Schmidt** 63, der Gegenkandidat 70 Stimmen. Was hierbei von unsern Gegnern und einzelnen Personen aus der Arbeiterklasse geleistet worden ist, ist auch von Interesse für weitere Kreise. Ursprünglich konnte ein Nichtangehessener gewählt werden; nachdem nun die Genossen beschloßen, sich an der Wahl zu beteiligen, wurde es bekannt, daß ein Schöffe das Nießbrauchsrecht von seinem Hause dem Sohn übertrug und deshalb mußte nun in der dritten Klasse ein Angehessener gewählt werden. (In der ganzen Gemeindevertretung gibt es nur 1 Nichtangehessener.) Da dies nun erst nach Ausschreibung der Wahl bekannt wurde und wir keinen Hausbesitzer als Kandidaten hatten, beschloßen die Genossen, an der Kandidatur des Genossen **Schmidt** festzuhalten. Jetzt treten nicht nur die Gegner, sondern auch ein Sparverein Kaulsdorf mit dem Grundbesitzerverein Zentrum zusammen, denen zum größten Teil Arbeiter, die in Berlin beschäftigt sind, angehören, auf den Plan und stellen einen besonderen Kandidaten auf. Sie richteten an die Wähler die Aufforderung, nicht dem Genossen **Schmidt**, sondern dem Gegenkandidaten ihre Stimme zu geben, da Genosse **Schmidt** ja doch nicht gewählt werden könnte. Diese Kaulsdorferlei verachtete namentlich ein Wachbinder **Herrmann Wötcher**, welcher vor Jahren einmal Mitglied des Wahlvereins war und wegen Boykottbruchs gestrichelt wurde. Es ist auch hieraus wieder zu ersehen, wie weit es diese Vereinstreuer, welche in den ländlichen Vororten herrschen, bringen kann.

Mantental-Perernid-Schönbrunn. Bei der am 15. März stattgefundenen Gemeindevortreterwahl wurden in der dritten Klasse folgende Genossen gewählt: **Otto Lange**, **Maurer**, als Nichtangehessener, **Franz Lange**, als Angehessener. Ersterer mit 64 gegen 53 Bürgerliche, zweiter mit 62 gegen 58 Bürgerliche Stimmen. In der zweiten Klasse entfielen auf unsern Genossen **Hinze**, **Eigenlamer** 15 und auf zwei bürgerliche Kandidaten 18 resp. 1 Stimme. Es hat deshalb Stichwahl stattgefunden, die bereits zum 21. März, abends 7 Uhr, nach dem Paderfischen Lokal in **Perernid** angelegt ist.

Die Genossen werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß nicht nur die dritte Klasse der Sozialdemokratie gehört, sondern daß dieselbe auch am Tage der Stichwahl in die zweite Klasse Verleser legt.

Weißensee. Das Resultat der Wahlen der 2. Abteilung steht noch nicht fest. Von zehn Kandidaten ist einer gewählt und vier kommen in Stichwahl, je zwei vom Grundbesitzer- und Mieterverein. Auf unsere Genossen entfielen 64 Stimmen. Auch bei dieser Wahl spielten die Papierstimmen die Hauptrolle, deren Abgabe volle zwei Stunden in Anspruch nahm. Stimmen, welche erst dem Mieterverein erteilt wurden, wurden später vom Grundbesitzerverein reklamiert und es kam in solchen Fällen stets zu langen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Der Grundbesitzerverein wäre als Sieger hervorgegangen, wenn nicht der Beauftragte einiger Forensen auf einige Zeit das Wahllokal verlassen hätte und bei Aufruf nicht zugegen war. Infolgedessen waren mit einem Schlage 15 Stimmen ungenügend. Auch diese Wahl wird vom Mieterverein angefochten.

Hohen-Schönhausen. Die stattgefundenen Gemeindevahl endete mit einer Niederlage der konservativen Bauernpartei. In der dritten Abteilung wurde, wie bereits gemeldet, unser Genosse **Thiele** mit großer Mehrheit in der Ergänzungswahl wiedergewählt. Für die Restwahl hatten wir einen Hausbesitzer als Kandidaten nicht aufzustellen vermocht; hier wurde der Fortschrittliche gewählt. Auch die Wahlen der ersten und zweiten Abteilung brachten den Bauern wenig Erfolg, so daß ihr Einfluß im Dorfparlament jetzt erheblich geschwächt ist.

Tempelhof. Am Mittwoch siegten bei der Gemeindevortreterwahl zum ersten Male die sozialdemokratischen Kandidaten mit großer Majorität. Gewählt wurden die Genossen **Kay Schmidt**, **Karlin Müller** und **Louis Frank**. — Der Wahlkampf war heiß, die Wahlbeteiligung hat sich seit zwei Jahren verdoppelt und die für uns abgegebene Stimmengahl nahezu verdreifacht.

Pankow. Die gestern stattgefundenen Gemeindevortreterwahl brachte uns zwei Siege. Im I. Bezirk erhielten die Bürgerlichen 749 Stimmen, unser Kandidat, Genosse **Johann Hirschmeier**, 760 Stimmen. Im II. Bezirk wurden abgegeben für den bürgerlichen Kandidaten 612, für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen **Wilhelm Kubig**, 800 Stimmen. Die Gegner hatten ein kolossales Aufgebot an Wahlkräften aufgetrieben, doch gelang es ihnen dank der tatkräftigen Hilfe unserer Genossen nicht, uns den Sieg zu entreißen.

Heute findet die Wahl der beiden anderen Vertreter statt. Wir bitten wiederum die Genossen, die sich bereits zur Hilfe angeboten haben, sowohl wie auch diejenigen, deren Zeit es ermöglicht, sich nachmittags 4 Uhr im Zentralwahlbureau bei **Reißner**, Schloßstraße 2 einzufinden zu wollen. Treuen die Genossen in ebenso starker Zahl wie gestern zur Hilfe an, dann ist und auch heute wieder der Sieg sicher.

Imposante Wahlrechtsdemonstrationsversammlungen

haben, wie uns nachträglich noch berichtet wird, am Dienstagabend in einigen Vororten stattgefunden. In **Treptow-Baumhauensweg** sprach vor überaus stark besuchter Versammlung im Lokal zur **Radrennbahn** Genosse **Corihal**. In **Friedrichshagen** referierte bei **Conrad** Genosse **Ritter** vor circa 800 Personen. In **Weißensee** war die Versammlung, in der Genosse **Schulz** referierte, von über 1200 Personen besucht. 300 Personen hatten sich in **Oranienburg** versammelt, wo Genosse **Cohn** referierte. In **Ober-Schöneweide** sprach Genosse **Ewald** vor 12—1400 Versammlungsbesuchern. **Hohen-Schönhausen** hatte eine Versammlung, die starker besucht war wie alle vorhergegangenen Referent war Genosse **Schlichte**. In **Wilhelmsruh** referierte Genosse **Erldner** in einer gut besuchten Versammlung. Auch in **Schönauke** fand eine wider Erwarten zahlreich besuchte Versammlung statt.

Rigdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung brachte in ihrer Sitzung am Dienstag nachmittags die Beratung des Etats zum Abschluß. Zuvor wurde jedoch der neue Entwurf für die Wertzuwachssteuerordnung, wie er aus den langen Verhandlungen der dazu eingesetzten Kommission hervorgegangen ist, behandelt. Die Stadt, **Abraham**, **Serna** und **Veih** verhielten bei verschiedenen Punkten noch einmal, Verwässerungen in die Steuerordnung hineinzubringen oder — wie sie es nannten — „Gärten“ zu besetzen. **Erzler** sagte, daß man nicht auch hier, wie in **Charlottenburg**, einschließlich der Gegner dieser Steuer zu einer einmütigen Beschlußfassung kommen könne, weil auf die kleinen Grundstücksbesitzer und Bauunternehmer nicht genug Rücksicht genommen sei. Mit Recht bestritt **Stadtrat Glucksmann** diese Behauptung; er wies nach, wie im Gegenteil die weitgehenden Widerungen noch in der Kommission in die Steuerordnung gekommen sind, welche die „Kleinen“ weitgehend schonen. Der Magistratsvertreter erklärte, daß von irgend einer Schädigung von Handel und Wandel in **Rigdorf** durch die neue Steuerordnung gar keine Rede sein kann und ersuchte im Interesse der Stadt um beschleunigte und unveränderte Annahme. **Stadtv. Dr. Silberstein** (Soz.) gab beim § 9 die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion der darin bestimmten Steuerfreiheit für die Mitglieder des Königshauses und für den Pfiskus nur zustimmt, um die Einführung der Wertzuwachssteuer nicht zu gefährden. Die Änderungsanträge wurden alsdann mit knappen Majoritäten von 6—8 Stimmen abgelehnt und die ganze Steuerordnung schließlich mit 42 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten geschlossen für die Kommissionsvorschläge.

Die Gebührenordnung für die Benutzung der Schwemmanifikation fand, unter Einführung der von der Mehrheit bereits beschlossenen Herabsetzung von 2 1/2 auf 2 Proz. debattelose Annahme. In gleicher Weise fand die Besoldungs-Rachweisung für die Beamten und Bediensteten der Stadt in gleicher Sitzung Erledigung.

Bei der Festsetzung des Steuerplanes produzierte sich der **Stadtv. Veih** insofern als Spohnmacher — er lasche selbst über seinen Einfluß —, als er die Herabsetzung der Grundwertsteuer auf 150 Proz., das ist eine Ermäßigung um 75 1/2 Proz., beantragte. Die Versammlung zeigte kein Verständnis für den faulen Witz. Gegen die vom **Stadtv. Hoppe** (Soz.) beantragte und begründete Streichung der Luftbarkeitssteuer, die nach Meinung des Antragstellers ausdehnend Erfolg durch die Wertzuwachssteuer finden wird, wandte sich **Stadtrat Nier**, welcher behauptete, daß in diesem Falle die Regierung ihre Genehmigung zum Steuerplan versagen würde. Die Abstimmung ergab 30 Stimmen für Beibehaltung und 28 Stimmen für Streichung der Luftbarkeitssteuer; nur eine ganz knappe Mehrheit leitete diese also. Im übrigen blieb der Steuerplan unverändert. Es blieb nun noch ein Defizit von 150 000 M. auszugleichen. **Oberbürgermeister Kaiser** schlug vor, hierzu aus den Vorkosten des Schiffahrtskanals 20 000 M. und des Elektrizitätswerkes 40 000 M. heranzuziehen, die zur Stärkung des Wasserfonds eingesetzt 40 000 M. auf zu streichen und den Reservefonds der Gasanstalt um 50 000 M. auf zu erhöhen. Diese Vorschläge wurden triumphierend von der Mehrheit angelehnt. Mit Recht; denn der Magistrat schlug sich damit selbst ins Gesicht, nachdem er die Versuche der Altbürgerlichen nach derselben Richtung belächelt und als unmöglich bezeichnet hatte. Mit den bezeichneten Worten des **Oberbürgermeisters**: „Meine Herren, wir haben von Ihnen gelernt!“ — **Schönauke** der Magistrat wieder ein; auch die von den Hausagrarern und ihren Helfershelfern beschlossenen Veräuflichungen des Staats der Kanalisationsverwaltung wurden geschickt, wie man sich zu erklären beliebt. Mit dieser Apothese des Unfalls der Magistratsherren, die mit grimmigen Gebärden so viele Strafsteuer während der Beratungen entzündet hatten, schloßen die Stadtverhandlungen.

Gegen den vorgelegten Plan für die notwendig werdende Erweiterung des Rathhauses opponierte **Stadtv. Otto**, dem 400 000 M. für den Neubau zu viel sind; er will das Projekt an die Hochbaudeputation zurückweisen. **Stadtbaurat Kiel** ersuchte, davon Abstand zu nehmen, da es höchste Zeit sei, mit dem Bau zu beginnen, um die fehlenden Büroräume zu schaffen. **Stadtv. Rahm** sprach ebenfalls für sofortige Beschlußfassung, indem er mit löblicher Wichtigkeit berührte, in der Hochbaudeputation schon über Sparsamkeit beim Bauen wachen zu wollen. **Heiterkeit** in der Versammlung sowohl als beim Vortrat vor der „Erfolg“ dieser Erklärung.

Als nächster Punkt stand die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion an den Magistrat über die

Polizeistatten am 6. März im Treptower Park

auf der Tagesordnung. Für die Interpellanten sprach in treffenden Ausführungen **Stadtv. Lurow**, an die sich eine längere Debatte schloß. Wir kommen morgen auf diese zurück und beschränken uns hier auf die Bemerkung, daß das Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten und des Magistrats in diesem Punkte sich „würdig“ dem Wahlrechtskampf anreicht.

Lust zur Arbeit schien man überhaupt nicht mehr zu haben; denn als beim Antrage des Magistrats auf Subventionierung der **Waldreinerinnungs-Schule** mit 200 M. der **Stadtv. Conrad** (Soz.) die Ablehnung beantragte und mit dem **Stadtv. Rosenow** dadurch in einen Disput kam, verstand einer der Herren nach dem anderen im **Erstgesprächraum**. Was nicht gutwillig mitging, auf den wurde eingetreten, bis er vor sich war, so

daß **Stadtv. Veih** endlich die Beschlußfähigkeit mit Erfolg herbeiführen konnte. Die Sitzung wurde hierauf nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorkämpfer und den im Saale geblichen Sozialdemokraten über die Geschäftsordnung abgebrochen, wobei beiderseitig auch die hinausgegangenen vom Büfett wieder zurückkehrten und erzagt mitstritten, bis nach langem Hin und Her die heftig gestürzten Streiter abzogen.

In der Wahlrechtsversammlung bei **Hoppe** am Dienstag ist ein Vorzeimonat mit Inhalt gefunden worden. Der **Verlierer** kann daselbst in der **Parteispedition**, **Redarstraße 2**, entgegennehmen.

Lichtenberg.

„Ein Schauspiel für Götter“ bot der Aufzug und noch mehr die Abfahrt der königlichen Polizei am Dienstagabend nach der Wahlrechtsversammlung.

Während die Versammlung im „Schwarzen Adler“ tagte, versammelte sich in der Weinstube des Restaurants **Weigle**, **Röllendorferstraße**, ein großes Aufgebot von „Schuß“leuten und auf den Straßen vor dem Versammlungsort zeigten sich eine größere Anzahl „Kaffermännchen Gestalten“.

Als sich die Versammlungsbesucher nach Schluß der Versammlung gegen 1/2 11 Uhr zerstreut hatten und die Straßen fast menschenleer geworden waren, kam plötzlich ein mächtiger, von allen Seiten verdeckter Streifer aus dem dunklen Hofe gefahren, der volgepöpst die „Schuß“leute heimlich nach der Polizeidirektion schaffte. Unter lautem Gass und herzhaftem Gelächter der Umstehenden fuhr der Wagen von dannen. Die „Kaffermännchen Gestalten“ tröteten dann betrübt hinterdrein und der „Staat“ war wieder einmal — blamiert.

Steglitz.

„Dem Zwang gehorchend, nicht dem eignen Trieb!“ Dieses Zitat des Gemeindevorordneten v. **Hagen** ist in der Tat die einzige Erklärung dafür, daß die Gemeindevortretung am Freitagabend die Vorlage betreffend Erhebung einer Wertzuwachssteuer annahm. Die einfache Tatsache, daß der neue Etat mit einem Schuldenbetrag von 1/2 Million Mark abschließt, wodurch die Erhöhung des Zuschlags von bisher 100 Proz. auf 125 bis 150 Proz. in sicherer Aussicht stand, hat es vermocht, die bisherige Mehrheit gegen eine Wertzuwachssteuer in eine solche für diese Steuer zu verwandeln. Daß die Grundstücksbesitzer und Spekulant nicht zu sehr belästigt werden, versteht sich von selbst in einer Gemeindevortretung, in der sie die unbedingte Mehrheit haben. Mit einem Sollbeitrag von 200 000 M. wird sie in den Etat eingestellt. Die Grundbesitzer nahmen diese „Belastung“ deshalb auf sich, um den Zugang steuerkräftiger Mieter nach unserm Dorf nicht zu unterbinden, der sicher durch eine Zuschlagserhöhung von 20 bis 25 Proz. beeinflusst worden wäre. Um auch andere Bevölkerungskreise an der Beseitigung des Defizits im Gemeindehaushalt teilnehmen zu lassen, wurde hierauf eine **Schankkonzessionssteuer** beschlossen, die jährlich 10 000 M. einbringen soll. Im Anschluß hieran wurde ein **Ordnungsstatut** genehmigt, das den **Amtevorsteher** ermächtigt, in Zukunft die Erteilung der **Schankkonzession** von der Bedürfnisfrage abhängig zu machen. Mit diesem **Ordnungsstatut** will man der angeblich ungenügenden Verrechnung der **Kleinen Anzeigen**, die eine ständige Gefahr für die ärmere Bevölkerung sein sollen, Einhalt gebieten. Da hat unser **Amtevorsteher** **Bubrow** also neben den vielen anderen Gelegenheiten noch eine neue, seine Unparteilichkeit bewundern zu lassen. — In der **Schularzfrage** wurde beschlossen, zwei **Arzte** für die Gemeindefschulen und einen **Arzt** für die höheren **Anodenschulen** gegen eine jährliche Vergütung von 1200 M. pro Person anzustellen. Von der Anstellung einer **Arztin** für die höheren **Mädchen** schule will man solange absehen, bis sich in **Steglitz** eine **Arztin** niedergelassen hat. — Die Verhandlungen mit unserer **Nachbargemeinde Friedenau** betr. deren **Auflösung** haben das Ergebnis gezeitigt, daß sich **Friedenau** diesem Vorschlag gegenüber bisher völlig ablehnend verhalten hat. Die Verhandlungen mit dem **Kandrat** in der **Stadtverordnungsfrage** werden trotzdem fortgesetzt.

Friedrichshagen.

Am Freitagabend Gemeindevortretung. In der letzten abgehaltenen Sitzung stellte Genosse **Sonnenburg** den Dringlichkeitsantrag: „Die Vertretung möge an das Abgeordnetenhaus eine Petition richten, in welcher die Wirklungen der Wahlrechtsvorlage darzulegen und das Abgeordnetenhaus ersucht wird, an Stelle der Regierungsvorlage das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht beider Geschlechter vom 20. Lebensjahre zu setzen.“ Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Der Antrag des Gemeindevorstandes, vom 1. April ab wieder das Steuerbringensystem einzuführen, wurde vom Bürgermeister dem begründet, daß das Abholstehen sich nicht bewährt habe. Dasselbe erfordert mindestens drei Beamte, die bei Einführung des Bringensystems weit besser verwendet werden könnten. Der Antrag wurde angenommen. — Ein **Gesuch** des **Villegelms** für erblich belastete Kinder um **Erlaß** der **Umschlagsteuer** wird von dem **Bürgermeister** befürwortet. Der **Gemeindevorstand** schlägt vor, dem **Insitut** die Hälfte der **Umschlagsteuer** zu erlassen, da es humanitäre Zwecke verfolgt. Der **Vorschlag** des **Gemeindevorstandes** wurde angenommen. — Der **Gemeindevorstand** beantragte **Steuererlaß** für die den **Staatsbeamten** gewährten **Behaltungsabzahlungen** wurde nach längerer Debatte abgelehnt mit der Begründung, daß gegenüber den Arbeitern, die bis auf den letzten Pfennig zur **Steuer** herangezogen würden, es eine Ungerechtigkeits wäre, den **Staatsbeamten** Ermäßigungen zu gewähren, zumal dieselben nur zur Hälfte zu den **Gemeindesteuern** herangezogen werden dürfen. — Der **Antrag** des **Verliner Magistrats**, anlässlich der am 1. Dezember 1910 stattfindenden **Vollzählung** auch Erhebungen über **Wohnungen** und **Grundstücke** vorzunehmen und zu diesem Zweck sich dem **statistischen** **Verband** **Groß-Berlin** anzuschließen, stimmte die **Vertretung** zu. — Der **Antrag** der **Begebaukommission**, die **Ecke** der **Friedrichs-** und **Adenauerstraße** aus Gründen einer **größeren** **Verkehrssicherheit** zu **verbreitern**, wird zur **Prüfung** des **Kostenanschlags** der **Stadtkommission** überwiesen. — Der **Erweiterung** der **Regenwasserleitung** im **östlichen** **Ortsteil** stimmte die **Vertretung** zu. — Die **Änderung** der **Dienstverordnungs** wurde gegen die **Stimmen** unserer **Genossen** angenommen. — In **Stelle** des **bestorbenen** **Schularztes** **Dr. König** wurde der **jetzt** **amtierende** **Schularzt** **Dr. Richter** zum **ärztlichen** **Beirat** in die **Gesundheitskommission** gewählt.

Am **März** **1909** wurden auf **Antrag** unserer **Genossen** **3000 M.** zur **Unterstützung** **arbeitsloser** **Gemeindeglieder** in den **Etat** eingestellt. Da aber von dem **Gemeindevorstand** mehrere **Unterstützungsgesuche** aus dieser **Summe** abgelehnt wurden, beantragte **Genosse Sonnenburg** in der **Sitzung** vom **28. Juni** **1909**, eine **Kommission** zu wählen zur **Ausarbeitung** von **Bestimmungen** über die **Unterstützung** der **Arbeitslosen**. In die **Kommission** wurden gewählt: der **Schöffe** **Vindenberg** und die **Vertreter** **Kunze** und **Sonnenburg**. Am **10. Juli** **1909** reichte die **Kommission** dem **Gemeindevorstand** einen **Entwurf** ein. Durch den **Tod** des **Bürgermeisters** **Kut** und das **Ausscheiden** zweier **Mitglieder** des **Gemeindevorstandes** wurde jedoch die **Beratung** des **Kommissionsentwurfs** verzögert. Am **7. Januar** **1910** stand derselbe in der **Gemeindevortretung** zur **Debatte**. Zur **nachmaligen** **Prüfung** der **Frage** bezgl. der **Vorlegung** eines **neuen** **Entwurfs** wurde die **Kommission** **verstärkt**. Derselben gehörten an: **Bürgermeister** **Dr. Stiller**, die **Schöffen** **Dr. Wallburg** und **Lange**, die **Vertreter** **Eselbrecht**, **Kunze** und **Sonnenburg**. Die **Kommission** lehnte in ihrer **Meinung** die **kommunale** **Arbeitslosenversicherung** sowie die **Unterstützung** nach dem **Geuler** **System** ab, sondern empfahl die **Arbeitslosenversicherung** nach folgenden **Grundsätzen**: 1. Die **Errichtung** eines **kommunalen** **Arbeitsnachweises**. 2. Die **Organisation** von **Kostbararbeiten** durch die **Gemeinde**. 3. Eine **Geldunterstützung** der **Arbeitslosen** zu gewähren, falls weder **Privatarbeit** noch **Gemeindegeld** angeboten werden

Öffentliche politische Versammlungen.

Öffentliche Versammlung

Freitag, den 18. März 1910, abends 8 Uhr
in den Prachtsälen „Alt-Berlin“, Blumenstraße 10.
Tages-Ordnung:

Die Reaktion in Preußen.

Referent: Stadtd. **Adolf Hoffmann.**

Der Einberufer. **Ernst Bader**, Große Frankfurter Str. 34.

216/12*

Anarchisten! Achtung! Sozialisten!

Am Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, in Obiglos Festsälen,
Schneidter Straße 23/24:

Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der 18. März und seine Bedeutung. Referent: Genosse Paul Wehrh. 2. Diskussion.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand der überlieferten Anarchisten Berlins und Umgegend.
S. U.: Der Einberufer Kurt Neumann, Koppenhagener Str. 3.

En gros detail
Knaben- und Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß
am billigsten und realsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
2 Minuten v. Schlos. Bahnhof.
Karl Hustädt.

Holzbildhauer!

Montag, den 21. März, gleich nach Feierabend, im Saal von Litfin, Memeler Str. 67:

Versammlung.

Tages-Ordnung: „Wie können wir die augenblicklich günstige Konjunktur für uns ausnutzen?“

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Jeder Kollege agitiere für diese Versammlung. **Die Branchenkommission.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Reichthorstraße 23, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.
Donnerstag, den 17. März 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Delegierten von der außerordentlichen Generalversammlung. 2. Informationen über Bestimmungen und Durchführung des Tarifvertrages.

Regen Besuch erwartet
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Branereiarbeiter

Ortsverwaltung Berlin.

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Schulstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518

Donnerstag, den 17. März 1910, abends 8 Uhr,
in Kellers Festsälen (Zab. C. Freyer), Koppenstr. 29, gr. Saal:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Anträge zum Verbandstage. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 3. Beschlussfassung über die weitere Anstellung eines Agitationsbeamten für die Ortsverwaltung Berlin. 4. Organisationsfragen.
Kollegen! Erscheint alle rechtzeitig und zahlreich in dieser Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Freitag, den 18. März 1910, abends 8 Uhr:

Bezirksitzungen.

Für **Westen-Schöneberg** bei Folger, Ruffhäuserstr. 26.
Für **Wobbit** bei Bachstein, Salzwedeler Straße 16.
Für **Norden** bei Berger, Böttgerstraße 4.
Für **Osten** bei Kempin, Löffler Straße 85.
Für **Nixdorf** Schiller-Promenade, Ecke Dierstraße.

Dem Ernst der gegenwärtigen Situation entsprechend darf wohl angenommen werden, daß jeder Kollege zur Stelle ist.

Tages-Ordnung wird daselbst bekannt gegeben.

Mitgliedsbücher mitbringen!
Der Sektionsvorstand.
S. U.: Emil Kamjunte, Gießstraße 12 II.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Treibriemen-Sattler. Achtung!

Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelauer 15, Saal 7:

Außerord. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Sabstanten zu den eingereichten Forderungen und unsere weitere Stellungnahme dazu. 2. Verschiedenes.
Kollegen! Die Wichtigkeit der vorliegenden Tagesordnung bedingt, daß kein Treibriemen-Sattler in dieser Versammlung fehlt.
Die Branchenleitung.

Hagenbruch's Kautabak

ist der Beste,
nur echt mit Firmenzettel

Hugo Carl Hagenbruch, Kautabakfabrik, Mühlhausen i. Th.
Vertreter: Aug. Kleinert, Berlin SW. 47,
Amt 6, 10590. Großbeerenstraße 39.

Möbel

Kredit

Wohnungs-Einrichtungen

Ausstattung einfacher und eleganter Schlaf-, Korridor- und Speisezimmer Modern, farbige Kücheneinrichtungen

auf Abzahlung u. gegen Bar.

Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren h. kleinst. Anzahlung ev. ohne Anzahlung.

Feiner empfehle Teppiche, Portieren, Gardinen, Kleppdecken, Bilder, Uhren, Luxus Petroleum-Kronen. Fertige Betten, Leib- u. Bettwäsche.

Sport- und Kinderwagen.

Garderobe für Herren, Damen und Kinder.

Größte Auswahl. Billigste Preise. Neuester Schnitt.

1 M. Wochen- 1 M. rate
S. Dorn
Alte Schönhauser Str. 3
1 Treppe

Ecke Lindenstrasse.

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 20. März, abends 7 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58-59:

Jugend-Versammlung

Vortrag des Schriftstellers **Georg Ledebour**
über:

Märzdiichter.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.
Eintritt frei. Garderobe 10 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15.
Tages-Ordnung:
Kassenbericht. Bericht der Ortsverwaltung. Entwurf der Ortsverwaltung und der Angestellten. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.

Montag, den 21. März:
Mitglieder-Versammlungen
in den Bezirken und Branchen.

Schuhputz
SERVUS
das Beste

Servus
Bester Schuh-Putz

Überall zu haben in Dosen 10 u. 20 Pfg. Fabrik: Lubarsky & Co., Berlin NO.

44 eigene Fischdampfer

Seefische billig!

Vier Pfund Fleisch für 1 Mark!
Donnerstag, Freitag, Sonnabend
verkaufen wir infolge großer Fänge unserer Dampferflotte:

Prachtvollen fetten Cabliau im Anschnitt pr. Pfd. 25 Pf.
und **Selachs.**

Außerdem empfehlen wir:

ff. Schellfisch i. Anschnitt	30 Pf.	ff. Rotzungen Ia Nordsee	75 Pf.
„ Heilgoländer Schellfisch	50 „	„ kleinere Rotzungen	50 „
„ ca. 1-2	25 „	„ Große Schollen	55 „
„ Bratschellfisch	20 „	„ Bratfischern	35 „
„ Seekarpfen	20 „	„ Austernfischkarbonade	80 „
(Goldbarsch)	20 „	„ Steinbutt u. Seezungen	

Probieren Sie unsere:
Ger. Lachserringe p. St. 15 Pf. | Riesen-Fettheringe p. St. 10 Pf.

Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“

Größte Hochseefischerei Deutschlands
Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse. Tel.: III, 8504. III, 3784.

Verkaufsstellen:
C.: Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
N.: Invalidenstraße 131.
NO.: Landsberger Str. 52-53.
O.: Gr. Frankfurter Str. 85.
O.: Madaistraße, Bogen 8-9 (Fruchtstraße gegenüber).
S.: Prinzenstraße 94.
NW.: Turmstr. 73.

Charlottenburg: Wilmerdorfer Straße 111.
Augsburger Str. 18.
Schöneberg: Akazienstraße 31.
Steglitz: Schloßstr. 121.
Zehlendorf: bei Hrn. Karl Schön, Telephon 1179.

Seefisch-Kochrezepte gratis!

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.

Wanderfahrten
am Sonntag, den 20. März:
1. Zegel-Neubild-Quereinwanderung. Treffpunkt: 8 1/2 Uhr Zegel, Endstation der Strahendbahn.
2. Birkenwerder - Grise - Damsmühle - Vuch. Abfahrt: Stettiner Vorortbahnhof 6.45 Uhr vormittags.
3. Vuch - Jermisdorf. Abfahrt: Stettiner Vorortbahnhof 1.30 Uhr. Gäste willkommen.

Donnerstag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr:
Abteilungsitzungen.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Wahlen und den Statuten. 2. Wahlen der Abteilungsfunctionäre. 3. Verschiedenes. 1/3

Rheumatismus

Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Geschwulst etc. sind oft unerträglich, daher gebrauche man sofort

Reichel's „Electricum“

(Echtes Kiefernholz-Waldwollolien ein reines natürliches Naturprodukt von kräftig durchdringender, nachhaltiger, schmerzstillender Wirkung. Flasche M. 1.- und M. 2.-. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichel's Wundheiler-Extract „Medico“.
Flasche 75 Pf. M. 1.50 und M. 2.00
Man nehme aber nur die echten Originalfüllungen u. achte genau auf die Marke „Medico“.
In den Apotheken u. Drogerien erhältlich, wo nicht direkt o. Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Rotes Gift

Vollständ. zur Mollerei von 2 Norm. Preis 1 Mark. Verlangen Sie Katalog über sozialistische Theaterstücke, Complots, Walpurgisarten usw.
Rauh & Pohl, Leipzig, Hospitalstr. 21.

Zum Küssen schön
ist ein Mund mit



den bestexistierenden
Zähne 180 M

mit echten Platinstiften.
Unter Garantie für absoluten Sitz und Branchbarkeit selbst in den schwierigsten Fällen.

300 M. Belohnung

demjenigen, der uns nachweist, daß unsere Zähne nicht mit echten Platinstiften versehen sind.

Fastgänzlich Schmerzloses Zahnziehen

1 M.

von uns endlich erreicht und zur größten Berühmtheit der Reform-Zahnpraxis geworden. Beweis: Nach Aussage von Patienten in den meisten Fällen vollständig schmerzlos.
Reparaturen von 1 M. an.

Reform

Zahn-Praxis Carl Rudolph

1. Praxis: Eisasser Str. 14.
2. „ Friedrichstr. 35.
3. „ Oranienstr. 61.
4. „ Palisadenstr. 108.
5. „ Moabit, Huttenstr. 65.
6. „ Charlottenb., Wilmerdorfer Str. 117.
7. „ Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
8. „ Spandau, Neuenfelder Str. 106. Besondere Zahlungsweise.

Aus Industrie und Handel.

Zwei Unterlegene. Herr Buchwald sendet uns folgendes Schreiben:
Berechtl. Redaktion des „Vorwärts“, Berlin.

Sehr geehrte Herren!

In der heutigen Nummer Ihres geschätzten Blattes veröffentlichten Sie im Anschluß an den kurzen Bericht über den Privatbeleidigungsprozeß zwischen Herrn Dr. Walter Rande und mir eine Bemerkung, die mir Anlaß gibt, Sie um die Aufnahme dieser Zeilen zu bitten. Sie geben Ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß beide Parteien noch dem „großen Tamtam“, der mit dem Prozeß gemacht worden ist, diesen durch einen Vergleich beendet haben. Ich lassa diese Verwunderung verstehen, wenn man die näheren Umstände, die zu dem Vergleich Anlaß gaben und in der geistigen Verhandlung zur Sprache kamen, nicht kennt. Ich hatte Herrn Dr. Rande in der Hauptsache vorgeworfen, daß er für Medien und Schweigen Geld genommen und journalistisch unsaubere Handlungen begangen habe. In der Form, in der ich diese Behauptung aufstellte, erblickte nun die erste Instanz (meines Erachtens zu Unrecht) ein Vergehen gegen § 186 St.-G.-B. (formelle Beleidigung) und ließ den Wahrheitsbeweis nur insoweit zu, als er dem Bericht zur Normierung des Strafmaßes notwendig erschien. Die wichtigsten Beweise wurden mir samt schon damals abgeschritten. Der Vorsitzende der Berufungsinstanz ging jedoch, unterstützt von einem Beisitzer, noch weiter. Er verwies auf eine vor wenigen Tagen ergangene Entscheidung des Kammergerichts, wonach beim Vorhandensein einer formellen Beleidigung der Wahrheitsbeweis überhaupt nicht zugelassen ist. Nur unter diesen Umständen habe ich auf Anraten meiner Verteidiger dem Vergleich zugestimmt. Ich habe jedoch an Gerichtsstelle mehrfach und ausdrücklich betont, daß ich sämtliche gegen Herrn Dr. Rande erhobenen sachlichen Vorwürfe voll und ganz aufrecht erhalte. Wenn ich mich entschlossen habe, die Klage gegen Herrn Dr. Rande trotz seiner gegen mich erhobenen Angriffe zurückzunehmen, so geschah es deshalb, weil es mir selbstverständlich bei Einleitung der Klage nicht darum zu tun war, daß der Gegner zu einer Geldstrafe verurteilt wird, sondern weil ich den Beweis für die Unrichtigkeiten seiner Vorwürfe erbringen wollte. Dieser Beweis ist inzwischen an anderer Stelle, nämlich vor der Berufungskammer des Obergerichts im September 1908 in sehr gründlicher Weise geführt worden. Nachdem selbst der gegnerische Verteidiger, Herr Justizrat Dr. Sello, vor dem Schöffengericht in seinem Plaidoyer erklärt hat, daß der Beweis der Wahrheit für die von Herrn Dr. Rande gegen mich erhobenen Beschuldigungen nicht erbracht ist, und nachdem das Urteil des Schöffengerichts sich auf denselben Standpunkt gestellt hat, glaube ich gemäß keine Veranlassung zu haben, mich zum dritten Male von diesem Vorwurf reinigen zu müssen.

Ich danke Ihnen im voraus für die Aufnahme dieser Zeilen und zeichne hochachtungsvoll ergebenst Bruno Buchwald.

Viehbestand in Preußen.

Bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 ist auch der Viehbestand der einzelnen Betriebe erfragt und dann nach Größenklassen der Betriebe ausgezählt worden.

Es wurden insgesamt gezählt — immer einschließlich der jungen Tiere: Pferde 2 474 050, Rindvieh 11 735 786 (darunter 5 967 718 Kühe), Schafe 6 337 929, Schweine 12 913 306, Ziegen 2 283 189, Fühner 41 797 346, Gänse 6 063 605, Enten 8 642 370. Die Gesamtsummen verteilen sich auf die einzelnen Größenklassen wie folgt:

Table with 7 columns: Vorgelegte Betriebe (unter 2 ha Anbaufläche), Kleinbäuerliche Betriebe (2 bis unter 5 ha Anbaufläche), Mittelsbäuerliche Betriebe (5 bis unter 20 ha Anbaufläche), Großbäuerliche Betriebe (20 bis unter 100 ha Anbaufläche), Großbetriebe (100 und mehr Hektar Anbaufläche), darunter Betriebe mit 200 ha und mehr Anbaufläche. Rows include: Pferde, Rindvieh davon Kühe, Schafe, Schweine, Ziegen, Fühner, Gänse, Enten.

Auf die kleinen Betriebe entfällt ein verhältnismäßig nur geringer Bruchteil des Viehbestandes. Im allgemeinen ist der mittel- und großbäuerliche Betrieb besitzend von 2/3 bis 3/4 des Gesamtbestandes. Die Ziegen finden wir naturgemäß in den kleinen Betrieben vorherrschend.

Industrielle Ersparnisse. Die Firma Hugo Stinnes kaufte im zweiten Oktober von Garburg für 1 200 000 M. eine Grundfläche an für Lagerzwecke und vermutlich auch für industrielle Anlagen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine wichtige Frage für die Arbeiterinnen.

Das Gerichtsverfassungsgesetz, das jetzt eine Änderung erfahren soll, ist für die Arbeiterinnen namentlich durch den § 31, welcher lautet:

„Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.“

Neben der Tatsache, daß diese Bestimmung Frauen das Amt eines Schöffen vorenthält, nimmt er auch den Arbeiterinnen das Recht, sich an den Beisitzernwahlen zu den Gewerbegerichten zu beteiligen und selbst als Beisitzer gewählt zu werden. Das Gewerbegerichtsgesetz erklärt nämlich im § 11: „Personen, welche zum Amt eines Schöffen unfähig sind (Gerichtsverfassungsgesetz §§ 31, 32) können nicht berufen werden.“

Nun hat der § 32 des G. V. G. folgenden Wortlaut: „Unfähig zum Amte eines Schöffen sind: 1. Personen, welche die Befähigung infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben; 2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann; 3. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.“

Frauen werden also durch den § 31 ausgeschlossen, weil „ein Deutscher“ nur ein Mann sein kann. Frauen teilen die Rechtslosigkeit, nicht Schöffe und deshalb auch nicht Gewerbegerichtsrichter oder Beisitzer sein zu dürfen, mit den im § 32 angeführten Personen.

Die Verlegung des Wahlrechts für die Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten wird heute, wo die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen ständig und rapide steigt, als ein Mißstand empfunden, der dringend der Abänderung bedarf. Die Zunahme der Zahl weiblicher Erwerbstätiger hat selbstverständlich auch eine erhöhte Inanspruchnahme der Gewerbegerichte durch die Arbeiterinnen zur Folge. Wenn nun, wie beabsichtigt war, die Gewerbegerichte „eine des besonderen Vertrauens versicherte Rechtspflege“ schaffen sollen, und zu diesem Zwecke namentlich die Hinzuziehung von Arbeitgeberern und Arbeitnehmern bei der Rechtsprechung zur Pflicht gemacht wurde, dann ist es durchaus berechtigt, zu verlangen, daß auch Arbeiterinnen das Wahlrecht besitzen und wählbar sein müssen.

Die Ergebnisse der letzten Berufszählung haben gezeigt, ein wie wichtiger Faktor die Frau im Wirtschaftsleben geworden ist. Daß man auch nicht von der geistigen Winderwertigkeit des weiblichen Geschlechts sprechen und die Nützlichkeit des Wahlrechts damit begründen kann, beweist die Statistik ebenfalls, indem sie zeigt, daß Frauen sowohl in selbständiger als auch in leitender Stellung in großem Umfange tätig sind.

Die veränderte Stellung der Frau im Wirtschaftsleben hat denn auch schon dazu geführt, daß ihr größere Rechte eingeräumt wurden. Das V. G. B. gab Frauen das Recht, Vormundschaft für eigene und fremde Kinder übernehmen zu dürfen. Das Reichsvereinigungs-gesetz stattet der erwachsenen weiblichen Bevölkerung die Mitgliedschaft in politischen Vereinen. In der Begründung zum Reichsvereinigungs-gesetz kam auch deutlich zum Ausdruck, daß die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse eine Veränderung der rechtlichen Stellung der Frau unbedingt zur Folge haben müßten und daß es „weder zeitgemäß sein noch den Anforderungen der Billigkeit entsprechen würde, gesetzliche Bestimmungen aufrechtzuerhalten, die den Frauen die Möglichkeit verweigern, sich am gesamten öffentlichen Leben zu beteiligen.“

Dieser Ansicht Rechnung tragend, hat man dann in dem Entwurf zum Arbeitsammergesetz ohne weiteres auch den Arbeiterinnen das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt. Gerade diesem Gesetzentwurf legten die Verbündeten der Regierung große Bedeutung bei. Wenn den Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten gegeben werden soll, dann darf man wohl annehmen, daß die Forderung auf Abänderung eines Paragraphen, dessen Bestimmungen den Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten verleiht, keinerlei Widerstand begegnen wird, zumal die Arbeitsämtern als Eingangsämter gleiche Funktionen ausüben sollen, wie sie heute schon die Gewerbegerichte erfüllen.

Die Änderung des § 31 des G. V. G. wird sicher auch den zahlreichen weiblichen Handlungsangestellten die Möglichkeit geben, die Wahlberechtigung und Wählbarkeit zu den Kaufmannsgerichten zu erlangen, die allerdings nicht unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den § 31 des G. V. G., aber doch sicher auf die Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes den weiblichen Angestellten bisher verweigert ist. Der Erlangung des Wahlrechts zu den Gewerbegerichten steht aber § 31 des G. V. G. im Wege. Seine Änderung würde somit ein Ausnahmestadium für die Arbeiterinnen beseitigen und ferner Gelegenheit geben, daß die für das gesamte Wirtschaftsleben so notwendigen Laiengerichte sich zu Institutionen entwickeln, die, wie beabsichtigt war, das Vertrauen der Beteiligten, also auch der Arbeiterinnen voll und ganz genießen.

HERMANN TIETZ advertisement. Includes logos, address (Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee), and product lists: Krist.-Steinschliff (Teller, Kompottieren, Schiffchen, Konfektschalen), Prima Alpaca-Bestecks (Esslöffel, Dessert-, Kaffeelöffel, Essbestecke), Seriangeschirr (Speiseteller, Dessertteller, Terrinen, Ragoutschüssel, Bratenplatten, Saucieren, Komp.-Schüss., Beilageschüssel, Salzgefäße, Kaffeekannen, Milchgiesser, Teekannen, Tassen), Echtes Porzellan (Speiseteller, Dessertteller, Bratenplatte, Kompottschalen, Kompottsch., Beilageschalen, Saucieren, Milchkrüge, Kaffe- od. Teekannen, Tassen), Holzwaren (Balkon-Blumenkasten, Balkon-Blumenkübel, Putzkommoden, Gardinenspanner, Plättbretter, Servierbretter, Kaffeebretter, Wäschetrockner), Blumen-Kübel (Majolika). Price 95 Pf. and 10 Pf.

